

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:

Samantha Bornheim
Johannes Ebert
Hermann Parzinger
Felicia Sternfeld
Bernhard Weisser
und viele andere

Zivilgesellschaft

Die demokratische Zivilgesellschaft steht fest zusammen: Kleine Anfrage der Union und eine klatschende Ohrfeige. **Seite 3**

Aufarbeitung

Antrag von Union, SPD, Grünen und FDP zur Aufarbeitung von »Euthanasie« und Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. **Seite 9**

Jagdsaison

Museen zwischen Vertrauen und Bedrohung. Ein Lagebericht über Repressionen aus verschiedenen Ländern der Welt. **Seite 14**

Neuer Vorstand

Der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates hat seinen Vorstand neu gewählt. Die (alten und neuen) Mitglieder stellen sich vor. **Seite 31**

Erbarnten

Es gibt einige Bücher, die begleiten Menschen durchs ganze Leben. Für mich ist eines dieser Bücher der Sammelband »Gedichte gegen den Krieg«, herausgegeben von Kurt Fassmann. Das Buch wurde in meinem Geburtsjahr 1961 bei Kindler verlegt, hat aber seine große Verbreitung in meiner Generation durch einen Nachdruck im Verlag Zweitausendeins Mitte der Siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts erlebt. Viele meiner Freunde hatten, wie ich, dieses Buch.

Wenn ich das Buch heute zur Hand nehme, kann ich an der aufgeplatzten Bindung erkennen, welche Gedichte mich damals besonders gefesselt hatten. Marie Luise Kaschnitz, Rafael Alberti, natürlich Walter Bauer, einer meiner Lieblings-Lyriker, aber auch Henri Krea, immer Erich Kästner, Wolfgang Borchert und der einmalige Bertolt Brecht. Sie waren Rüstzeug in meiner Jugend, Wegweiser.

Sie sind jetzt wieder mein Beistand, wenn ich die Beschwörungen der letzten Wochen und den Aufrüstungstaukel in unserem Land ver suche einzuordnen.

In meiner Jugend war der Zweite Weltkrieg noch nah. In dem Dorf, in dem ich aufgewachsen bin, gab es Kriegsversehrte, am Körper und am Geist. Der Pfarrer, der mich konfirmierte, hatte eine Hand aus dunklem, abgegriffenem Leder. Wir schauderten immer.

1981/82 habe ich Zivildienst abgeleistet, wie eigentlich fast jeder, den ich kannte. Jetzt hat sich die Welt gedreht, immer neue »Schicksalstage« bestimmen die Politik. Aufrüstung für den Frieden ist die einhellige Devise, Hunderte Milliarden Euro zusätzlich werden wir in den nächsten Jahren in unsere Armee stecken.

Früher, als ich noch am Niederrhein wohnte, bin ich oft an der Waffenfabrik Rheinmetall in Düsseldorf vorbeigefahren. Wie kann hier jemand freiwillig arbeiten, Waffen bauen, entsetzlich, habe ich mich damals gefragt. Heute fragen mich Freunde, ob ich denn auch Rheinmetall-Aktien gekauft hätte. Die gehen im wahrsten Wortsinn durch die Decke.

Ja, die Bedrohung ist real, aber ist unsere Reaktion darauf auch immer vernünftig? Ist eine fast grenzenlose Aufrüstung der einzige Ausweg, der uns bleibt? Hat die Geschichte uns keine anderen Wege gelehrt? Ich habe keine Antworten, aber ich suche sie. In dem alten Gedichtband finde ich zurzeit mehr Hinweise als in allen Kommentaren in den aktuellen Medien zusammen.

Einer der besten Wegweiser für mich ist Bertolt Brecht: »Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen. Als ob die alten nicht gelangt hätten: Ich bitt euch, habt mit euch selbst Erbarnten!«

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer
des Deutschen
Kulturrates und
Herausgeber von
Politik & Kultur



Münzen – mehr als Geld

Schwerpunkt Seiten 17 bis 29



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Ein Potenzial für Kunst und Kultur

Die Krise der kommunalen Haushalte macht vor der Kultur nicht Halt

HELMUT DEDY

Nur selten ist Kultur medial in einer Stadtgesellschaft so präsent wie in einer Kulturhauptstadt Europas. In diesem Jahr ist Chemnitz europäische Kulturhauptstadt. Aber nicht Chemnitz allein. Auch Nova Gorica in Slowenien trägt diesen Titel. Und Chemnitz hat sich mit 38 weiteren sächsischen Kommunen zusammengesetzt – eine ganze Region ist Kulturhauptstadt.

Die Kürzungsdebatten, zu denen die Städte ohne eigenes Verschulden gezwungen sind, haben oft keine Gewinner, dafür viele Verlierer

Schon das Motto, das Chemnitz gewählt hat, macht deutlich, welche Kraft Kultur haben kann: »C the Unseen – das Ungesehene sichtbar machen«. Chemnitz meint damit nicht nur kleine, bisher von vielen entdeckte Kulturorte in der Stadt. Das Motto kann vielleicht auch politisch gelesen werden: Extreme politische Einstellungen werden immer präsenter, sichtbarer und lauter. Und die Mitte? Schweigt sie? Chemnitz möchte diese stille Mitte ermutigen, »sich wieder einzumischen: in den Nachbarschaften, in den Städten, in den Regionen Europas«, beschreibt Sven Schulze, Oberbürgermeister von Chemnitz, den Ansatz. Kultur als Debattenraum, der das Zeug hat, Menschen zu verbinden. Dieses Potenzial von Kunst und Kultur will Chemnitz ausschöpfen. Hier könnten wir den Text eigentlich endlich lassen: Kunst und Kultur haben eine große Bedeutung für Städte und ihre Stadtgesellschaften. Punkt.

Wir alle wissen, das ist richtig – und trotzdem müssen wir über die Rahmenbedingungen sprechen. Die Finanzsituation der Städte ist dramatisch. Der Deutsche Städtetag hat Anfang des Jahres seine Mitgliedsstädte zur Haushaltslage befragt. Das frappierende

Ergebnis: In diesem Jahr wird fast keine Stadt in Deutschland mehr einen echten ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Wohlgermerkt: Wir sprechen dabei nicht über ein selbstverschuldetes, sondern über ein strukturelles Defizit der kommunalen Haushalte. Denn die allermeisten Stellschrauben haben wir als Kommunen nicht selbst in der Hand. Gerade die Sozialausgaben wachsen stetig. Bund und Länder haben uns in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, dass sie finanziert werden können. Die Kommunen tragen etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, haben aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Die meisten Städte schauen aktuell nicht, ob sie sparen wollen, sondern wo sie sparen müssen.

»Aber bitte nicht bei der Kultur«, werden jetzt viele sagen. Nachvollziehbar. Aber der finanzielle und politische Balanceakt, den kommunalpolitisch Verantwortliche bei jedem neuen Haushalt vollbringen müssen, ist komplex. Sie sind in ihren haushaltspolitischen Entscheidungen nicht so autark und flexibel wie Bund und Länder. Sie haben de facto nur einen begrenzten Spielraum, mit eigenen Steuern und Gebühren die Einnahmeseite zu verbessern. Und sie sind oft durch die Kommunalaufsicht wortwörtlich zum Sparen gezwungen. Das können sie im Prinzip nur bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben. Eigentlich ist diese Formulierung politisch falsch. Viele dieser Aufgaben sind wichtig für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Was juristisch freiwillig ist, kann politisch geboten sein. Auch deshalb tun diese Entscheidungen weh. Auf »Aber bitte nicht bei der Kultur« folgt »Aber bitte nicht bei Projekten der Jugendarbeit«, »Aber bitte nicht bei der Seniorenbegegnungsstätte« und »Aber bitte nicht die Zuschüsse für unseren Park«. Die Kürzungsdebatten, zu denen die Städte ohne eigenes Verschulden gezwungen sind, haben oft keine Gewinner, dafür viele Verlierer. Das ist ein extrem schwieriger Aushandlungsprozess vor Ort.

Und in diese Debatte kommt nun das Sondervermögen Infrastruktur. Alle Probleme in Zukunft gelöst? Die gute Nachricht: Die Bundespolitik hat den Ernst der Lage erkannt. Die geplanten zusätzlichen 500 Milliarden Euro über 12 Jahre sind beachtlich.

100 Milliarden Euro sind ausdrücklich für die Länder und Kommunen vorgesehen. Das gibt Anlass zur Hoffnung. Die Gretchenfrage aus kulturpolitischer Sicht: Wird von diesem Geld auch etwas vor Ort in den Kultureinrichtungen ankommen? Das hängt von der Verteilung ab, muss man sagen. Wir Städte werden an diesem Punkt grundsätzlich: Bund und Länder müssen uns endlich vertrauen. Das Sondervermögen kann ein echtes Pfund werden. Dafür darf es aber nicht wieder eine Ansammlung von bürokratischen Förderprogrammen sein, die uns Zeit und Ressourcen rauben. Ideal wären feste Budgets aus dem Sondervermögen Infrastruktur für die Städte, über die die Städte selbst entscheiden können. Die örtliche Politik weiß, was vor Ort gebraucht wird.

Wenn die Städte über solche Budgets zusätzliche Mittel für Infrastruktur bekommen und damit selbst flexibel über den Einsatz entscheiden könnten, dann hilft das auch dem Kulturbereich Ein Beispiel: Auch Kulturbauten müssen saniert werden. Auch sie sind städtische Gebäude, die in die Jahre gekommen sind,

Die Gretchenfrage aus kulturpolitischer Sicht: Wird von diesem Geld auch etwas vor Ort in den Kultureinrichtungen ankommen?

die technisch und energetisch nicht mehr dem Stand entsprechen. Sie sind häufig Spezialbauten, oft in denkmalgeschützten Gebäuden – und darum in der Sanierung aufwändig. Und ganz grundsätzlich: Eine Entlastung der kommunalen Investitionshaushalte bei der Sanierung und dem Bau von Schulen, Kitas und Straßen kann im städtischen Haushalt unterm Strich **Fortsetzung auf Seite 2**

Nr. 04/25
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Erbarmen
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Ein Potenzial für Kunst und Kultur
Helmut Dedy 01

SEITE 2

Kulturmensch Andrea Tober 02

AKTUELLES

Demokratisch zusammenstehen: CDU/CSU versus Zivilgesellschaft
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Fragen und Antworten – Kulturverantwortliche in den Ländern geben Auskunft: Wie steht es um die Kulturfinanzierung in den Ländern?

Baden-Württemberg
Petra Olschowski 04

Bremen
Carmen Emigholz 04

Hamburg
Carsten Brosda 04

Hessen
Timon Gremmels 05

Mecklenburg-Vorpommern
Bettina Martin 05

Niedersachsen
Falko Mohrs 06

Nordrhein-Westfalen
Ina Brandes 06

Rheinland-Pfalz
Katharina Binz 06

Saarland
Christine Streichert-Clivot 07

Sachsen-Anhalt
Rainer Robra 07

Schleswig-Holstein
Karin Prien 07

Reform-Tagebuch (Folge 8)
Hermann Parzinger 08

Das Gutenberg-Museum: Tradition trifft Innovation
Yvonne de Andrés 08

»Euthanasie« und Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Den Opfern ihre Geschichte zurückgeben
Erhard Grundl 09

Bedeutung von Kirchenbauten für das kulturelle Leben: Kirchenmanifest als Chance
Olaf Zimmermann 10

Ein gemeinsamer Diskursraum ist notwendig: Kein Grund zum Jubeln
Johann Michael Möller 11

LVR-Jüdisches Museum in Köln: Ein Museum noch ohne Haus
Samantha Bornheim und Michael Jakobs 11

INTERNATIONALES

Eine Wiederbegegnung mit Israel: »Wir haben kein anderes Land«
Ludwig Greven 12

Das Goethe-Institut positioniert sich in einer neuen Weltordnung: Resilienz durch Kultur
Johannes Ebert 13

Museen zwischen Vertrauen und Bedrohung: Jagdsaison eröffnet
Felicia Sternfeld 14

KULTURELLES LEBEN

Wolfgang Suttner im Porträt: Kultur pur
Andreas Kolb 15

Claussens Kulturkanzel: Ambivalenzen
Johann Hinrich Claussen 15

Personen & Rezensionen 16

MÜNZEN

Münzen – mehr als Geld
Olaf Zimmermann 17

Multifunktional, wandelbar und doch beständig
Bernhard Weisser 18

Münzen als »Denkmäler für die Tasche«
Dennis Majewski 19

Bildsprache mit komplexen Botschaften
Reinhard Wolters 20

Zu den Bildern 20

Demokratie als Münzherr
Olaf Gehrke 21

Der deutsche Münzenhandel: Türen in verborgene Welten
Ulrich Künker 21

Über Falschmünzen und Münzfälschungen: Ein lukratives Geschäft
Christian Stoess 22

Symbolisch und identitätsstiftend
Hendrik Mäkelers und Kerstin Lorek 22

Über das Gestalten von Münzkunst
Johannes Eberhardt im Gespräch mit Anna Martha Napp und Bodo Broschat 23

Was eine Münze von einer Kinokarte unterscheidet
Rainer Albert 24

Spielerische Ansätze: Zeitgemäße Vermittlung von Wissenschaft
Stefan Krmnicek 24

Digitalisierungsvorhaben: Eine neue aufregende Facette
Johannes Wienand 25

Alte und neue Themen der Münzforschung
Bernhard Weisser 26

Das Münzkabinett der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden: Ein Blick auf die Welt
Sylvia Karges im Gespräch 27

Das Stuttgarter Münzkabinett: Von der gräflichen Sammlung zum Landesmuseum Württemberg
Matthias Ohm 27

Das Münzkabinett des Germanischen Nationalmuseums: Sprachraum als Sprengel
Matthias Nuding 27

Das Münzkabinett Gotha: Eine Sammlung von europäischer Bedeutung
Uta Wallenstein 28

Das Berliner Münzkabinett im Bode-Museum: Archiv, Forschungsinstitut und Museum
Bernhard Weisser 28

Die Staatliche Münzsammlung München: Eine fast 500-jährige Geschichte
Martin Hirsch 29

Forschungsprojekt: Quelle für das Verständnis der Antike
Ulrike Peter 29

MEDIEN

Urheberrechte bei KI-Einsatz unzureichend geschützt
Helmut Hartung 30

INLAND

Wir stellen vor ...
10 Fragen an den neuen Vorstand des Deutschen Kulturrates 31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 32

Lawrows Träume 32

Karikatur 32

Impressum 32

DER AUSBLICK 5|25

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Mai 2025.
Im Fokus steht das Thema »Kunst und Kultur auf dem Land«.

Fortsetzung von Seite 1

auch finanzielle Handlungsspielräume für den Kulturbereich schaffen.

Vielorts könnte das helfen. Denn Stand heute ist die Situation noch eine andere. Viele Kommunen müssen massiv sparen – auch im Kulturbereich. Hinzu kommt eine weitere negative Entwicklung, die diese Effekte noch verstärkt: Kürzungen im Kulturbereich von Bund und Ländern. So weist der vorläufige Haushaltsentwurf des Bundes für 2025 an vielen Stellen deutlich geringere Mittel bei der Kultur auf. Dazu gehören unter anderem Mittelkürzungen beim Bundeskulturfonds und der Freien Szene. Und auch in vielen Ländern steht der Kulturhaushalt unter Druck. Angesichts gleichzeitig steigender Sach- und Personalkosten wird das deutlich spürbar sein.



© LAURENCE CHAPERON

Die Lage der kommunalen Kulturhaushalte ist regional durchaus unterschiedlich. In manchen Städten steht die Kultur als freiwillige Leistung unter Druck. Eintrittsgelder werden erhöht. Im schlimmsten Fall drohen Schließungen von Kultureinrichtungen und damit unter Umständen dauerhafte Verluste in der kulturellen Infrastruktur. Auf der anderen Seite setzen viele Städte trotz der schwierigen Situation auf den Erhalt etablierter Strukturen. Dazu gehört auch die Freie Szene.

Ja, Kunst und Kultur haben eine wichtige Rolle für das gesellschaftliche Leben in der Stadt. Wie müssen sie sich dann aufstellen in Zeiten, in denen öffentliche Förderung zumindest unbeständig sein kann? Kommt es zu einem dauerhaften Umbau der kommunalen Kulturlandschaft? Mit einem »Immer mehr« in finanzieller Hinsicht rechnet vor Ort niemand mehr. Also geht es auch darum, die Mittel effektiv einzusetzen: Mögliche Synergien rücken in den Fokus, mal räumlicher, mal programmatischer Natur. Dazu kann etwa die Weiterentwicklung kommunaler Kultureinrichtungen gehören. Wenn etwa Bibliotheken zu »Dritten Orten« des Austauschs und der Begegnung werden, kann das einen zusätzlichen gesellschaftlichen Mehrwert von Kulturstandorten schaffen. Und zugleich könnte die Innenstadt einen kleinen Schritt auf dem Weg vom Einkaufsquartier hin zu einem Begegnungsquartier gehen.

Vielleicht erinnern wir uns auch nochmal an die »Kultur für alle«. Die Krise als Chance zur Neuorientierung sehen und prüfen, ob das vorhandene Geld – wieviel es auch immer ist – tatsächlich im Interesse und zu Gunsten

aller eingesetzt wird. Daraus kann ein sinnvoller Prozess entstehen. Die Idee einer »Kultur für alle«, wie sie der frühere Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann Ende der 1970er Jahre geprägt hat, braucht einen neuen, zeitgemäßen Mantel. Wir brauchen

Wenn Bibliotheken zu »Dritten Orten« des Austauschs und der Begegnung werden, kann das einen zusätzlichen gesellschaftlichen Mehrwert von Kulturstandorten schaffen

Mut, in der kommunalen Kulturförderung neue Wege zu gehen. Wenn eine Krise der nächsten folgt, wenn wir uns überfordert fühlen, wenn wir Nachrichten meiden – dann hinterlässt das Spuren in den Stadtgesellschaften. Die Demokratie gerät unter Druck. In dieser Situation ist es gut, sich zu vergewissern, welchen Beitrag Kultur bei der Bewältigung gesellschaftlicher Krisen haben kann. Kunst und Kultur haben immer auch eine sozialpolitische Dimension. Sie können unsere Demokratie stärken und in einer Zeit wachsender Spannungen gemeinsame Identität stiften. Kulturpolitik ist immer auch Stadtpolitik.

Helmut Dedy ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages

Kulturmensch Andrea Tober



FOTO: ZEBU KLUTH

Ihr bisheriger Lebenslauf zeigt deutlich: Andrea Tobers Herz schlägt für die Musikpädagogik und Musikvermittlung. In Essen, Hannover und Köln absolvierte sie zunächst ein Lehramtsstudium für Musik – mit Hauptfach Flöte – und Germanistik, anschließend ein Studium der Instrumentalpädagogik. Sie unterrichtete an allgemeinbildenden Schulen und an Musikschulen, vergaß dabei nicht, selbst weiterhin aktiv zu musizieren. Es folgten verschiedene Schritte ins Kulturmanagement. Sie wurde Referentin für Kinder- und Jugendprojekte bzw. Musikvermittlung bei der Köln-Musik GmbH/Kölner Philharmonie, um anschließend acht Jahre lang, von 2012 bis 2020, die Education-Abteilung der Berliner Philharmoniker zu leiten: ein Mammutjob, den sie erfolgreich stemmte. Auch als Professorin

für Selfmanagement und Musikvermittlung an der Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin pflegt sie seit 2012 ihr »musikpädagogisches Herz«. 2013 wurde sie außerdem Jurymitglied des Förderprogramms »Kultur macht stark«, seit 2022 ist sie dort Jury-Vorsitzende. Nach der Wahl zur Prorektorin – und Beauftragte für Digitale Transformation – übernahm sie ab April 2023 die kommissarische Führung der Hochschule und wurde schließlich zur Rektorin gewählt. In dieser Funktion engagiert sie sich nicht nur weiterhin für die Belange der Pädagogik und der künstlerischen Ausbildung auf hohem Niveau, sondern kämpft zurzeit engagiert für einen auskömmlichen Etat der Einrichtung. Die Finanzierung durch den Berliner Senat steht auf der Kippe. Dagegen wehrt sich Andrea Tober – hoffentlich mit Erfolg!

CDU/CSU versus Zivilgesellschaft

Demokratische Zivilgesellschaft steht zusammen

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Es muss ein schwerer Schlag gewesen sein, als vor der Parteizentrale der CDU in Berlin und vor der Parteizentrale der CSU in München Tausende Menschen demonstrierten. Die Menschen verliehen bei den Demonstrationen ihrem Entsetzen und ihrer Empörung darüber Ausdruck, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Abstimmung über den »Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zu aktuellen innenpolitischen Themen« vom 28.01.2025 (Bundestagsdrucksache 20/14699) bewusst die Stimmen der AfD in Kauf genommen hat. In diesem Entschließungsantrag hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fünf scharfe Forderungen zur

Klatschende Ohrfeige

Am 23.02.2025 wurde gewählt. CDU und CSU erhielten die Mehrzahl der Stimmen. Ihnen fällt der Auftrag zu, eine Koalition zu bilden, und es wäre der Moment gewesen, andere Töne anzuschlagen. Doch offenbar bestimmte immer noch der Wahlkampf das Geschehen. Am 24.02.2025 richtete die CDU/CSU-Fraktion die Kleine Anfrage an die Bundesregierung »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen« (Bundestagsdrucksache 20/15035). In 551 teils gleichlautenden Fragen sollte die Bundesregierung über die Förderung, den Status der Gemeinnützigkeit, mögliche Probleme mit dem Finanzamt und die politische Positionierung von Organisationen Auskunft geben. Die Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 20/15101) ist eine klatschende Ohrfeige für die Fragesteller. Nicht nur, dass klargestellt wurde, dass einige der Organisationen, zu denen Fragen gestellt wurden, weder öffentliche Mittel erhalten noch gemeinnützig sind, es wurde auch süffisant darauf verwiesen, dass zahlreiche der erbetenen Auskünfte dem Lobbyregister des Deutschen Bundestags entnommen werden können und andere dem Steuergeheimnis unterliegen, das auch für gemeinnützige Organisationen gilt. Bedeutsam ist vor allem die Vorbemerkung der Bundesregierung. Hier steht: »Der freiheitliche demokratische Verfassungsstaat lebt von zivilgesellschaftlichem Engagement für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben und dem Einsatz gegen menschen- und demokratiefeindliche Phänomene. Es ist die Verantwortung des Staates, im Rahmen einer wehrhaften Demokratie für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten (vgl. BVerfGE 162, 207 <Rn. 116>). Hierzu zählt auch die aktive und passive Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements, entweder durch Zuwendungen gemäß der §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und/oder durch Steuerbegünstigung gemäß der §§ 51 ff. der Abgabenordnung (AO) (bzw. Regelungen

in den Einzelsteuergesetzen). Daher hat die Bundesregierung in den letzten Jahrzehnten – in einem parteiübergreifenden Konsens – zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt und gefördert, um zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft zu stärken. Die Wichtigkeit der Aufgabe, Hass und Hetze entgegenzutreten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken, wurde auch im Deutschen Bundestag immer wieder hervorgehoben.«

Zusammenhalt der Zivilgesellschaft

Besonders wichtig ist aus zivilgesellschaftlicher Sicht der Zusammenhalt der Akteure. Sie haben sich eben nicht spalten lassen. Sie sind der in der Kleinen Anfrage stetig durchscheinenden Unterscheidung zwischen »gutem« helfendem Engagement etwa der Tafeln oder Wohlfahrtsverbände, namentlich wurde das Rote Kreuz genannt, und »bösem« politischen Engagement klar entgegengetreten. Der Vorsitzende von Tafel Deutschland Andreas Steppuhn sagte: »Die 551 Fragen zeigen ein falsches Verständnis der Arbeit gemeinnütziger und zivilgesellschaftlicher Organisationen. NGOs stärken eine demokratische, gerechte Gesellschaft und setzen sich für eine Vielfalt von Themen ein, die im parteipolitischen Raum oft zu wenig Aufmerksamkeit erhalten. Wir sprechen den betroffenen Organisationen und Initiativen unsere Solidarität aus«. Weiter forderte Steppuhn Maßnahmen zur Umsetzung sozialer Gerechtigkeit und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hatte im März zu einem Online-Gespräch zu zivilgesellschaftlichen Fragen breit eingeladen. An diesem Gespräch nahmen mehr als 60 sehr unterschiedliche Verbände und Organisationen teil, vom Deutschen Bauernverband über den Deutschen Olympischen Sportbund, den Deutschen Bundesjugendring, den Weltladen-Bundesverband, den Deutschen Kulturrat bis

hin zum Bund der Vertriebenen. Diese breite Einladungspraxis jenseits von Lagerdenken erfuhr große Wertschätzung.

Parteilich, nicht parteipolitisch

Von den Teilnehmenden wurde unterstrichen, dass sie nicht parteipolitisch, aber sehr wohl parteilich agieren. Sie ergreifen Partei für die Menschen, die sie vertreten und aktivieren deren Interessen. Das Böckenförde-Diktum, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, wurde von verschiedenen Teilnehmenden angeführt.

Es wurde zugleich Kritik an der letzten Bundesregierung und an Bündnis 90/Die Grünen geübt, dass oftmals nur wenig Zeit eingeräumt wurde, um zu Gesetzesvorhaben Stellung zu nehmen. Diese knappen Fristen machen, so die einhellige Meinung, eine fundierte Positionierung von Verbänden unter Einbeziehung der gewählten Gremien kaum möglich. Bedauert wurde, dass die Änderung der Abgabenordnung halbherzig und dass das Demokratiefördergesetz erneut auf der Strecke blieb. Schon in der 19. Wahlperiode sollte ein solches Gesetz auf den Weg gebracht werden und fiel der Diskontinuität anheim, in der 20. Wahlperiode ist wieder Fehlanzeige zu vermeiden.

Einschüchterung

Nachdrücklich bedauert wurde und auf wenig Verständnis stieß, dass die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen ähnlichen Duktus hatte wie Anfragen von AfD-Landtags- oder Stadtratsfraktionen, in denen bei missliebigen Vereinen die Gemeinnützigkeit in Frage gestellt wird. Auch wurde berichtet, dass von Seiten der Finanzverwaltung bei Neuerrichtungen von Vereinen deutlich schärfer geprüft wird, ob sich auch gelegentlich politisch im Sinne der Interessenvertretung betätigt wird. Mancherorts wird ein Klima der Angst und Einschüchterung verbreitet, was es Vereinen noch zusätzlich erschwert, Vereinsvorstände zu finden.

Wertschätzung wird gebraucht

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind für unser Gemeinwesen unverzichtbar. Ohne das bürgerschaftliche Engagement von Millionen Menschen gäbe es keine Freiwillige Feuerwehr, keine Sportvereine, keine Amateurorchester oder -chöre, keine Kunstvereine, keine Fördervereine für Kultureinrichtungen und so weiter und so fort.

Vor gut 25 Jahren beendete die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« ihre Arbeit. Im Abschlussbericht wurde die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements unterstrichen und es wurde ein Schlussstrich gezogen unter die Unterscheidung zwischen dem vermeintlich unpolitisch helfenden Ehrenamt und dem politischen zivilgesellschaftlichen Engagement. Beides ist im bürgerschaftlichen Engagement vereint. Vereine, Netzwerke, Stiftungen und andere Zusammenschlüsse sind Themenanwälte, sie setzen sich gegen Missstände im Kleinen und im Großen ein, sie legen Hand an, wenn es darum geht, das Zusammenleben zu gestalten. Vereine und Netzwerke bieten die Gelegenheit sich auszutauschen. Sie sind lebendige Orte der Demokratie, der Auseinandersetzung und der fortlaufenden Kompromissuche. Die Bürgerinnen und Bürger setzen hierfür ihre Zeit und ihr Geld ein. Ohne dieses Engagement würde das Gemeinwesen nicht funktionieren.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigen, dass sie sich nicht spalten lassen. Die demokratische Zivilgesellschaft steht zusammen. Es ist Aufgabe der Politik, ihr Raum zu geben, zuzuhören und die Rahmenbedingungen für ihre Entfaltung bestmöglich zu gestalten.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, er war Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements«. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Nachdrücklich bedauert wurde, dass die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen ähnlichen Duktus hatte wie Anfragen von AfD-Landtags- oder Stadtratsfraktionen

Migrationspolitik formuliert, von denen bekannt war, dass die Bundesregierung sie nicht umsetzen würde. Die gemeinsame Abstimmung mit der AfD im Deutschen Bundestag war ein Tabubruch von CDU und CSU. Einige Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion blieben bewusst der Abstimmung fern und erklärten dies im Bundestagsprotokoll. Der Wahlkampf tobte. Wieder einmal stand die Migrationspolitik im Mittelpunkt. Der Kanzlerkandidat von CDU und CSU verstieg sich zu der Aussage, dass er am ersten Tag seiner Kanzlerschaft die im Antrag genannten fünf Punkte sofort umsetzen werde.

Kunsthfreiheit

Zehn Jahre Debatten in Politik & Kultur

Aus Politik & Kultur 19

Aus dem Inhalt:

- Streitfall Kunstfreiheit
- Kunstfreiheit und Recht
- Von Einschüchterung bis Zensur
- Ausgrenzung und Boykott
- Jugendschutz und Selbstkontrolle
- Umgang mit dem Erbe
- Sonderfall Religion?
- Bedrohungen von rechts und links
- Hass im Netz
- Grenzüberschreitungen in der Popkultur
- Kulturelle Aneignung
- Postkolonialismus versus Antisemitismus



Jetzt bestellen!

Ganz einfach per QR-Code oder unter www.kulturrat.de/publikationen

Hg. von Olaf Zimmermann und Theo Geißler
ISBN 978-3-947308-64-4
320 Seiten
20,80 Euro

Der Band versammelt Beiträge aus zehn Jahren und vermittelt dadurch einen Eindruck von den unterschiedlichen Debatten und Akzentsetzungen zur grundgesetzlich verbrieften Kunstfreiheit.

Wie steht es um die Kulturfinanzierung in den Ländern?

Fragen und Antworten: Kulturverantwortliche in den Ländern geben Auskunft

In den kulturpolitischen Debatten spielt die öffentliche Kulturfinanzierung eine wichtige Rolle. Oftmals ist von Einsparungen und gravierenden Einschnitten die Rede. Teilweise sind aber auch Aufwüchse in den Kulturretats zu verzeichnen.

Die aktuelle Diskussion haben wir zum Anlass genommen, die Kulturverantwortlichen in den Ländern nach Einsparungen, Mittelaufwüchsen oder veränderten Prioritätensetzungen zu fragen. Wir haben allen für die Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister folgende Fragen gestellt:

- Wurde der Kulturretat in Ihrem Land erhöht oder wurden Einsparungen vorgenommen? Welche Prioritäten werden bei Ihnen in der Kulturförderung gesetzt? Wie sehen die Perspektiven für 2026 aus?
- Würden mit Blick auf die öffentliche Kulturförderung in Ihrem Land für alle künstlerischen Sparten Honoraruntergrenzen eingeführt? Würden hierfür zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt – oder sehen Sie derzeit von der Einführung von Honoraruntergrenzen ab?

11 von 16 Bundesländern haben geantwortet. Einige Länder konnten unsere Fragen mit Blick auf laufende Haushaltsverhandlungen nicht beantworten. Die Beiträge der Ministerinnen und Minister lesen Sie auf dieser und den folgenden Seiten.

Baden-Württemberg



FOTO: LENA LUX/NWK

PETRA OLSCHOWSKI

Die Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2025/26 sind auch in Baden-Württemberg nicht einfach gewesen. Die finanzielle Lage ist hier im Land – wie fast überall in der Bundesrepublik – angespannt. Trotzdem ist es gelungen, einen Haushalt mit verlässlichen Perspektiven für Kunst und Kultur aufzustellen und die Mittel insgesamt zu steigern. Das bedeutet, dass wir insbesondere die Tarifsteigerungen ausgleichen können und dass die Gesamtausgaben für Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst von 2024 auf 2025 um rund 27,5 Millionen Euro erhöht werden konnten. Sie betragen aktuell knapp 630 Millionen Euro.

Das Land und die Kommunen übernehmen gemeinsam Verantwortung für

die staatlichen und kommunalen Einrichtungen sowie für die zahlreichen zivilgesellschaftlich getragenen Einrichtungen und Initiativen. Ohne diese finanzielle Unterstützung gäbe es das vielfältige kulturelle Leben nicht, wie wir es im ganzen Land kennen – und wie es die Landesverfassung vorsieht.

Zugleich wissen wir nicht erst seit Corona, wie anfällig das »System Kultur« ist. Was einmal wegbricht, lässt sich nur schwer wieder aktivieren. Das hängt vor allem auch damit zusammen, dass nicht nur die künstlerische Arbeit, sondern auch die Bindung des Publikums Kontinuität und Verlässlichkeit braucht.

Ein Großteil der Kulturbudgets fließt in Personalkosten. Angemessene und faire Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern ist eine Grundlage für Vielfalt und Qualität in der Kultur und damit eines unserer zentralen kulturpolitischen Anliegen.

Denn: Kunst und Kultur wird von Menschen gemacht. Auch im Kulturbereich muss es daher darum gehen, Arbeit angemessen zu bezahlen.

Wir haben deshalb bereits 2024 die Kosten für die Erhöhung der Mindestgäbe im Bereich des Tarifvertrages NV Bühne anteilmäßig finanziert. Wir schaffen mit erheblichen weiteren Mitteln für den Tarifausgleich nun auch im neuen Doppelhaushalt 2025/26 eine Grundlage, auf der unsere Theater, Orchester, Museen, Akademien, Bibliotheken und Archive weiter erfolgreich arbeiten können. Das gilt grundsätzlich für unsere zahlreichen staatlichen Kultureinrichtungen ebenso wie für die anteilig vom Land finanzierten kommunalen Theater und die Berufsorchester. So erhalten wir die gestalterischen Handlungsspielräume für unsere Kultureinrichtungen.

Auch für freischaffende Künstlerinnen und Künstler sind angemessene Honorare ein zentrales Thema. Ich freue mich besonders, dass wir in diesem Haushalt einen wichtigen Schritt gehen konnten, um Kultureinrichtungen, die nicht in der unmittelbaren Trägerschaft einer Stadt oder des Landes stehen, eine faire Vergütung für ihre Beschäftigten und ihre meist freischaffenden Künstlerinnen und Künstler zu ermöglichen. Mit zusätzlichen Mitteln übernehmen wir hier Verantwortung für eine faire Vergütung und mildern steigende Kosten ab. Diese kommen insbesondere den Privat- und Figurentheatern, Festspielen und Freilichtmuseen im ganzen Land zugute. Stipendien und Preise haben wir ebenfalls an die Inflation angepasst.

Angemessene und faire Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern ist eine Grundlage für Vielfalt und Qualität in der Kultur

Wichtige Orientierungsmarken sind die Honorarempfehlungen der Fachverbände. Bei allen Projektförderungen des Landes für freie Träger geben wir vor, dass die Honorarempfehlungen der Fachverbände bei der Vergütung der freischaffenden Künstlerinnen und Künstler zu beachten sind. Ebenso erwarten wir bei staatlichen und kommunalen Einrichtungen, dass

Empfehlungen der Fachverbände umgesetzt werden. Allerdings muss man auch sagen, dass bei der flächendeckenden Umsetzung einer fairen Vergütung auch in Kultureinrichtungen, die auf Vereinen oder sonstigen freien Trägern gründen, der finanzielle Bedarf sehr groß ist. Nicht alles werden wir sofort leisten können. Uns ist aber der weitere Aufwuchs der öffentlichen Mittel für eine faire Vergütung wichtig – deshalb werden wir uns dafür als gemeinsame Anstrengung von Kommunen und Land einsetzen.

Petra Olschowski MdL ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Bremen



FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

CARMEN EMIGHOLZ

Das Gesamtvolumen des Bremer Kulturhaushalts beträgt 108 Millionen Euro für 2025. Der Haushalt von 2023 ist damit in den Jahren 2024 und 2025 im Prinzip fortgeschrieben worden. Hinzu kommen 2024 und 2025 eine fünfprozentige Erhöhung für die Freie Szene und weitere Mittelerrhöhungen für die Museen. Zu den Haushalten 2026 und 2027 lässt sich aktuell noch nichts sagen. Mein erklärtes Ziel ist es, angesichts der in den vergangenen Jahren sehr hohen Inflation eine Existenzsicherung und eine verlässliche Förderung trotz der schwierigen Rahmenbedingungen wieder in den Fokus zu nehmen und die Sicherung der kulturellen Infrastruktur etwa für Theater, Museen, Stadtbibliothek, VHS, Musikschule und Bürgerhäuser sowie der Förderung von Projekten der freien Kulturschaffenden, der jungen Szene und der Subkultur zu gewährleisten. Meine Überschrift dazu: zuerst die Menschen, dann die Gebäude.

Darum haben wir auch schon seit einigen Jahren Honoraruntergrenzen in der Projektförderung eingeführt. Diese basieren auf den Honorarempfehlungen der Künstlervereinigungen, die teilweise sehr differenziert nach Tätigkeiten unterscheiden. Grundsätzlich erachten wir für professionelle Künstlerinnen und Künstler angesichts der Kostenentwicklung ein Honorar von 50 Euro pro Stunde als angemessen und haben dies auch im letzten Beschluss zur Förderrichtlinie im Februar 2025 fixiert.

Mit diesen Ergebnissen liegen wir im bundesweiten Vergleich im oberen Feld. Verlässliche Förderung, die Sicherung der kulturellen Infrastruktur

über viele Jahre und zugleich die Stärkung der Freien Szene ist ein Kern bremsischer Kulturpolitik. Denn Kunst und Kultur wirken sich nicht nur positiv auf viele Aspekte des gesellschaftlichen Lebens aus. Sie bieten zudem einem offenen Diskurs und der produktiven Auseinandersetzung verschiedener gesellschaftlichen Gruppen ein Forum. Und so wird es Menschen ermöglicht, an Kunst und Kultur teilhaben zu können. Hinzu kommt, dass Kultur durch

Jeder und jede muss die Möglichkeit haben, sich am kulturellen Leben zu beteiligen. Das ist für mich der Kern von »Kultur für alle«

seine breite und über Bremen hinauswirkende interessante kulturelle Landschaft selbstverständlich auch zur Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus beiträgt.

Unsere Schwerpunkte sind unter anderem eine Tarifmittelkompensation, eine pauschale Erhöhung um fünf Prozent für sonstige private Zuwendungsempfänger, die Sicherung freier Projektmittel, die Umsetzung wichtiger investiver Maßnahmen und die Einrichtung eines Projektopfes im Zuge des Prädikats Bremens als »UNESCO City of Literature«. Bisher haben wir das über eine sehr differenzierte Vorgehensweise erreicht. Ob das in den kommenden Jahren möglich sein wird, ist zu bezweifeln. Zunächst einmal versuchen wir, Sparbeiträge zu leisten, die sich auf Bereiche beziehen, in denen Geld erwirtschaftet wurde. Das heißt, wir schauen uns die Rücklagen und damit auch die Einnahmeseite der Kultureinrichtungen genau an. Das sind finanzielle Mittel, die wir abschöpfen können, ohne dass die Existenz der Einrichtungen gefährdet wird. Außerdem geht es darum, Einnahmen zu erzielen, indem man Publikum gewinnt. Das beste Beispiel dafür ist das Theater Bremen mit seiner hohen Auslastung im vergangenen Jahr. Das waren rund 190.000 Besucherinnen und Besucher. Dieser positive Trend setzt sich in der aktuellen Spielzeit fort.

Dazu passt der in kulturpolitischen Debatten bundesweit wieder häufiger auftauchende Begriff »Kultur für alle«, geprägt in den 1970er Jahren von dem Bremer Hilmar Hoffmann. Und genau das ist das Maß, an dem wir uns hier in Bremen orientieren. Jeder und jede muss die Möglichkeit haben, sich am kulturellen Leben zu beteiligen. Das ist für mich der Kern von »Kultur für alle«. Es geht um soziale Barrierefreiheit. Das wurde damals so angedacht, und ich finde, es gibt bei unseren Kultureinrichtungen eine große Offenheit, was das angeht. Jeder kann, so wie er möchte, ins Theater gehen. Außerdem ist das Programm inzwischen diverser und niedrigschwelliger. Die Bremer Kunsthalle zieht ebenfalls Menschen aus ganz unterschiedlichen Hintergründen an; da gibt es manchmal Schlangen bis auf die Straße. Die Beteiligung von Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Herkunftsklappen hervorragend in unseren Kultureinrichtungen. Ich bin damit sehr zufrieden.

Als Fazit möchte ich betonen: Eine Stadt oder ein Bundesland, das seine Kulturlandschaft kaputtspart, wird daran nicht viel Freude haben. Es wird sich im Bildungsbereich, in der Kriminalitätsrate, bis hin zu Wirtschaftsfaktoren und im Tourismus bitter rächen. Über das hinaus sollte der Eigenwert künstlerischer Produktivität nicht bezweifelt werden. Der typische Reflex, zuerst im Kulturbereich zu sparen, ist kurzfristig, weil klar ist: Die Einsparungen im Kulturbereich werden keinen Haushalt konsolidieren und stehen in keinem Verhältnis zum kulturellen Verlust. Unser Motto in Bremen lautet: nicht aufgeben, für die Kultur zu kämpfen!

Carmen Emigholz ist Staatsrätin für Kultur der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg



© SENATSKANZLEI HAMBURG

CARSTEN BROSDA

Fast jeden Tag erleben wir gerade, wie sich die Weltlage innerhalb weniger Minuten verändern kann. Selten war unsere Gegenwart so volatil, unsere Gesellschaft so in Unruhe. Damit müssen wir umgehen – und dabei können die Künste helfen: mit neuen Perspektiven, Inspiration und Begegnung. Künstlerische Positionen öffnen Räume, in denen wir über den Zustand unserer Gesellschaft und eine bessere Zukunft ins Gespräch kommen können. In Hamburg war es uns deshalb besonders wichtig, gerade jetzt für die Kultur Stabilität und Kontinuität zu schaffen, damit sie diese Dynamik erzeugen kann. Die Hansestadt ist in der glücklichen Lage, dass der Gesamthaushalt wächst, sodass auch das Budget für Kultur und Medien im Haushalt 2025 um rund 50 Millionen Euro auf 461 Millionen Euro und 2026 um weitere rund 13 Millionen Euro auf 474 Millionen Euro erhöht wird. Doch es braucht hierfür nicht nur die stabile finanzielle Lage der Stadt, sondern auch Rückenwind in Politik und Verwaltung: Senat und Bürgerschaft haben die Bedeutung der Kultur für unsere Stadt erkannt und stehen hinter der Erhöhung des Budgets für das Ressort Kultur und Medien.

Der Kultur in Hamburg Planungssicherheit und Stabilität zu bieten, ist dabei ein zentrales Ziel. Kultureinrichtungen, die institutionell gefördert werden, erhalten mehr Mittel, um die Inflation und die in vielen Bereichen gestiegenen Kosten auszugleichen ▶

► zu können, zum Beispiel für Energie oder für Personal. Und auch im Bereich der freien Förderung und der Unterstützung kreativwirtschaftlicher Betriebe können wir Impulse setzen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich Stadtteilkultur: Hier gehen wir einen großen Schritt hin zu fairer Entlohnung in der Kultur

Außerdem arbeiten wir weiter am Ausbau der kulturellen Infrastruktur unserer Stadt. In den nächsten Jahren stehen wichtige Bau- und Sanierungsmaßnahmen an. Das Museum für Hamburgische Geschichte, das Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt und Kampnagel werden umfassend saniert, dabei auch inhaltlich neu ausgerichtet und für die gesamte Stadtgesellschaft weiter geöffnet. In den nächsten Jahren werden auch neue Kulturinstitutionen wie das Haus der digitalen Welt und das Deutsche Hafnarium entstehen. Daran arbeiten wir bereits mit voller Energie und wollen den Grundstein dafür legen, dass die Kultur auch in Zukunft die Räume bietet, die eine Stadtgesellschaft für Austausch und Begegnung braucht.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich Stadtteilkultur: Hier gehen wir einen großen Schritt hin zu fairer Entlohnung in der Kultur. Wir erhöhen auch hier die Mittel für die Stadtteilkulturzentren um rund zehn Prozent, aber mindestens genauso wichtig ist eine verbesserte Entlohnung des Personals durch eine angemessene tarifliche Eingruppierung. In einem gemeinsamen Prozess mit den Stadtteilkultureinrichtungen und den Bezirken ist es endlich gelungen, neue Stellenbewertungen zu erstellen und Eingruppierungen neu vorzunehmen, mit dem Ergebnis, dass die Arbeit, die in der Stadtteilkultur seit vielen Jahrzehnten sehr engagiert und erfolgreich geleistet wird, endlich fair bezahlt werden kann. Hierfür stellen wir die erforderlichen zusätzlichen Mittel zur Verfügung.

Ein genauso wichtiger Schritt hin zu fairer Bezahlung im Kulturbereich ist die Einführung der Honoraruntergrenzen in den verschiedenen Sparten, sowohl für Künstlerinnen und Künstler als auch für die vielen anderen Beschäftigten in der Kultur. Damit Kulturveranstalter die Honoraruntergrenzen einhalten können und die Zahl der geförderten Projekte nicht sinken muss, stellen wir ebenfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung und erhöhen die Förderung, zum Beispiel für die Privattheater und freien Kunstorte, für die Freie Szene, die Ausstellungsvergütung oder für unsere Projektförderprogramme in allen Bereichen.

Dies alles tun wir, um den Kulturinstitutionen und den Kulturschaffenden in unserer Stadt Stabilität, Sicherheit und Perspektiven zu bieten – und letztlich die Freiheit und Vielfalt der Kultur zu sichern.

Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg

Hessen



FOTO: SALOME ROESSLER

TIMON GREMMELS

Kunst und Kultur sind weit mehr als nur ein Luxus oder eine Nebensache – sie sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie stärken sowohl das individuelle als auch das kollektive Wohl. Davon bin ich fest überzeugt. Es stimmt: Die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sind einem enormen Konsolidierungsdruck ausgesetzt. Doch wenn an Kunst

Mein Ziel ist es, die kulturelle Vielfalt zu bewahren und gleichzeitig Kunst und Kultur für alle Menschen in Hessen zugänglich zu machen

und Kultur zu viel gespart wird, verlieren wir nicht nur die Fähigkeit zur Selbstreflexion und Weiterentwicklung, sondern auch die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt. Mein Ziel ist es, die kulturelle Vielfalt zu bewahren und gleichzeitig Kunst und Kultur für alle Menschen in Hessen zugänglich zu machen.

Als Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur habe ich in diesem Jahr klare Prioritäten gesetzt: Kunst und Kultur sind von Kürzungen ausgenommen. Darüber hinaus konnten wir für Musikschulen, die documenta und für Tarifsteigerungen zusätzliche Mittel mobilisieren. Wir können nicht ausschließen, dass der finanzielle Druck auf diesen Bereich weiter steigt, aber es wird auch künftig darum gehen, die vielfältigen Strukturen von Kunst und Kultur und deren Zugänglichkeit so weit wie möglich zu erhalten. Die Verhandlungen über den Haushalt für das Jahr 2026 laufen derzeit noch, weshalb ein verlässlicher Blick in die Zukunft noch nicht möglich ist.

Für die hessischen Musikschulen stellen wir in diesem Jahr zusätzlich 1,2 Millionen Euro bereit – das Doppelte des ursprünglich im »Pakt für Musikschulen« vorgesehenen Betrags. Diese Entscheidung unterstreicht nicht nur die Bedeutung der Musik als unverzichtbaren Bestandteil der kulturellen Bildung, sondern auch unser Bestreben, allen Kindern und Jugendlichen – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund

– die Möglichkeit zu bieten, ihre musikalischen Talente und damit auch sich selbst als Persönlichkeiten zu entfalten.

Mit einer Umstellung der Förderstrategien und der Einführung einer neuen Förderrichtlinie wollen wir die Musikschulen in Hessen finanziell stärken und gleichzeitig die Qualität des Unterrichts erhöhen. Dazu setzen wir höhere Standards und schaffen gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte. Die neue Richtlinie betont die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit und würdigt die Bedeutung der Musikschulen als kulturelle und bildungspolitische Institutionen. Zudem mildern wir mit dieser Initiative die Auswirkungen des »Herrenberg-Urteils« ab.

Doch nicht nur die Musikschulen profitieren vom Haushalt 2025. Auch die documenta und die Museum Fridericianum gGmbH erfahren zusätzliche Unterstützung. Dies ist insbesondere im Nachgang der letzten Weltkunstausstellung sowie in Vorbereitung auf die documenta 16 im Jahr 2027 in Kassel von entscheidender Bedeutung. Wir haben die Aufarbeitung der documenta fifteen konsequent vorangetrieben und die documenta gGmbH mit einer umfassenden Strukturreform für die Zukunft aufgestellt. Auf Vorschlag einer internationalen Findungskommission wurde die erfahrene und renommierte Naomi Beckwith zur künstlerischen Leiterin berufen. Die Weichen für eine erfolgreiche documenta 16 sind damit gestellt. Zur weiteren Vorbereitung der Ausstellung im Jahr 2027 sowie zur Umsetzung der Strukturreform stellt das Land im Haushalt 2025 über 2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Die Tarifabschlüsse haben viele Kulturinstitutionen vor große Herausforderungen gestellt. Mit einem umfassenden Kraftakt stellen wir sicher, dass die vom Land institutionell geförderten Einrichtungen sowie unsere Theater in diesem Jahr insgesamt fast 3 Millionen Euro für die Tarifsteigerungen erhalten.

Doch nicht nur die Institutionen benötigen stabile finanzielle Rahmenbedingungen – auch die Künstlerinnen und Künstler selbst brauchen unsere Unterstützung. Honoraruntergrenzen im Kulturbereich sind ein wichtiges Instrument, um die Arbeitsbedingungen für die Kreativen zu verbessern und die Wertschätzung ihrer Arbeit zu sichern. Ich verfolge daher die bundesweiten Debatten sehr aufmerksam.

Nicht nur die Institutionen benötigen stabile finanzielle Rahmenbedingungen – auch Künstlerinnen und Künstler brauchen unsere Unterstützung

Im Idealfall würde die Einhaltung von Honoraruntergrenzen in unsere Förderinstrumente eingeführt, wobei gleichzeitig die damit verbundenen finanziellen Mehrbedarfe gedeckt werden würden – eine doppelte Herausforderung, vor allem in Zeiten knapper Kassen. Die Umsetzbarkeit dieser Maßnahme prüfen wir derzeit.

Timon Gremmels ist Hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

Mecklenburg-Vorpommern



FOTO: SUSIE KNOLL

BETTINA MARTIN

Populismus, Polarisierung, Schwarz-Weiß-Diskussionen prägen zunehmend den öffentlichen Diskurs. Es fällt oft schwer, diese Gräben zu überwinden, ins Gespräch zu kommen und Kompromisse einzugehen. Kultur ist dafür kein Allheilmittel, aber eine lebendige und vielfältige Kulturlandschaft – bis in unsere Dörfer – ist heute wichtiger denn je. Kunst und Kultur stehen für sich allein – gleichzeitig sind sie aber unerlässlich für unsere offene und demokratische Gesellschaft. Kultur hat eine verbindende Wirkung, stiftet Identität. Kunst eröffnet Räume für den Dialog und den Austausch unterschiedlicher Perspektiven, der in unserer Gesellschaft mittlerweile so schwierig geworden ist. Deshalb investieren wir in die Kultur.

Natürlich wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern (MV) auch, dass Kulturschaffende ein faires Einkommen erzielen. Gegen die Selbstausbeutung von Künstlerinnen und Künstlern, die in der freien Kulturszene keine Seltenheit ist, wollen wir wirksam vorgehen, zum Beispiel durch die Einführung von Mindesthonoraren. Und natürlich geht es uns auch um eine tarifgerechte oder tarifgleiche Bezahlung in den vielen Kulturinstitutionen und Projekten unseres Landes. So weit so gut – doch wie passen diese Anforderungen einer starken Kulturpolitik zu den klammen Kassen der Landesregierung ohne Spielräume nach den Krisen der vergangenen Jahre? Meine Antwort lautet: Gar nicht!

Die multiplen Krisen sind natürlich nicht spurlos am Kulturbetrieb vorbeigegangen. Erhebliche Steigerungen bei den Energie- und Sachkostenpreisen und starke Tarifierhöhungen reißen Löcher in die Haushalte der Spielstätten und ihrer Träger. Nur um den Status Quo zu halten, wären zusätzliche Mittel in Größenordnungen notwendig, die der Landeshaushalt aktuell nicht hergibt. Im Gegenteil. Wie so viele andere Bundesländer, muss auch MV im kommenden Doppelhaushalt konsolidieren über alle Ressorts hinweg. Aufwuchs wird es nicht geben.

Dennoch verfolgen wir in MV das klare Ziel, die vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten und nicht wie derzeit andere Länder empfindliche Einschnitte in die Strukturen vorzunehmen. Beispiel ist der Theaterpakt, der über zehn Jahre bis 2028 die Finanzierung der Mehrspartentheater in MV auf eine sichere

Basis stellt. Dieser Theaterpakt steht, auch die vereinbarte jährliche Dynamisierung in Höhe von 2,5 Prozent werden wir nicht antasten. Während wir noch vor wenigen Jahren von den meisten Bundesländern um diese fest vereinbarte Perspektive für die Theater heiß beneidet wurden, ist es heute leider eine Tatsache, dass die Kostensteigerungen die Dynamisierung auffressen. Doch Fakt ist auch, dass das Land zu seinem Wort steht und bei den Theatern keine Kürzungen vornimmt. Auch investieren wir in die Sanierung des Mecklenburgischen Staatstheaters, das Teil des neu gelisteten Weltkulturerbes in Schwerin ist.

Auch die jährliche Dynamisierung der Kulturförderung werden wir trotz Sparnotwendigkeit nicht stoppen. Sie wurde im Rahmen eines mehrjährigen Leitlinienprozesses schwer erkämpft, bevor sie 2021 dann endlich eingeführt wurde. Wir werden sie nicht zurücknehmen.

Seit 2024 haben wir in Mecklenburg-Vorpommern Mindesthonorare zunächst in der bildenden Kunst eingeführt. Diesen Schritt haben wir mit einem Programm in Höhe von 100.000 Euro flankiert. Das Programm wollen wir auch im kommenden Doppelaushalt, der aktuell verhandelt wird, weiterführen. Darüber

Gerade in diesen politisch wie auch gesellschaftlich schwierigen Zeiten setzen wir auf die Kultur als einen unserer Schwerpunkte

hinaus werden aktuell Gespräche mit den Stakeholdern über die Einführung von Mindesthonoraren auch in anderen Sparten geführt, analog zur laufenden Diskussion auf Bundesebene.

Der Landeshaushalt in MV steht erheblich unter Druck. In den kommenden Jahren werden wir uns darauf konzentrieren müssen, bewährte Strukturen und Projekte zu erhalten und kluge Entscheidungen für die zukünftige Entwicklung unserer Kunst- und Kulturszene zu treffen. Die Landesregierung wird ganz sicherlich keinen Kahlschlag im Kulturbereich zulassen – im Gegenteil. Gerade in diesen politisch wie auch gesellschaftlich schwierigen Zeiten setzen wir auf die Kultur als einen unserer Schwerpunkte. Ganz sicherlich werden uns die Entscheidungen der Bundespolitik für die Auflegung eines großen Sondervermögens dabei helfen. Denn dieses Sondervermögen, das auch 100 Milliarden Euro für die Länder zur Verfügung stellt, und die einhergehende Grundgesetzänderung werden den Ländern neue Handlungsspielräume ermöglichen. Wenn auch die Kultur nicht direkt von diesem Sondervermögen profitieren wird, so kommt damit doch wieder Bewegung in die Länderhaushalte hinein. Und das wird sich auch stabilisierend auf die Kulturförderung auswirken.

Die Kultur im ländlichen Raum liegt mir sehr am Herzen. Wir werden sie weiter unterstützen und damit den Zusammenhalt und die Lebensqualität in unseren Dörfern weiter steigern. Denn das ist es doch, was uns die letzten Wahlergebnisse lehren: Wir können uns als Gesellschaft das Einsparen von Kultur nicht leisten. Der Preis wäre zu hoch.

Bettina Martin ist Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern und Präsidentin der Wissenschaftsministerkonferenz 2025

Kulturfinanzierung

Fortsetzung der Seiten 4 und 5

Niedersachsen



FOTO: MWK/MORITZ KÜSTNER

FALKO MOHRS

Die Kulturlandschaft in Niedersachsen ist vielfältig, innovativ und eine wichtige Säule der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe im ganzen Land. Um ihre Weiterentwicklung zu fördern und die Vielfalt der Kultur im Flächenland langfristig zu sichern, setzt die niedersächsische Landesregierung trotz einer angespannten Haushaltlage darauf, verlässliche Rahmenbedingungen für die Kultur zu schaffen – z. B. durch die Abfederung von Kostensteigerungen und die Verstärkung von vormals befristeten Projektförderungen. Auf diese Weise haben wir den Kulturetat im Jahr 2025 auf 285,7 Millionen Euro (2024: 272,9 Millionen Euro) erhöht.

Darin enthalten sind etwa zusätzliche Mittel, um gestiegene Personal- und Betriebskosten an den drei Staatstheatern sowie sechs Landesmuseen abzufedern, die als kulturelle Flaggschiffe weit in die Regionen und darüber hinaus wirken. Zudem sei beispielhaft der um 4,5 Millionen Euro angewachsene Zuschuss für sechs Theater und ein Orchester in kommunaler Trägerschaft genannt. Dem Land ist es ein wichtiges Anliegen, dem Bereich der kulturellen Bildung, der Vermittlung von Kunst, Kultur und kulturellem Erbe Rückenwind zu verleihen – diese Angebote eröffnen Teilhabechancen für alle und wirken demokratiebildend. Das Engagement des Landes hier spiegelt

Den Weg der Absicherung und maßvollen Weiterentwicklung wollen wir auch in Zukunft weitergehen

sich im Haushalt beispielsweise in der Absicherung des FSJ Kultur und des Landesverbands für Theaterpädagogik sowie zusätzlicher Mittel für die Landesmusikakademie Wolfenbüttel und für herausragende Einrichtungen wie die Kunsthalle Emden wider. Auch ist es uns erstmals nach 17 Jahren gelungen, die Zuschüsse für die Musikschulen, die eine tragende Rolle für die musikalisch-kulturelle Bildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen spielen, um mehr als 2 Millionen Euro anzuheben.

Eine vielfältige Kulturförderung kann im Flächenland Niedersachsen nicht allein von Hannover aus geleistet werden: Die Landschaften und Landschaftsverbände übernehmen als selbstständige Kulturträger, als Projektförderer und als Beratungsstellen die regionale Kulturförderung. Diese deutschlandweit einmalige Partnerschaft wurde

mit zusätzlichen Mitteln gestärkt. Den Weg der Absicherung und maßvollen Weiterentwicklung wollen wir auch in Zukunft weitergehen. Begleitet wird dies von einer Überprüfung der Förder- und Verwaltungsverfahren, die den Kulturschaffenden weitere Erleichterungen bringen soll. Auch wenn der Druck auf die öffentlichen Etats weiter zunimmt: Eine Kürzung des Kulturhaushalts ist nach jetzigem Stand für das Jahr 2026 nicht vorgesehen.

Gleichwohl verengen sich die Spielräume für neue Projekte, die wir dennoch grundsätzlich angehen wollen. Hierzu gehört auch das Thema Honoraruntergrenzen. Das Niedersächsische Kulturfördergesetz sieht deren Einführung vor. Bei der Umsetzung müssen jedoch die Interessen der Kulturschaffenden gewahrt werden, ohne die öffentlichen Haushalte zu überfordern. Auch die Kommunen stehen vor der großen Herausforderung, zusätzliche finanzielle Mittel für solche Förderaktivitäten bereitzustellen. Es ist aus kulturpolitischer Sicht daher richtig und wichtig, Erfahrungen mit der Anwendung von Honoraruntergrenzen in der Praxis zu sammeln. Es wird daher darum gehen, geeignete Aktionsfelder zu identifizieren, bei denen man erfolgreich mit Honoraruntergrenzen agieren kann, auch wenn es nicht möglich ist, die finanziellen Mittel zu erhöhen. Dies werden wir, wie im Niedersächsischen Kulturfördergesetz vorgesehen, mit den kommunalen Spitzenverbänden und nachfolgend den jeweiligen Kulturfachverbänden ergebnisoffen abstimmen.

Wir wissen um die Bedeutung, aber auch die Herausforderungen der Kultur. Trotz einer herausfordernden Haushaltlage haben wir ein klares Signal der Verlässlichkeit und Sicherheit für eine vielfältige Kultur in Niedersachsen gesetzt – und dies mit wichtigen Maßnahmen im Kulturetat verankert. Das sind wichtige Schritte zur Stabilisierung und Weiterentwicklung – weitere wollen wir in den kommenden Jahren im Rahmen der Möglichkeiten gehen.

Falko Mohrs ist Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

Nordrhein-Westfalen



© MRW/ANJA TIWISINA

INA BRANDES

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den Energie-Engpässen und den jüngsten Ankündigungen des US-Präsidenten hat sich die geopolitische Lage und damit einhergehend die finanzwirtschaftliche Lage unseres Landes grundlegend verändert. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen muss deshalb – wie alle anderen Ressorts auch – Ausgaben zurückführen.

Für den Etat des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft bedeutet das

für das Haushaltsjahr 2025 in Summe eine Kürzung von 750 Millionen Euro. Der Kulturhaushalt ist mit vergleichsweise moderaten 5,5 Millionen Euro – das entspricht 1,74 Prozent – betroffen. Es ist uns gelungen, die großen institutionellen Förderungen auf dem gleichen Niveau wie 2024 zu halten; auch die Personalkostensteigerungen der zurückliegenden Jahre haben wir anteilig auffangen können. Gleichwohl schmerzt jeder Einschnitt.

Ich bin daher sicher, dass die Honoraruntergrenzen so auch dem Publikum zugutekommen

Den relativ moderaten Einsparungen, die jetzt vorgenommen wurden, liegen strategische Entscheidungen zugrunde.

So ist uns im Ministerium für Kultur und Wissenschaft daran gelegen, Verwaltungsstrukturen für Förderprogramme einfach und effizient zu halten. Dazu gehört zum Beispiel, die Anzahl von Förderprogrammen zu reduzieren, um Bürokratie abzubauen, Antragstellungen zu vereinfachen und die Kulturförderung transparenter zu machen. Durch Zusammenlegung von Förderprogrammen vermeiden wir sehr kleinteilige Förderungen, die mit einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand verbunden sind. Der Verwaltungsaufwand einerseits und die ausgeschüttete Fördersumme für die eigentliche Kunstproduktion andererseits müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen: Wir wollen weniger Geld für Verwaltung und Verteilung von Förderung ausgeben, damit möglichst viel Geld direkt bei den Künstlerinnen und Künstlern ankommt. Dazu gehört auch die Vermeidung von Doppelstrukturen. Leistungen, die auch von anderen Einrichtungen – ebenfalls mit Förderung durch das Land – erbracht werden, müssen nicht von einer zweiten Einrichtung erbracht werden.

Zeiten knapper Kassen verlangen nach Prioritäten. Die setzen wir vor allem in der kulturellen Bildung und der fairen Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern.

JeKits (»Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen«) ist inzwischen Deutschlands größtes Projekt der kulturellen Bildung. In Nordrhein-Westfalen nehmen rund 110.000 Kinder an über 1.000 Schulen daran teil. Im Haushalt 2025 werden die Mittel von 16,7 Millionen Euro auf 17,3 Millionen Euro aufgestockt, um es Kindern aus sozial schwachen Familien noch leichter zu machen, erste künstlerische Erfahrungen im JeKits-Programm zu sammeln. Außerdem fördert das Land die Programme »Kultur und Schule« und »Künstlerinnen und Künstler in die Kita« und unterstützt mit dem Programm »Kulturelle Gesamtkonzepte« die Kommunen bei Angeboten, die mit dem Offenen Ganztage kooperieren.

Für den Bereich der kulturellen Bildung haben wir im Jahr 2024 Honoraruntergrenzen für Künstlerinnen und Künstler eingeführt. Selten waren wir so dringend auf die verbindende Kraft von Kunst und Kultur angewiesen wie heute. Dieser Dienst an der Demokratie ist wertvoll – und er hat seinen Preis. Ab Januar 2026 gelten die Honoraruntergrenzen flächendeckend für alle Sparten. Für das laufende Jahr haben wir dafür 1,6 Millionen Euro veranschlagt. Das ist ein deutliches Bekenntnis zum Wert von Kultur und die Anerkennung von künstlerischer Leistung als Arbeit. Nicht zuletzt fördern wir damit künstlerische Qualität und Professionalität: Denn wer sich ohne Nebenjobs voll auf seine künstlerische Arbeit konzentrieren kann, der kann auf einem noch höheren Niveau künstlerisch arbeiten. Ich bin daher sicher, dass die

Honoraruntergrenzen so auch dem Publikum zugutekommen.

Ebenso wichtig wie die faire Bezahlung ist die soziale Absicherung der Künstlerinnen und Künstler bei (temporärer) Erwerbslosigkeit. Auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich deshalb der Bundesrat in seiner Sitzung am 22. November 2024 mit einem Antrag zur Erweiterung der Künstlersozialkasse (KSK) beschäftigt. Der Entschließungsantrag sieht ein klares Bekenntnis des Bundesrates zur Absicherung von selbständigen Künstlerinnen und Künstlern über eine weitere Säule in der Künstlersozialkasse vor. Der Bundesrat soll die Bundesregierung auffordern, eine Absicherung von Lücken in der Erwerbsbiografie von Künstlerinnen und Künstlern zu schaffen.

Zum Glück haben wir in der vergangenen Legislaturperiode einen enormen Aufwuchs im Kulturhaushalt erlebt, der sehr klug eingesetzt wurde. Das Land hat damals gezielt begonnen, die kommunalen Häuser zu unterstützen, etwa bei den Betriebskosten. Dies hilft uns heute in finanziell schwieriger werdenden Zeiten. Denn der Einstieg des Landes hat auf kommunaler Ebene eine echte Erleichterung gebracht. Wir haben diese Unterstützung in den vergangenen Jahren erhöht und damit einen großen Beitrag geleistet, die teils erheblichen Tarifikostensteigerungen abzufedern. Das wird in diesem Jahr so nicht möglich sein, weil wir die Haushaltsmittel dafür einfach nicht haben. Aber wir haben eine Grundlage geschaffen, dass das Land Einrichtungen, für die wir eigentlich nicht zuständig sind, strukturell und dauerhaft unterstützt. Das ist in der aktuellen Situation viel wert.

Es ist meine Verantwortung als Ministerin, gerade in Zeiten knapper finanzieller Mittel, klare politische Prioritäten zu setzen. Ziel der Landesregierung ist es, den Künstlerinnen und Künstlern sowie den Kultureinrichtungen so viel Planungssicherheit wie möglich zu geben.

Ina Brandes ist Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz



© IANA KAY

KATHARINA BINZ

Ich freue mich, dass der Kulturetat des Landes Rheinland-Pfalz im aktuellen Doppelhaushalt um 12 Prozent für 2025 bzw. 14 Prozent für das Jahr 2026 gesteigert werden konnte. Damit ist es gelungen, den Kulturetat in dieser Legislaturperiode insgesamt um 24,4 Prozent zu steigern. Die Aufwüchse werden zwar in nicht unerheblicher Größenordnung für die Personalkostensteigerungen der Landeseinrichtungen, wie z. B. der Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz, dem Landesbibliothekszenrum sowie der Landesarchivverwaltung, bei

den Theatern und den Kostensteigerungen bei einigen der großen Festivals und Musikreihen des Landes (Nibelungenfestspiele Worms, Moselmusikfestival, Burgfestspiele Mayen, Theaterfrühling Ludwigshafen, Mainzer Meisterkonzerte) benötigt. Doch auch für die freie Kulturszene gab es Aufwüchse und viele Verbesserungen. So haben wir z. B. mit dem Personalkostenübernahme-Programm »Zukunft durch Kultur«, einem Strukturförderprogramm, einer mehrjährigen Konzeptionsförderung im Bereich der freien Theater sowie einer unbürokratischen Kleinförderung für Kulturvereine neue Förderinstrumente installiert.

Die Priorität der Kulturförderung liegt in dieser im Jahr 2021 begonnenen Legislaturperiode darin, nach der Pandemie, die die Kulturszene in Rheinland-Pfalz dank Bundes- und Landeshilfen heil überstanden hat, Strukturen zu festigen und die Kulturszene resilient und zukunftsfähiger zu machen – vor allem in den ländlichen Räumen. Dazu werden wir die Umsetzung der Erkenntnisse aus der 2022 begonnenen Kulturentwicklungsplanung fortsetzen. Beispielweise haben sich erste Orte der Industriekultur im Land und die Jazz-Szene zu neuen Verbänden zusammengeschlossen, und es konnten zu meiner

Dem kontinuierlichen Austausch mit der Kulturszene genauso wie mit den Kommunen wird große Bedeutung beigemessen

Freude wesentliche Fortschritte und nachhaltige Entwicklungen in der Popmusikförderung erreicht werden. Dem kontinuierlichen Austausch mit der Kulturszene genauso wie mit den Kommunen wird große Bedeutung beigemessen. Dafür haben wir verschiedene Dialogformate auf den Weg gebracht, wie z. B. eine jährliche Landeskulturkonferenz.

Die Situation und Weiterentwicklung der sehr zahlreichen Bibliotheken im Land nimmt zudem eine eigenständige Bibliotheksentwicklungsplanung in den Blick. Eine Jugendbefragung zu kulturellen Interessen wird außerdem in diesem Jahr durchgeführt, deren Ergebnisse in die Vorbereitung der Landeskulturkonferenz zum Thema Teilhabe in der Kultur einfließen.

Was mich als Kulturministerin auch begeistert: Mittlerweile gibt es sieben UNESCO-Welterbestätten in Rheinland-Pfalz. 2021 kamen zum Dom zu Speyer, dem römischen Trier mit Dom und Liebfrauenkirche in Trier, der Kulturlandschaft des Oberen Mittelrheintals und dem Obergermanischen Limes der historische Kurort Bad Ems bei den »Great Spas of Europe«, Remagen als Teil des Niedergermanischen Limes und die historisch bedeutenden jüdischen SCHUM-Städte Mainz, Worms und Speyer hinzu.

In unserem neuen digitalen Landesportal »Kreuz Rad Löwe« (kreuz-rad-loewe.de) kann man nun auf eine Vielzahl digitalisierter Schätze aus rheinland-pfälzischen Museen, Bibliotheken und Archiven zugreifen und virtuelle Ausstellungen betrachten. Mit der Auszeichnung »Museum des Monats« würdigen wir beispielhaft kleinere und mittelgroße Museen im Land.

Honoraruntergrenzen konnten wir in einigen Bereichen einführen, so z. B. bei der nächsten Landeskunstausstellung. Wichtig war uns eine Orientierung an Tariflöhnen, etwa im Bereich der freien Theater, wie dem Speyerer Kinder- und Jugendtheater sowie dem Chawerusch-Theater in Herxheim. Auch die Künstlerhonorare bei einem unserer größten kulturellen Bildungsprojekte »Jedem Kind seine Kunst« (JeKiKu) konnten um 20 Prozent erhöht werden. Die Musikschulmittel haben wir verstärkt, auch private Musikschulen berücksichtigt. Mehrere 100.000 Euro ►

► jährlich ermöglichen die Erweiterung der Landesmusikakademie in Neuwied-Engers. Sie kann nun auch Räume des Schlosses der rheinland-pfälzischen Landesstiftung Villa Musica (einer Akademie zur Spitzenförderung im Bereich der Kammermusik) nutzen und damit ihr Fort- und Weiterbildungsangebot erheblich ausbauen.

Katharina Binz ist Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz

Saarland



© HOLGER KIEFER

CHRISTINE STREICHERT-CLIVOT

Eine starke Kulturpolitik bedeutet, Kultur als essenziellen Bestandteil der Gesellschaft zu verstehen – nicht als freiwillige Leistung, sondern als unverzichtbaren Auftrag. Wer Kultur stärkt, stärkt die Demokratie. Wer kulturelle Teilhabe ermöglicht, schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Saarland stellt sich dieser Verantwortung, und wir setzen uns mit Nachdruck für eine demokratische, solidarische und vielfältige Kulturlandschaft ein. Wir haben den Kulturretat für das Jahr 2025 mit einem Volumen von rund 70 Millionen Euro gezielt gestärkt, um kulturelle Vielfalt zu sichern und die Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden zu verbessern. Unsere Prioritäten sind klar: Wir setzen auf eine starke Breitenkultur, die Professionalisierung der Verbände, die Stärkung der Freien Szene als Impulsgeber für künstlerische Innovationen, die strukturelle Förderung der großen Kultureinrichtungen wie beispielsweise das Saarländische Staatstheater und die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz sowie die Förderung der deutsch-französischen kulturellen Zusammenarbeit. Unsere lebendige Festivallandschaft – mit dem Max Ophüls Preis und dem deutsch-französischen Festival Perspectives – steht dabei ebenso im Fokus wie

Besonders prägend für unsere Region ist die Industriekultur

die kulturelle Bildung und das Kinder- und Jugendtheater. Denn Kultur muss für alle zugänglich sein – unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten.

Diesen Prozess wollen wir auch 2026 konsequent fortsetzen. Deshalb erarbeiten wir derzeit in einem partizipativen Prozess gemeinsam mit den Kulturschaffenden des Landes kulturpolitische Leitlinien für das Saarland. Dieser Prozess zeigt deutlich: Wir haben eine dynamische, vielfältige und international vernetzte Kulturszene, die grenzüberschreitend agiert und tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Damit

Kultur weiterhin gesellschaftliche Relevanz entfalten kann, braucht es klare Perspektiven und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Ergebnisse der Leitlinien-Erarbeitung werden uns dabei helfen, zukünftige Förderschwerpunkte strategisch auszurichten und Kulturförderung so weiterzuentwickeln, dass sie den Bedürfnissen der Kulturschaffenden gerecht wird und kulturelle Teilhabe für alle stärkt.

Besonders prägend für unsere Region ist die Industriekultur. Die Völklinger Hütte als UNESCO-Weltkulturerbe ist eine herausragende Stätte des Industrieerbes mit internationaler Strahlkraft. Sie steht sinnbildlich für den Strukturwandel, den unser Land durchläuft, und zeigt, wie Industriekultur zu einem lebendigen Ort der Kunst, Bildung und Begegnung werden kann. Der Erhalt unseres industriellen Erbes stellt uns jedoch vor große Herausforderungen – sowohl finanziell als auch in der Frage, wie wir diese Orte in eine moderne, zukunftsfähige Kulturlandschaft einbinden können. In einem Land, das sich in einer tiefgreifenden Transformation befindet, müssen wir Industriekultur nicht nur bewahren, sondern auch neu denken: als Raum für kulturelle Experimente, kreative Nutzungen und gesellschaftlichen Dialog.

Ein sozial gerechtes Kultursystem erfordert faire Arbeitsbedingungen. Das Saarland war eines der ersten Bundesländer, das verbindliche Honoraruntergrenzen für die Freie Szene im Bereich der darstellenden Kunst eingeführt hat – ein wichtiger Schritt für eine faire Bezahlung in der Kultur. Für Nicht-KSK-Versicherte liegt diese Grenze bei einem Nettohonorar von 3.600 Euro im Monat, für KSK-Versicherte bei 3.100 Euro im Monat. Diese Mindesthonorare orientieren sich an den Vorgaben des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste und werden in enger Abstimmung mit unserem Landesverband umgesetzt. Unser langfristiges Ziel ist es, Honoraruntergrenzen in allen künstlerischen Sparten zu etablieren, insbesondere in der kulturellen Bildung. Denn wer Kultur ermöglicht, muss auch von seiner Arbeit leben können. Deshalb prüfen wir kontinuierlich Anpassungen der Fördersummen, um nachhaltige Strukturen zu schaffen, die nicht auf Selbstausbeutung beruhen.

Christine Streichert-Clivot ist Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlandes

Sachsen-Anhalt



© STAATSKANZLER UND MINISTERIUM FÜR KULTUR DES LANDES SACHSEN-ANHALT / FOTO: VIKTORIA KÜHNE

RAINER ROBRA

Pinball oder auch Flipper ist ein Geschicklichkeitsspiel, bei dem es gilt, die Kugeln möglichst lange und kunstvoll im Spiel zu halten und dabei möglichst viele Punkte zu erringen. Das Spiel erfordert Konzentration, Präzision und Gespür für das richtige

Tempo – ein Gleichgewicht der Fähigkeiten, das bisweilen auch in der politischen Praxis von Nutzen sein kann.

Es ist unwahrscheinlich, dass der Künstler Moritz Götze seinen »Flipperautomat Lady Hamilton« (2016) als Trainingsgerät für die Verhandlungen des sachsen-anhaltischen Kulturretats schuf. In jedem Falle begeisterte dieses Reenactment US-amerikanischer Populärkultur die meisten Gäste der letztjährigen Ausstellung »Westlöffel & Ostkaffee« im Quedlinburger Museum Lyonel Feininger. Sie durften sich in Götzes Werk spielerisch durch das Gartenreich Dessau-Wörlitz flippieren.

Auch in Zeiten angespannter Haushaltslagen wird die Kultur in Sachsen-Anhalt von einem sicheren Fundament getragen

Entlang von Fürst Franz' Gesamtkunstwerk ließe sich einiges über den Dialog von Kultur, Geld und Politik erzählen – historisch wie gegenwärtig. Seit 25 Jahren eingetragenes UNESCO-Welterbe ist das Gartenreich ein historisch einzigartiger Ort, der die Identität Sachsen-Anhalts prägt und uns daran erinnert, welch hohes Gut die Bewahrung und Pflege unseres kulturellen Erbes darstellt. Das gilt umso mehr in Zeiten knapper Kassen. Denn anstelle von Aufstockungen müssen die Kulturschaffenden in Sachsen-Anhalt 2025 mit weniger Mitteln auskommen: Der Kulturretat sinkt nach Jahren kontinuierlicher Aufwüchse erstmals wieder, von 213 Millionen Euro im Rekordhaushalt des Vorjahres auf 192 Millionen Euro für 2025.

Auch wenn sich die verfügbaren Mittel reduzieren, so rangiert der Etat noch deutlich oberhalb des Niveaus von 2023 (169,3 Millionen Euro). Damit setzt Sachsen-Anhalts Doppelhaushalt 2025/2026 ein klares Zeichen. Rund 192 Millionen Euro pro Jahr fließen in bewährte Strukturen wie Stiftungen, Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken, zu freien Trägern und in den Denkmalschutz. Auch in Zeiten angespannter Haushaltslagen wird die Kultur in Sachsen-Anhalt von einem sicheren Fundament getragen.

Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass die Kultur bei allen Menschen im Lande ankommen muss. Das bedeutet, dass die Förderung, insbesondere z. B. für Theater, Musik und öffentliche Bibliotheken, weiterhin gesichert bleibt. Es gilt bestehende dynamisierte Verträge einzuhalten und laufende Projekte zu vollenden. Obschon es Einsparungen gibt, finden keine pauschalen Kürzungen nach dem Prinzip »Rasenmäher« statt. Stattdessen haben wir im Rahmen der Haushaltsaufstellung konkrete Bereiche benannt, die von den Einschnitten weniger betroffen sein werden oder verschont bleiben. Dies betrifft auch den Bereich Honoraruntergrenzen: So werden in der öffentlichen Kulturförderung des Landes Sachsen-Anhalt in den künstlerischen Sparten die Empfehlungen von Landes- und Bundesverbänden grundsätzlich berücksichtigt. Für die Landeshaushalte 2025/2026 wurden die Honoraruntergrenzen in den Bereichen der kulturellen und musischen Bildung angepasst und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt.

Nach wie vor gibt es Spielräume bei der präziseren Planung und Realisierung großer Bauprojekte, hier können wir effizienter werden. Bereits sehr gut stehen wir beim Mittelabfluss da. Dieser lag im Kulturhaushalt 2024 bei fast 99 Prozent – auch zukünftig müssen wir sicherstellen, dass keine Gelder unangerufen bleiben und gegebenenfalls verfallen. Das gilt auch für europäische Mittel, die wir neben den im Landeshaushalt ausgewiesenen Mitteln insbesondere für Investitionen nutzen, auch

zur klimatechnischen Konsolidierung kommunaler Einrichtungen.

Auch wenn es bisweilen schmerzhaft ist, so muss Politik beständig abwägen, welche Projekte umgesetzt werden und welche Institutionen möglicherweise auch einmal ein Jahr ohne oder mit weniger Landesförderung auskommen können. Besonders im Bereich Denkmalschutz besteht ein hoher Investitionsbedarf, der nicht in einen Investitionsstau münden darf. Der Balanceakt zwischen Haushaltsdisziplin und kultureller Vielfalt bleibt so eine der großen Herausforderungen für die kommenden Jahre.

Damit wir diese meistern können, bedarf es einer Kraftanstrengung aller Seiten. Denn nicht erst seit heute gilt, dass der Landeshaushalt die Kultur allein nicht zu tragen vermag. Es bedarf auch der Eigeninitiative der Kulturschaffenden, Drittmittel einzuwerben und Sponsorings zu initiieren. Wenn der Staat nicht regelmäßig als Rettungsanker einspringen kann, so muss er gute Rahmenbedingungen für die öffentliche und private Kulturförderung bereitstellen. Tatsächlich bin ich froh, dass es in Sachsen-Anhalt viele engagierte Akteure gibt, deren Initiative die Künste in unserem Land schon heute bereichern. Es gilt, sie in der strategischen Ausrichtung unserer Kulturlandschaft konsequent mitzunehmen, bestehende Strukturen zu optimieren und dabei neue Möglichkeitsräume zu eröffnen.

Wer sich einmal an Moritz Götzes Flipperautomat versucht hat, durfte lernen: Nicht jedes Spiel führt zu einem Highscore. Auch bei der Haushaltsaufstellung gibt es keine Automatismen für neue Rekorde. Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht und sind in der Lage, in Zeiten hohen wirtschaftlichen Drucks den Fokus zu bewahren. Ehrgeizig und mutig in die Zukunft zu schauen, darf daher unser kulturpolitischer Anspruch sein.

Rainer Robra ist Staatsminister und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein



FOTO: KAJA GROPE

KARIN PRIEN

Die freie Entfaltung von Kunst und Kultur in ihrer Vielfalt – das ist ein Grundanliegen meiner Kulturpolitik. Als Land möchten wir vielen Menschen den Zugang und die Teilhabe an Kultur in all ihren Formen und Sparten ermöglichen. Deshalb zählen zu den Schwerpunkten der Landeskulturpolitik die Sicherung und Professionalisierung der kulturellen Infrastruktur, die Förderung von Vernetzung und Kooperation der Kulturakteure, die Unterstützung und Stärkung von Netzwerken sowie die aktive Begleitung von Wandel

und Veränderung. Dies geschieht unter der Prämisse, dass das Land ein verlässlicher Partner der Akteure der Kulturszene ist und bleibt. Diese Schwerpunkte haben wir gemeinsam mit der Kulturszene im Land diskutiert und in unseren Kulturpolitischen Leitlinien 2023 veröffentlicht.

Unsere Schwerpunktsetzung drückt sich auch in den finanziellen Rahmenbedingungen aus, mit denen wir Kulturinstitutionen, Projekte und Prozesse in den vergangenen Jahren unterstützt haben. Die Kulturausgaben des Landes sind von 2017 bis 2024 um 24,7 Millionen Euro gestiegen, das entspricht einem Zuwachs von 34 Prozent. Bei der Bibliotheksfinanzierung pro Einwohner hat Schleswig-Holstein im Vergleich von 2017 zu 2021 eine Verbesserung von Platz 8 auf Platz 5 der Flächenländer erreicht. Für die öffentlichen Theater und das Büchereiwesen betrug die Steigerung rund 11 Millionen Euro seit 2017: von 46,6 Millionen Euro auf 57,7 Millionen Euro.

Im Jahr 2024 haben wir zudem eine Ausstattungsvergütung auf Grundlage der Honorarmatrix und der Honorarempfehlungen des Bundesverbandes

Als Land möchten wir vielen Menschen den Zugang und die Teilhabe an Kultur in all ihren Formen und Sparten ermöglichen

Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) für die Sparten Bildende und Angewandte Kunst eingeführt. Dies erfolgte über eine Erhöhung der Haushaltsansätze für die Projektförderung und die institutionelle Förderung der beiden Dachverbände.

Angesichts der enormen finanziellen Herausforderungen, vor denen Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren steht, musste allerdings im Haushalt 2025 erstmals auch die Kultur wieder einen Beitrag zur Konsolidierung leisten. Es war uns dabei wichtig, dass wir jeweils intensiv im Vorfeld mit den Einrichtungen gesprochen und gemeinsam die Folgen abgewogen haben, so dass die in den vergangenen Jahren aufgebauten und gefestigten Strukturen und die begonnenen Maßnahmen zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur nicht gefährdet werden.

So wird die Errichtung einer Spielstätte für das Landestheater in der Stadt Schleswig weiterhin mit einem Landeszuschuss in Höhe von 9 Millionen Euro unterstützt. Auch die Sanierung und Modernisierung der Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen wird unverändert weitergeführt, genauso wie die Sanierung der Kunsthalle Kiel, für die nach wie vor 30 Millionen Euro bereitstehen.

Trotz der angespannten Haushaltslage haben wir zudem ein Musikschulfördergesetz auf den Weg gebracht. Die Musikschulen im Land werden durch eine Verdoppelung der Förderung auf rund zwei Millionen Euro zur Bewältigung der Folgen des »Herrenberg-Urteils« im Haushalt 2025 unterstützt.

Das Land übernimmt Verantwortung in einer Zeit, in der die Erinnerung an die menschenverachtende Vergangenheit unserer Gesellschaft bei Manchen verblasst. Deshalb haben wir bewusst keine Kürzungen bei der Erinnerungskultur vorgenommen. Wir sind und bleiben ein verlässlicher Partner für die Kultur sowie die Künstlerinnen und Künstler im Land, auch wenn die Verantwortung für nachfolgende Generationen von uns verlangt, heute zu sparen, damit wir auch morgen und übermorgen noch Kultur in Schleswig-Holstein erleben können.

Karin Prien MdL ist Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Reform-Tagebuch

Folge 8: Strategie, Partizipation und konkrete Maßnahmen

HERMANN PARZINGER

In der ersten Folge des Reform-Tagebuchs berichtete ich über die Strategie »SPK 2030«, die den Verbund SPK in die Zukunft führen wird. Inzwischen ist viel geschehen, und am Beispiel der Strategie lässt sich gut verdeutlichen,



PARZINGERS REFORM-TAGEBUCH

wie die Reform nun konkret wird und wie wir die Partizipation der Mitarbeitenden ermöglichen.

Der zentrale Leitsatz der strategischen Vision lautet: »Wir verbinden Menschen, Zeiten und Räume.« Wir machen Vielfalt erlebbar, bringen unsere Expertise in gesellschaftliche Debatten ein und gestalten partnerschaftlich die Zukunft mit. Um diese übergeordneten Ziele zu erreichen, haben wir sieben für die Stiftung zentrale Wirkungsfelder identifiziert: die Mitarbeitenden der SPK (1), die SPK als Organisation (2), unsere Publica (3), die wissenschaftlichen Fachcommunities (4), die Gesellschaft (5), die Bund-Länder-Beziehungen (6) und die internationalen Partner (7).

Zahlreiche Mitarbeitende der SPK meldeten sich in der Folge für Arbeitsgruppen zu diesen sieben Wirkungsfeldern und erarbeiteten dort aus ihren eigenen Erfahrungen heraus eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen, die anschließend priorisiert wurden und sich nun in der Umsetzung befinden. Wichtig ist, dass Partizipation auch zu konkreten Ergebnissen führt, das sind wir dem Engagement der Mitarbeitenden und der Glaubwürdigkeit des Prozesses schuldig.

Da unsere Strategie sich nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen darf, sondern die Stiftung nachhaltig verändern soll, kommt es darauf an, den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen auch mit Hilfe klar definierter Kriterien messbar zu machen. Zu diesem Zweck haben wir für die sieben Wirkungsfelder jeweils auch Beobachtungspunkte und initiale Messgrößen festgelegt. An einigen ausgewählten Beispielen möchte ich dieses Vorgehen erläutern.

Das »Wirkungsfeld Mitarbeitende der SPK« ist von zentraler Bedeutung, denn die Mitarbeitenden sind – neben den Sammlungen und Beständen – unser größtes Potenzial und unsere wichtigste Ressource. Wir wollen deshalb ein attraktiver Arbeitgeber sein. Bemessen lässt sich dies an der Zufriedenheit der Mitarbeitenden, die sich wiederum mit Hilfe des Krankheitstands und der Verweildauer bzw. Fluktuation der Mitarbeitenden festmachen lässt: Wenn uns Mitarbeitende schnell wieder verlassen, was sind die Gründe dafür? Können sie sich nicht entsprechend ihrer Fähigkeiten verwirklichen? Wie können wir gegensteuern, um engagiertes, talentiertes Personal an der SPK zu halten? Eine konkrete Maßnahme zielt deshalb darauf ab, die Expertisen der Mitarbeitenden durch einrichtungsunabhängige Facharbeitsgemeinschaften zu verschiedenen übergreifenden Themen zu bündeln und in der Stiftung noch besser zur Wirkung zu bringen. Diese Maßnahme nimmt Bezug auf einen weitverbreiteten Wunsch unter den Mitarbeitenden.

Im »Wirkungsfeld Gesellschaft« wollen wir mit unserer Expertise einen nachhaltigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft leisten und spürbar in diese hineinwirken. Die Arbeitsgruppe schlug vor, die Einrichtungen der Stiftung über ein Hospitanzprojekt für die Gesellschaft zu öffnen und auf diesem Wege Austausch, Diversität und Teilhabe zu fördern. Erfolgskriterien wären am Ende zum Beispiel eine signifikante Zunahme von ehrenamtlich Engagierten und mehr Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und NGOs.

Im »Wirkungsfeld wissenschaftliche Fachcommunities« geht es darum, gemeinsam mit unseren Partnern Wissen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Kultur zu verknüpfen und dafür innovative Strategien und Formate zu schaffen. Die zuständige Arbeitsgruppe hat in einem ersten Schritt ein Mapping vorgeschlagen, eine Bestandsaufnahme aller Forschungsprojekte sämtlicher SPK-Einrichtungen der letzten Jahre, um diese nach innen wie nach außen besser sichtbar zu machen. Der Erfolg in diesem Bereich muss sich am Ende in der Forschungsperformance der Stiftungseinrichtungen niederschlagen: Höhe der Drittmittel, Zahl der Stipendiaten und Gastwissenschaftler, Zahl der wissenschaftlichen Veranstaltungen und Tagungen sowie Präsenz der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus SPK-Einrichtungen in internationalen Publikationsmedien.

In einem letzten Beispiel möchte ich noch auf das »Wirkungsfeld internationale Partner« eingehen. Auch hier sprach sich die Arbeitsgruppe dafür aus, zunächst eine Übersicht aller internationalen Kooperationen und Partnerschaften der SPK-Einrichtungen zu erstellen, um die internationalen Verbindungen deutlicher sichtbar zu machen. Der Erfolg sollte sich dann in einer überzeugenden strategischen Schwerpunktsetzung ebenso wie in der geografischen Diversität abzeichnen. Am 20. und 21. Mai 2025 wird in der James-Simon-Galerie mit Partnern aus aller Welt ein internationales Symposium »The Future of Collections« stattfinden, wobei Panels zu Themen wie »Contested Heritage«, »Entanglements and Networks« und »New Horizons in Collection Research« Einblicke in die vielen internationalen Forschungsk Kooperationen der SPK der letzten Jahre geben werden.

Die Strategie »SPK 2030« setzt also klare Leitlinien für die inhaltlich-programmatische Ausrichtung der SPK, sie definiert für den Verbund SPK zu erreichende Ziele und ist deshalb von essenzieller Bedeutung für die Zusammenarbeit der Einrichtungen. Gegenwärtig befinden sich die von den Arbeitsgruppen für die verschiedenen Wirkungsfelder erarbeiteten und vom Interimsvorstand ausgewählten Maßnahmen in der Umsetzung, was bisweilen auch den Aufbau entsprechender Strukturen erfordert. Dennoch ist es für den künftigen Prozess entscheidend, dass diese erste Runde im Strategieprozess bereits konkrete Ergebnisse erzielt, um nicht an Zug- und Wirkkraft zu verlieren.

Die Stiftung wird sich nur dann nachhaltig verändern, wenn sie auch in Zukunft in einem kontinuierlichen Prozess strategischer Debatten und inhaltlicher Neuorientierungen bleibt. Die Mitarbeitenden müssen dabei ein entscheidender Akteur bleiben, damit unsere Strategie auch in die Tiefe der Institution vordringt, was für einen solchen Prozess erfolgskritisch ist.

Hermann Parzinger ist Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz

Tradition trifft Innovation

Das Gutenberg-Museum auf dem Weg ins digitale Zeitalter

YVONNE DE ANDRÉS

Das Gutenberg-Museum in Mainz ist nicht nur ein Ort des kulturellen Erbes, sondern auch ein eindrucksvolles Beispiel für den Balanceakt zwischen Tradition und Innovation. Als eine der weltweit bedeutendsten Institutionen zur Geschichte des Buchdrucks symbolisiert es den Beginn der modernen Kommunikation und stellt sich zugleich den Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft. Die Diskussion um den Museumsneubau und die innovative Interimsausstellung »Gutenberg-Museum MOVED« zeigt, wie die Institution ihre Geschichte bewahrt und sich gleichzeitig für die Zukunft öffnet – auf dem Weg vom historischen Museum zu einem modernen, interaktiven Erlebnisraum.

Veränderungen bleibt der Respekt vor der Tradition ein zentraler Grundsatz.

Wandel als Chance

Die Interimsausstellung ist eine »Zwischenstation«, so Direktor Ulf Sölter, »auf dem Weg der Erneuerung«. Seit mehr als einem Jahrzehnt arbeitet das Museum an der Modernisierung und Neuinterpretation seiner Tradition. Trotz des gescheiterten »Bibelturn-Projekts« – der geplante Bau dieses Turms neben dem Museumsgebäude war durch einen Bürgerentscheid verhindert worden – wurde die Entwicklung vorangetrieben. Unter breiter Bürgerbeteiligung entstand ein neues Konzept – ein Beispiel für demokratische Prozesse, wie Sölter betont, um erneute Kontroversen zu vermeiden. »Das Museum ist nach wie vor ein Amt

hat Zukunft.« Das Gutenberg-Museum entwickelt sich von einem klassischen Wissensspeicher zu einem lebendigen, interaktiven Ort des Entdeckens und Diskutierens in einer sich wandelnden Wissensgesellschaft.

Kulturpolitische Dimension: Tradition bewahren – Zukunft gestalten

Museen wie das Gutenberg-Museum sind zentrale Orte der Aushandlung kultureller Identität und gesellschaftlicher Werte. Sie bewahren nicht nur Tradition, sondern fördern auch den Dialog zwischen Vergangenheit und Zukunft. Die Ausstellung »Gutenberg-Museum MOVED« zeigt, wie das Erbe Johannes Gutenbergs nicht nur historische Bedeutung hat, sondern auch für aktuelle gesellschaftliche Fragen



Gutenberg-Museum MOVED: Gutenberg-Statue von Joseph Scholl im Auftakt

Tradition als Fundament

Das »Weltmuseum der Druckkunst« bewahrt das Erbe eines der größten Erfinder der Menschheitsgeschichte: Johannes Gutenberg, dessen Entwicklung des Buchdrucks die Welt für immer veränderte. Im Mittelpunkt steht die Gutenberg-Bibel, ein Meisterwerk der Buchkunst und Symbol für den kulturellen Reichtum dieser bahnbrechenden Errungenschaft. Doch diese Bibeln sind weit mehr als historische Kostbarkeiten. Sie markieren den Beginn der modernen Wissensvermittlung und den Aufbruch in Bildung und Demokratie. Gerade in einer Zeit, in der Information und Bildung eine zentrale Rolle spielen, ist Gutenbergs Erbe aktueller denn je. Die Herausforderung für das Museum besteht jedoch nicht nur darin, dieses Erbe zu bewahren, sondern auch darin, es für ein heutiges Publikum lebendig zu machen. Die Entscheidung, das Museum vorübergehend in das Naturhistorische Museum zu verlegen, und die Planung eines innovativen Neubaus sind mutige Schritte in eine zukunftsorientierte Museumslandschaft. Bei allen

relevanter bleibt. »Tradition ist nichts Starres, sondern ein lebendiger Prozess«, betont Museumsdirektor Ulf Sölter. »Wir verstehen uns nicht als Museum, das Gutenberg auf einen Sockel stellt und that's it. Vielmehr zeigen wir die Folgen seiner Erfindung und stellen sie in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang.«

Darüber hinaus können Museen als Orte der Demokratie fungieren, indem sie gesellschaftliche Konflikte aufgreifen und Raum für kritischen Dialog bieten. Sie sind mehr als Wissensspeicher – sie sind Foren für den Austausch unterschiedlicher Perspektiven. Gerade in Zeiten politischer und gesellschaftlicher Spannungen können sie dazu beitragen, Diskussionen respektvoll zu führen. Dazu bedarf es der Offenheit von Institutionen und Besuchern gleichermaßen. Nur so können Museen ihre Rolle als lebendige, zukunftsorientierte Orte im öffentlichen Diskurs behaupten und zur Stärkung einer offenen Gesellschaft beitragen.

Yvonne de Andrés ist Kulturmanagerin und BücherFrau des Jahres 2024

Den Opfern ihre Geschichte zurückgeben

Ein gemeinsamer Antrag von Union, SPD, Grünen und FDP zur Aufarbeitung von »Euthanasie« und Zwangssterilisation im Nationalsozialismus

ERHARD GRUNDL

Das Bezirksklinikum Mainkofen ist heute ein freundlicher Ort mit Grünanlagen – eine Klinik mit herausragendem Ruf. Dort suchte ich vor ein paar Jahren Antworten über das Schicksal eines Familienmitglieds, von dem es schemenhafte alte Fotos gab und einen Vornamen. Der Rest war Geheimnis, Trauer und Hilflosigkeit. In Mainkofen traf ich Gerhard Schneider, den damaligen Krankenhausdirektor, der mir von Akten aus der NS-Zeit erzählte. Er hatte sie vor der Vernichtung gerettet und brachte so ins Rollen, was lange verdrängt worden war: die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der eigenen Einrichtung.

In Mainkofen erfahren wir heute von Paul Loh, 1917 in der Nähe von Hamburg geboren. Ein freundlicher Junge, der gerne Schlager lauthals mitsang. Nur das Lesen und Schreiben fiel ihm schwer. Die Pfleger mochten ihn. Mit Hitlers Gewaltherrschaft ändert sich das. Jetzt galt er als »erbkrank«. Paul starb angeblich an Tuberkulose. Tatsächlich fiel er dem Bayerischen Hungerkost-Erlass zum Opfer. Heute erinnert eine Gedenktafel an ihn. Von einem Foto blickt uns ein Junge entgegen, der aussieht, als hätte er gerne Fußball gespielt.

300.000 Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen – Kinder, Erwachsene, Kriegsversehrte, Tuberkulosekranke – starben im Rahmen der NS-»Euthanasie«. 400.000 Menschen wurden Opfer von Zwangssterilisation. An die Stelle des individuellen Wohls trat

im Nationalsozialismus der abstrakte Volkskörper«. »Aussonderung« war jetzt ärztliche Aufgabe, als gehörten Krankheit, Behinderung, Schwäche nicht zum Wesen des Menschseins, zur »conditio humana«. Es ging um die »Optimierung des Volkskörpers«, wie Hans-Walter Schmuhl schrieb – die Kriegstauglichkeit war immer im Blick. Verharmlosend wurden die Morde als »Euthanasie« bezeichnet – als schöner Tod und »Befreiung« von einem angeblich »lebensunwerten« Leben. Die Rede ist von »Ballastexistenzen«.

Unverrückbar geglaubte Grund- und Menschenrechte waren damit außer Kraft gesetzt. In der Folge verschwanden Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Aus der Sorge, das Stigma könnte auf die Angehörigen übergehen, wurden die Opfer auch später nicht beim Namen genannt. Umso wichtiger ist es, heute an ihre Geschichten zu erinnern. An die von Dorothea Buck, die Opfer einer Zwangssterilisation wurde. Im Alter von 19 Jahren wurde Schizophrenie bei ihr diagnostiziert. Sie kam in die Psychiatrie bei Frankfurt. Sie überlebte die Zwangssterilisation, anders als das bekannteste Opfer der NS-»Euthanasie«, Marianne Schönfelder, die in Großschweidnitz starb. Sie ist die »Tante Marianne«, der Gerhard Richter mit einem Bild ein Denkmal schuf.

Wie waren diese Verbrechen möglich mitten in der Gesellschaft und von denen verübt, die heilen und helfen sollten? Die Frage muss uns umtreiben, auch 80 Jahre nach Kriegsende. Ebenso wie die Frage: Was geschah mit den Tätern, was mit

dem Menschenbild, das sie vertraten? Das Thema ist wieder bedrückend aktuell. »Euthanasie ist die Lösung« steht auf dem Ziegelstein, mit dem im Mai 2024 die gläserne Eingangstür eines Wohnhauses der »Lebenshilfe« in Mönchengladbach eingeschlagen wurde. Die Tat löste Angst aus. Die Vorsitzende des Vereins, der Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen unterstützt, die frühere Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, spricht davon, dass sich Menschen mit Behinderungen »immer weniger willkommen« fühlen. War das die zynische Tat eines Einzelnen? Oder die Folge einer Debatte, in der AfD-Funktionäre Inklusion als »Belastungsfaktor« bezeichnen und von »Idioten« sprechen?

Der Antrag »Opfer von NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation – Aufarbeitung intensivieren«, von Union, SPD, Grünen und FDP, den der Deutschen Bundestag Ende Januar einstimmig verabschiedet hat, setzt da an. Für mich als Mitinitiator des Antrags schließt sich damit auch ein Kreis. Mit dem Antrag bekennt sich der Bundestag ausdrücklich dazu, die Opfer der NS-»Euthanasie« und von Zwangssterilisation als Verfolgte des NS-Regimes anzuerkennen und distanziert sich mit Nachdruck vom ideologischen Inhalt des Begriffs »Euthanasie«. Er betont, dass niemand das Recht hat, das Leben eines anderen für »lebensunwert« zu erklären. Das Ziel ist es, ein großes Projekt zur Sicherung von Patientenakten und weiteren Quelle zu starten, um Lücken in der Nachkriegsgeschichte nach 1945 aufzuarbeiten. Zum anderen soll

300.000 Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen – Kinder, Erwachsene, Kriegsversehrte, Tuberkulosekranke – starben im Rahmen der NS-»Euthanasie«. 400.000 Menschen wurden Opfer von Zwangssterilisation

eine nationale Fachtagung durchgeführt werden unter Beteiligung vieler Fachleute, der Gedenkstätten, Opfernverbände und -initiativen, um Fragen zu Erhalt und Aufarbeitung der Akten zu erörtern. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in die Ausbildung medizinischer, psychiatrischer, psychotherapeutischer und pflegerischer Berufe eingehen.

In der Vorrede zu ihrem Bericht »Eichmann in Jerusalem« fordert Hannah Arendt, »dass Menschen auch dann noch Recht von Unrecht zu unterscheiden fähig sind, wenn sie wirklich auf nichts anderes mehr zurückgreifen können als auf das eigene Urteil«. Sie fordert vor Individuum, sich seiner moralischen Urteilskraft zu bedienen. Das ist ihre Erwartung an ihre Mitmenschen, ihre Erwartung an uns. Wenn derzeit die Grenzen des Sagbaren verschoben, wenn der Nationalsozialismus als »Vogelschiss der Geschichte« bagatellisiert und die Aufarbeitung der Menschheitsverbrechen als »Schuld kult« verunglimpft werden, wenn Menschen mit Behinderungen herabgesetzt und ausgegrenzt werden, dann ist das ernst zu nehmen. Von Primo Levi stammt der Satz: »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.« Das müssen wir für alle Zeiten verhindern.

Erhard Grundl MdB war Sprecher für Kulturpolitik und Medien der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Obmann im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien und im Auswärtiger Ausschuss sowie stellv. Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union



Das Bezirksklinikum Mainkofen – heute ein freundlicher Ort mit Grünanlagen – hat eine dunkle Geschichte im Zusammenhang mit der NS-»Euthanasie«

Kirchenmanifest als Chance

Bedeutung von Kirchenbauten für das kulturelle Leben

OLAF ZIMMERMANN

Aktuell sind 54 Welterbestätten auf der UNESCO-Welterbeliste verzeichnet. Darunter sind drei Weltnaturerbestätten, die Grube Messel, das Wattenmeer, Alte Buchenwälder und Buchenurwälder, und 51 Weltkulturerbestätten. Von diesen 51 Weltkulturerbestätten sind elf Kirchen bzw. Klosteranlagen. Die ersten beiden von der UNESCO anerkannten deutschen Weltkulturerbestätten sind Dombauten, und zwar der Aachener Dom, anerkannt 1978, und der Speyerer Dom, anerkannt 1981. Es folgten 1983 die Wallfahrtskirche »Die Wiesn«, 1985 Dom und Michaeliskloster Hildesheim, 1991 Kloster Lorsch und Altenmünster, 1993 Klosteranlage Maulbronn, 1996 Kölner Dom, 2014 Karolingisches Westwerk und Civitas Corvey, 2018 der Naumburger Dom, 2020 die Klosterinsel Reichenau und schließlich 2024 die Siedlungen der Herrnhuter Brüdergemeine.

Neben den zehn kirchlichen Bauten die als UNESCO-Weltkulturerbe geführt werden, spielen kirchliche Bauten auch in anderen deutschen UNESCO-Weltkulturerbestätten eine bedeutende Rolle. Werden diese zu den elf Kirchen und Klöstern addiert, haben immerhin 18 der 51 deutschen UNESCO-Weltkulturerbestätten einen kirchlichen Bezug. Das ist ein beträchtlicher Wert und belegt, welche Bedeutung mit Blick auf die internationale Anerkennung als UNESCO-Weltkulturerbe Kirchenbauten haben.

Mehr als Hüllen

Diese UNESCO-Welterbestätten zeugen von der Frömmigkeit, der Baukunst, dem Mut und dem Einfallsreichtum kirchlicher Bauherren. Die Gebäude waren und sind mehr als Hüllen, um Gottesdienste zu halten. Sie sind sakrale Orte, sie sind Meisterwerke der Handwerkskunst, und vor allem waren sie Orte, an denen die Grenzen von Statik, von Materialien und von Technik ausgelotet wurden. Sie faszinieren noch heute die Menschen. Viele der Kirchengebäude werden weniger als Orte für den Gottesdienst und das Gebet, sondern vielmehr als kulturelle Orte wahrgenommen. Neben dem herausragenden Gebäude tragen hierzu die Bilder, Skulpturen, die Gestaltung des Altars, von Fenstern sowie die Kirchenmusik bei.

Die genannten UNESCO-Weltkulturerbestätten legen ein beredtes Zeugnis von der Bedeutung von Kirchenbauten für das kulturelle Leben in Deutschland ab. Sie prägen Städte und Landschaften. Die Kirche war und ist ein wichtiger Auftraggeber für Baumeister, Architekten,

Statiker, Restauratoren, Glasmaler, Bildende Künstler usw. Die Gestaltung eines Kirchenfensters ist nach wie vor eine wichtige und herausfordernde Aufgabe für Künstlerinnen und Künstler – ganz unabhängig davon, ob sie gläubig sind oder nicht. Ein solches Fenster schafft Ruhm für die Ewigkeit.

Die Anerkennung als UNESCO-Weltkulturerbe ist eine Auszeichnung im weltweiten Maßstab. Die Mehrzahl der Kirchenbauten, also Kirchen, Klöster aber auch Gemeindehäuser, sind aber nicht im Weltmaßstab relevant, sondern haben vor allem eine regionale oder lokale Bedeutung. Nicht wenige stehen unter Denkmalschutz, woraus eigenständige Anforderungen an den Erhalt und die Pflege entstehen.

Aber auch diese Kirchenbauten wurden bzw. werden von Architekten geplant oder von Restauratorinnen restauriert, die Wände und Fenster wurden von Künstlerinnen und Künstlern gestaltet, der Altar und die liturgischen Geräte, Abendmahlskelch, Kreuz usw. wurden von Gold- und Silberschmieden geschaffen.

Darüber hinaus sind Kirchenbauten Wegmarken. Immer wieder eindrücklich ist für mich die Kirche, in der ich konfirmiert wurde. Die zwischen 1816 und 1819 erbaute Rundkirche in Oberneisen ist die einzige Rundkirche nördlich der Alpen mit einem Altar, der in der Mitte des Kirchraums steht. Die auf einer Anhöhe stehende Kirche ist bereits von weitem sichtbar und ein besonderes Baudenkmal in Rheinland-Pfalz.

Aktuelle Herausforderungen

So bedeutsam Kirchenbauten sind, so sehr sie bewundert werden und so stolz eine Gemeinde auf ihre Kirche ist, so wird die Freude, ein besonderes Baudenkmal sein eigen nennen zu können, oft von der Last, das Eigentum zu pflegen und permanent instand zu halten, überschattet. Viele Kirchengemeinden sind schlicht finanziell überfordert, um die Kirchengebäude adäquat aufrechtzuerhalten. Das gilt nicht nur für Ostdeutschland, wo die Situation aufgrund sehr weniger Kirchenmitglieder besonders verschärft auftritt. Aber auch andernorts stehen Gemeinden vor der Frage und Herausforderung, wie mit einem Gebäude umgegangen werden soll, das selten genutzt wird und dennoch gepflegt, beheizt, geputzt usw. werden muss. Gerade im ländlichen Raum finden Gottesdienste oftmals in den Dorfkirchen nur noch alle paar Wochen statt, die restliche Zeit steht die Kirche leer und muss gleichwohl, um Feuchtigkeit und Schimmelbildung zu vermeiden, im

Winter zumindest halbwegs warmgehalten werden. Ganz zu schweigen von den Orgeln, die ebenfalls keinen ständigen Temperaturschwankungen ausgesetzt werden dürfen. Andernorts sind die Kirchen aufgrund sinkender Zahlen an Kirchenmitgliedern schlichtweg zu groß. Allenfalls Heiligabend oder zu Konfirmationen sind sie noch gefüllt.

Viele Gebäude der Nachkriegsmoderne wie zum Beispiel die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin sind dringend renovierungs- bzw. erhaltungsbedürftig. Die filigrane Betonstruktur bröseln und muss dringend erneuert werden. Die denkmalgerechte Sanierung des Bauensembles von Kirche, Kapelle, Glockenturm und Nebengebäude überfordern die Kirchengemeinde. Zum Glück konnten zusätzliche Mittel von Stiftungen, vom Land Berlin und vom Bund eingeworben werden, damit die Kapelle saniert werden konnte. Aktuell steht die Sanierung des Glockenturms an. Auch die St. Hedwigskathedrale, die katholische Bischofskirche in Berlin, konnte nur dank zusätzlicher Mittel umfassend saniert werden. Die beiden Beispiele aus Berlin stehen pars pro toto für viele Kirchen und die Herausforderung für viele Kirchengemeinden in Deutschland.

Viel Wirbel um die Thesen des Kirchenmanifests

Das im Mai 2024 erschienene Kirchenmanifest hat eine öffentliche Diskussion um die Zukunft von Kirchengebäuden entfacht. Was lange Zeit vor allem ein Thema und eine Aufgabe der einzelnen Kirchengebäude oder Landeskirchen bzw. Diözesen war, bekam auf einmal öffentliche Aufmerksamkeit. Mit Aplomb meldete sich eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Denkmalpflegerinnen und Denkmalpflegern zu Wort und formulierte sieben prägnante Thesen, die sie jeweils kurz erläuterten. Die Thesen lauten:

- Kirchenbauten sind mehrfach codierte Orte
- Kirchenbauten fordern Teilhabe
- Kirchenbauten sind radikal öffentliche Orte
- Kirchenbauten sind nachhaltiges Kulturerbe
- Kirchengemeinden gehören zum Erbe Europas
- Kirchenbauten sind Dritte und Vierte Orte
- Kirchenbauten brauchen eine neue Trägerschaft

In der Amtskirche und bei den kirchlichen Bauämtern sorgten die Thesen für viel Wirbel. Dabei ging es zunächst weniger um den Inhalt der Thesen als vielmehr um die Veröffentlichung, ohne

dass vorher die für Bau zuständigen Verantwortlichen der Kirchen einbezogen worden waren.

In der Mehrzahl der Thesen werden Fragestellungen angesprochen, die für die in den Kirchen Verantwortlichen selbstverständlich sind. Als problematisch wird zumeist nur die letzte These, die Überführung von Kirchenbauten in eine neue Trägerstruktur, angesehen. Die Autorinnen und Autoren schreiben: »Wir fordern eine neue Stiftung oder Stiftungslandschaft. Wird das Eigentum an bedrohten Kirchenbauten und ihren Ausstattungen durch eine Stiftung übernommen, verringert sich der wirtschaftliche Verwertungsdruck. Als Vorbild steht das erfolgreiche Modell der »Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskulturbereit, die vom Bund, vom Land Nordrhein-Westfalen, von der RAG-Stiftung, der RAG AG und vom Regionalverband Ruhr finanziell gefördert wird. So können in Nordrhein-Westfalen seit 1995 Bauten gesichert, erforscht, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und neuen Nutzungen zugeführt werden. Eine breit aufgestellte Verantwortungsgemeinschaft mit Staat, Gesellschaft und weiteren Akteurinnen und Akteuren sieht die Kirchen als kooperative Partnerinnen. Mit lokalen bzw. regionalen Partnerschaften kann eine Stiftung Nutzungskonzepte entwickeln, die dem Denkmalwert der Kirchenbauten angemessen sind, das Recht auf Teilhabe verwirklichen und auf Nachhaltigkeit angelegt sind. Kirchenbauten und ihre Ausstattungen gehören nicht allein den kirchlichen Institutionen und Gemeinden. Als ererbte Räume sind sie Gemeingüter, sie gehören allen.«

Keine einheitliche Lösung

Hier wird vor allem von Nordrhein-Westfalen aus gedacht und an die Erfahrungen mit der Nutzung von Industriebrachen angeknüpft. Es ist positiv, dass so ein radikaler Vorschlag auf dem Tisch liegt. Gleichwohl muss bedacht werden, dass mit den Kirchenbauten in der gesamten Bundesrepublik eine weitaus größere Aufgabe zu stemmen ist als beim Umgang mit ehemaligen Industriebauten und dass überdies, anders als bei Industriebrachen, die Gotteshäuser in Gebrauch sind.

Meines Erachtens kann es keine einheitliche Lösung für alle Kirchen geben. Es ist gut, wenn viele Menschen sagen: Wir wollen unsere Kirche im Dorf, in der Stadt behalten. Deswegen muss man über verschiedene Modelle nachdenken. Es wird Unterschiede geben zwischen der evangelischen Kirche, in der es andere Trägermodelle gibt, und der katholischen Kirche, wo hierarchischer über diese Fragen entschieden wird. Das Neue an diesem Kirchenmanifest ist, dass es eine breite Bewegung gibt, die sagt: Es ist uns nicht egal, was mit diesen Kirchenräumen passiert. Das kann man nur

gut finden. Aus kulturpolitischer Sicht problematisch ist vielmehr, dass Kirchen zu Gemeingütern erklärt werden, die allen gehören. Hier ist meines Erachtens mehr Sorgfalt erforderlich, wenn es um Überlegungen zu neuen Rechtsformen geht. Nichtsdestotrotz ist das Kirchenmanifest eine große Chance, um die Diskussion über die Zukunft von Kirchengebäuden in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen.

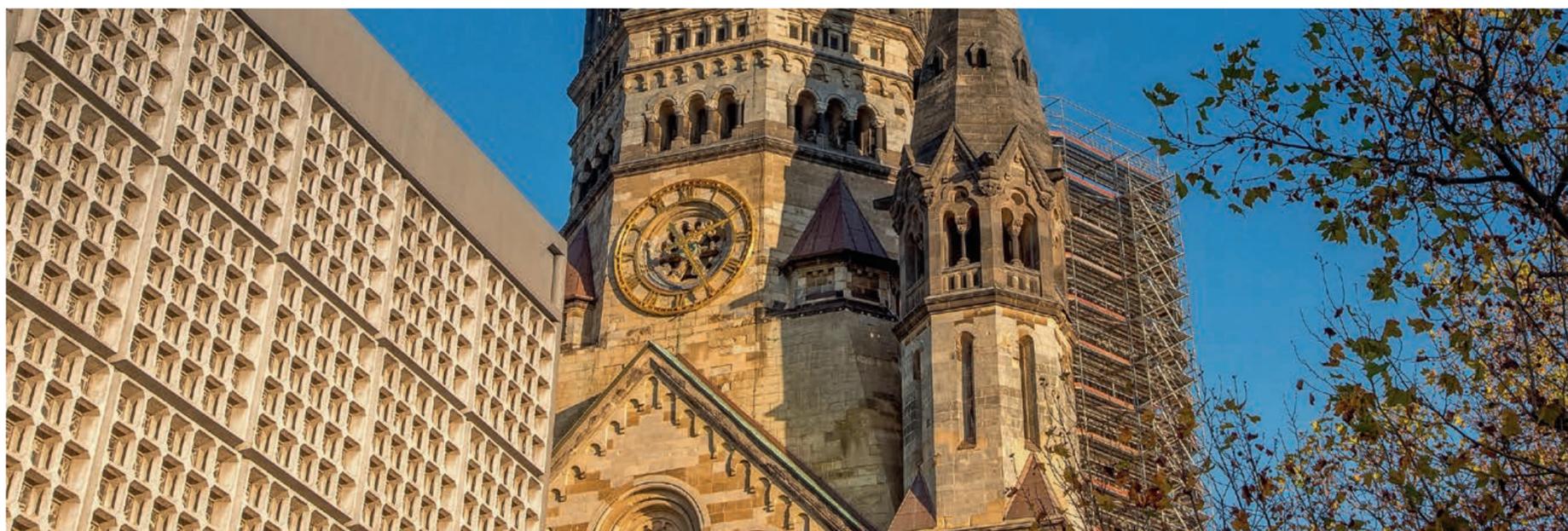
Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass insgesamt bei öffentlichen Gebäuden ein erheblicher Investitionsstau besteht. Schulen, Bibliotheken, soziokulturelle Zentren, aber auch Museen und Theater befinden sich oft in einem erbarmungswürdigen Zustand. Es regnet durch, Einrichtungen platzen aus allen Nähten, Drehbühnen funktionieren nicht richtig, Energieeffizienz kann keine Rede sein, und das sind nur einige wenige der zahlreichen Probleme, vor denen die Kommunen bzw. Länder als Träger von Einrichtungen stehen.

Der in den letzten Jahrzehnten aufgebaute Investitionsstau wird nur langsam abgebaut werden können. Die im März von Deutschem Bundestag und Bundesrat gebilligte Schuldenaufnahme hat immerhin grundsätzlich Wege eröffnet, um gezielt Investitionen zu tätigen und dabei auch Nachhaltigkeitsaspekte und Klimaschutz zu berücksichtigen.

Weiter könnte ich mir vorstellen, dass nicht mehr für religiöse Zwecke genutzte Kirchen stärker für kulturelle in den Blick genommen werden. Dafür ist es natürlich notwendig, dass diejenigen, denen diese Kirchen gehören, darüber entscheiden, ob sie sich diese Umnutzung vorstellen können. Ferner wird eine Nutzung als Kulturort auch nicht immer sofort möglich sein, sondern entsprechende Umbaumaßnahmen zunächst vorgenommen werden müssen. Meines Erachtens bieten zumindest in Städten die ohnehin stattfindenden Diskussionen zur Belebung der Innenstädte eine Reihe von Anknüpfungspunkten für Kirchengemeinden, Kulturinteressierte sowie Stadtentwicklerinnen und -entwickler, neue Wege zu gehen. Der Umbau der Innenstädte ist eine wichtige Zukunftsaufgabe und es wäre gut, wenn sich alle, die Kirchen, die Kultureinrichtungen und die Bürgerinnen und Bürger, hier einmischen. Es geht schließlich um die unmittelbare Umgebung und wer möchte schon, dass diese unwirtlich ist und verkommt.

Kirchengebäude haben verschiedene Funktionen und Bedeutungen. Sie sind Erinnerungsorte, Orte des Glaubens und der Begegnung. Sie sind aus deutschen Städten und Dörfern nicht wegzudenken. Es ist daher gut, wenn sich viele am Nachdenken über die Zukunft dieser Kulturorte beteiligen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates



Die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin zählt zu den vielen Gebäuden der Nachkriegsmoderne, die renovierungs- bzw. erhaltungsbedürftig sind

Kein Grund zum Jubeln

Ein gemeinsamer Diskursraum ist heute so notwendig wie vor 80 Jahren

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Es verschlägt einem schon den Atem, in welchem Tempo der Großteil unserer politischen Eliten plötzlich bereit ist, nach dem feldgrauen Mantel der Geschichte zu greifen. Und die Summen, die jetzt für die Kriegstüchtigkeit zur Verfügung stehen, lassen uns schwindelig werden. Die Notwendigkeit ist leider kaum zu bestreiten, die Bedrohungslage erschreckend real. Und womöglich werden wir eines Tages noch froh sein, dass sich eine alte, abgewählte Mehrheit im Bundestag noch einmal zusammengefunden hat, der Armee solche Spielräume zu verschaffen.

Die politische Klasse hat weniger ihre Handlungsfähigkeit bewiesen als ihr Talent, sich die Dinge schon irgendwie zu rechtbiegen zu können

Aber wir sollten darüber nicht jublieren. Ein gesellschaftlicher Ruck ging nicht davon aus. Nach der Abstimmung gab es lange Gesichter und die Kollateralschäden sind nicht gering. Die Maastrichtkriterien sind jetzt endgültig Makulatur geworden. Und das Vertrauen der Wähler in die Politik hat zusätzlich Schaden genommen. Die politische Klasse hat weniger ihre Handlungsfähigkeit bewiesen als ihr Talent, sich die Dinge schon irgendwie zurechtbiegen zu können. Zumal die abgewählte Mehrheit der Abgeordneten nicht mehr der erklärten Mehrheit im Lande entsprach. Über die neue Regierungskoalition hat sich ein großer Schatten gelegt, noch bevor sie ins Leben eintreten konnte. Top down wurde wieder entschieden, was am Ende alle betrifft. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Coronapandemie gerade jetzt ins Blickfeld gerät. Auch damals hatte die nicht zu leugnende Bedrohungslage alle grundsätzlichen Bedenken hinweggefegt.

Aber die Wiederholung einer solchen Erfahrung ist toxisch für unsere Demokratie. Sie trifft sie an ihrer empfindlichsten Stelle: an der lange Zeit geltenden Überzeugung, dass unsere Demokratie selbstverständlich eine liberale sein muss. Autokraten wie Viktor Orban haben das immer bestritten. Aber auch bei uns beginnt man die Zweifel zu hören. Erschreckend viele Wähler nehmen inzwischen ihre demokratischen Rechte wahr, um sie gegen die liberale Ordnung zu kehren. Die Polarisierung in unserem Land trägt längst keine akzidentellen Züge mehr, sie scheint längst systemisch zu werden. Und sie hat die Parlamente erreicht; jenen Ort in der repräsentativen Demokratie, wo die konkurrierenden politischen Kräfte sich um den Ausgleich bemühen sollten. Mehrheit und Minderheit bezeichnen eben nur wechselnde Rollen. Doch der Demokratiefraß hat unsere Institutionen erreicht. Man kann in den Vereinigten Staaten sehen, wohin eine solche Spaltung führt. Die Lager dort haben sich dramatisch verhärtet und sich definitiv voneinander abgekehrt. Der Vorgang ist oft genug beschrieben worden. Die freiheitliche Gesellschaft hat ihre Diskursfähigkeit eingebüßt. Und seitdem

wird heftig darüber gestritten, wie man sie wieder erlangen kann.

Vielleicht hilft in diesen Tagen, in denen wir des Kriegsendes und des völligen moralischen und staatlichen Zusammenbruchs unseres Landes vor 80 Jahren gedenken, ein Blick zurück in den Neubeginn unserer Demokratie. Sie war von Anfang an eine



MÖLLER MEINT

umhagte. Man hat sich angewöhnt, diese Zeit als die dunklen Jahre zu sehen, in die erst mit den rebellischen Achtundsechzigern das nötige aufklärerische Licht gefallen sei. Verdrängen, verleugnen, verschweigen, war der Vorwurf an die Generation der Väter und Mütter. »Vergangen, vergessen, vorüber«, hieß der Schlager von Freddy Quinn. Dagegen liefen die Söhne und Töchter in den 1960er Jahren Sturm. Sie wollten sichtbar machen, was unsichtbar geblieben war und die biografische und ideologische Kontinuität entlarven, die im Zwielicht der Aufbaujahre überdauert hat. Damals ist jene Hermeneutik des Verdachts entstanden, die unser Verhältnis zur Vergangenheit bis heute bestimmt.

Der Sozialphilosoph Hermann Lübbe hat dagegen den Begriff des »kommunikativen Schweigens« in Stellung gebracht. Ohne die Übereinkunft, die Vergangenheit ruhen zu lassen, wäre der neue Umgang zwischen den Überlebenden, den Opfern wie den Tätern, kaum möglich gewesen. Man sollte die Täter eben nicht etikettieren, das habe ihnen den Gesinnungswandel erlaubt. Lübbes These war schon damals äußerst umstritten und passt auch nicht wirklich auf unsere Zeit. Trotzdem räumen selbst ihre Kritiker mittlerweile ein, dass die erstaunliche Integrationsleistung der Nachkriegsjahre ohne dieses Schweigen kaum möglich gewesen wäre.

»Vergangen, vergessen, vorüber«, hieß der Schlager von Freddy Quinn. Dagegen liefen die Söhne und Töchter in den 1960er Jahren Sturm

Der Historiker Arnulf Baring erzählte gerne aus den Anfangsjahren des Friedrich-Meinecke-Instituts der Freien Universität in Berlin, wo die Rückkehrer aus der Emigration auf die Dagebliebenen trafen. Fast jeder, so Baring, wusste vom Werdegang des anderen. Thematisiert hat man das offenbar nicht. Es war der stillschweigende Versuch, das Gespräch über die Gräben wieder zu finden, so paradox das für unsere Ohren auch klingt.

Wie das überhaupt gelingen konnte, hat der Publizist Thomas Wagner jetzt an der Begegnung von Adorno mit Arnold Gehlen beschrieben. Aus tiefer Ablehnung erwuchs Neugier. Im Falle der beiden sogar großer Respekt. Man wird das auf unsere Zeit als Muster nicht übertragen können. Die Appelle helfen da nicht. Aber wir sollten in einen gemeinsamen Diskursraum zurückkehren wollen. Was eine kulturelle Herausforderung wäre. Für die politische ist es offenbar noch zu früh.

Johann Michael Möller ist Publizist und Ethnologe



Rathausplatz

Ein Museum noch ohne Haus

Das MiQua. LVR-Jüdisches Museum in Köln

SAMANTHA BORNHEIM & MICHAEL JAKOBS

Direkt vor dem Kölner Rathaus und damit im Herzen der Stadt entsteht derzeit das MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln, ein gemeinsames Museumsprojekt der Stadt Köln und des Landschaftsverbands Rheinland (LVR). Erste Bemühungen um die Einrichtung eines jüdischen Museums an diesem Ort gehen auf die zivilgesellschaftliche Initiative der 1996 gegründeten Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen – heute die Fördergesellschaft MiQua-Freunde e. V. – zurück.

Bereits seit 2007 laufen bauvorbereitend und -begleitend archäologische Grabungen, in denen Teams der Archäologischen Zone der Stadt Köln den Baugrund erkunden sowie die bekannten und neuen Befunde dokumentieren und sichern. Zunächst handelte es sich um ein allein städtisches Projekt, 2013 wurde der LVR Kooperationspartner. Demnach fungiert die Stadt Köln bis zur Übergabe des Museums an den LVR als Bauherrin. Der LVR übernimmt mit der Übergabe des Museums die Trägerschaft und organisiert den Ausstellungs- und Veranstaltungsbetrieb.

Im Museum werden Besucherinnen und Besucher nach der Eröffnung 2.000 Jahre Stadtgeschichte erleben und vielfältige Einblicke in die wechselvolle Entwicklung des Orts erhalten. Die Idee, die seit den 1950er und 1960er Jahren durchgeführten archäologischen Ausgrabungen unter dem Rathausplatz vollständig zugänglich zu machen, ist ein in jeder Hinsicht außergewöhnliches Kulturprojekt. Mit dem römischen Praetorium als Teil des UNESCO-Welterbes Niedergermanischer Limes, dem mittelalterlichen jüdischen Viertel und dem christlichen Goldschmiedeviertel vereinigen sich hier einige der bedeutendsten archäologischen Befunde Kölns und des Rheinlands auf engstem Raum. Diese Denkmäler vermitteln als authentische Zeugnisse, wer hier gelebt oder gewirkt hat und wie sich das Zusammenleben in den vergangenen zwei

Jahrtausenden gewandelt hat. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Multiperspektivität: Archäologische Funde und Schriftquellen aus römisch-heidnischer, christlicher und jüdischer Perspektive bieten Einblicke in ein vielfältiges und alltägliches Miteinander in diesem zentralen Stadtviertel. Während Besucherinnen und Besucher auf dem mehr als 600 Meter langen Rundgang unter anderem die Fundamente der Kölner Synagoge sowie die Mikwe, das Ritualbad der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde erkunden, erstreckt sich das neue Museumsgebäude als hallentartiger Schutzbau über den darunterliegenden Schätzen.

Jüdische Geschichte von 1424 bis zur Gegenwart im Museumsneubau

Mit der Ausweisung am 1. Oktober 1424 mussten Jüdinnen und Juden die Stadt auf Beschluss des Kölner Rats »up ewige tzyden« verlassen. Welche Berührungspunkte es dennoch mit jüdischer Kultur gab und wie jüdisches Leben ab 1798 in Köln aussah, das wird in der Dauerausstellung des MiQua im neuen Museumsgebäude thematisiert. Neben den Menschen und ihren Geschichten stehen dabei auch vergangene Ausstellungen über jüdische Kultur in Köln im Vordergrund sowie eine Beschäftigung mit Orten jüdischen Lebens im gesamten Stadtraum in Form einer digitalen Anwendung. Immer wieder gelangen somit Fragen des Zusammenlebens von jüdischen und nichtjüdischen Kölnerinnen und Kölnern in den Mittelpunkt.

Museumserlebnis ohne Museum?

Ausstellungen besuchen, Inhalte kennenlernen – kurzum Museum erleben: Geht das auch schon vor Eröffnung? Das MiQua ist bereits seit einigen Jahren mit vielfältigen Vermittlungs- und Veranstaltungsangeboten aktiv. Zu Letzteren zählen neben zahlreichen Vorträgen und Mitmachangeboten im neuen MiQua:forum, dem Vorschauaum für das künftige Museum, auch regelmäßige Formate zu aktuellen gesellschaftlichen Diskursen beispielsweise im Rahmen des

jährlich im Dezember stattfindenden »Forums 321«. Darüber hinaus geht das MiQua mit verschiedenen Outreach-Ansätzen, also dem Hinausgreifen aus dem Museum in andere Sozialräume, gezielt auf Teile seiner unterschiedlichen Zielgruppen zu, erweitert den Erlebnisraum und die Reichweite als außerschulischer Lernort. Vielfältige Projekte bieten Gelegenheit, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, baubegleitend Neugier, Interesse und Verständnis zu wecken. Gleichzeitig kommt das Museum mit Führungen für diverse Zielgruppen, Workshops zur Demokratieförderung und Prävention von Antisemitismus, dem Projekt »MiQua...op Jöck!« sowie ausleihbaren Ausstellungen dem eigenen Bildungsauftrag nach und erprobt Wege, die eigenen Inhalte zu vermitteln. Digitale Angebote wie die gemeinsam mit dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln entwickelte Anwendung »Zwischen den Häusern« erweitern den Wirkungsraum des Museums in den Stadtraum und führen Nutzer und Nutzerinnen an Orte, die – nicht immer offensichtlich – mit jüdischer Geschichte verbunden sind.

Mit diesem ganzheitlichen Ansatz, der das Museum, seine Inhalte und Aktivitäten einem breiten Publikum näherbringt, wirkt das MiQua schon jetzt in die Gesellschaft hinein und gibt einen Vorgeschmack auf das, was kommt. Als Anlaufstelle und Raum für Austausch kann das Museum diese Bemühungen dann zukünftig mit einem eigenen Haus, einer passgenauen Dauerausstellung und begleitendem Vermittlungs- und Veranstaltungsprogramm verstetigen.

Samantha Bornheim ist Referentin für Bildung und Vermittlung des MiQua. Michael Jakobs ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des MiQua

JÜDISCHE MUSEEN

Seit der Ausgabe 9/24 stellen wir in jeder Ausgabe von Politik & Kultur Jüdische Museen in Deutschland vor. Die Reihe finden Sie online unter: tinyurl.com/43wrdzx7

»Wir haben kein anderes Land«

Eine Wiederbegegnung mit Israel nach fast einem halben Jahrhundert

LUDWIG GREVEN

Ein sonniger Morgen in Tel Aviv. Reut Karp steht vor ihrem Café in einem gentrifizierten alten Viertel der pulsierenden Stadt am Mittelmeer und versucht verzweifelt zu lächeln. Sie war an jenem verhängnisvollen Morgen des 7. Oktober 2023 nicht in ihrem Kibbuz Reim, vier Kilometer von Gaza entfernt, als das Unvorstellbare geschah und palästinensische Terroristen in die Siedlung kamen. Ihre drei Kinder hatte sie bei ihrem Mann Dvir gelassen, von dem sie sich im Frühjahr davor getrennt hatte. Kurz nach dem Alarm im ganzen Land

nur die 43-Jährige, sondern wirken viele Menschen in Israel noch immer paralytisch – von dem Massaker, dem Bangen um die noch immer in Gaza gefangenen Geiseln, den folgenden Kriegen gegen die Hamas, die Hisbollah und Iran, von der Taten- und Ziellosigkeit ihrer rechten Regierung und dem Fehlen jeder Perspektive, wie es weitergehen soll. »Wir sind alle traumatisiert«, sagt Reut Karp mit Tränen kämpfend, während sie eine ältere Frau grüßt, die gerade vorbei geht. Deren Sohn wurde am 7. Oktober in dem Kibbuz ebenfalls ermordet, wie noch vier weitere Bewohner. »Ich muss mich jetzt um meine Kinder kümmern. Sie leben. Ich gebe

bunt und vielfältig wie kaum ein anderes. Aber gesellschaftlich, politisch und religiös tief zerklüftet. Und über allem liegt ein dunkler Schatten.

Während meines Aufenthalts vor fast einem halben Jahrhundert befreite die israelische Armee ein von Palästinensern entführtes Flugzeug in Entebbe. »Wir lassen niemanden zurück, wir holen unsere Leute raus«, sagten die Kibbuzniks bei ihrem Jubelfest. Dieses aus dem Talmud stammende Gebot hat die Regierung von Netanjahu mit seinen ultranationalistischen und strengreligiösen Koalitionspartnern nach Ansicht vieler Israelis schändlich verletzt, aus egoistischen und

Wer heute nach Israel reist, begegnet einem modernen, teilweise fast US-amerikanischen wirken den Land, sehr tech-affin, bunt und vielfältig wie kaum ein anderes. Aber gesellschaftlich, politisch und religiös tief zerklüftet. Und über allem liegt ein dunkler Schatten

Die Opposition ist schwach und zerstritten. Es bleibt nur die vage Hoffnung, dass Netanjahu und sein Kabinett irgendwann zurücktreten müssen. Aber was dann?

»Die Gegenwart scheint aussichtslos, aber sie ist es nicht«, sagt Georg Rößler. Der Judaist, der aus einer deutschen evangelischen Pfarrerrfamilie stammt, lebt seit 1988 in Jerusalem, ist mit einer Israelin verheiratet und selbst Israeli geworden. Er bietet Pilgerreisen an und hat ein kluges Buch über die Gedenkstätte Yad Vashem geschrieben, in der er lange Führungen gemacht hat, und über seine Wahlheimat, die erst lernen musste, dass sie nicht nur eine wehrhafte, aus der Asche der Shoah entstandene Demokratie ist, sondern auch ein Land der Opfer und des Leids. »Israel ist zum Frieden verdammt. Die Apokalypse des 7. Oktober lässt keinen Raum mehr für Kompromisse«, sagt der 66-Jährige und verweist auf die vielen Versöhnungsgruppen von Israelis und Palästinensern, die ihre Arbeit trotz allem fortsetzen. Doch ist das mehr als Hoffnung wider die Verzweiflung?

Ungeachtet der nationalen Sorge um die Geiseln und der Trauer um die Toten geht das Leben in Israel weiter. Aus dem einst sozialistisch-kargen, hauptsächlich von Landwirtschaft lebenden Land ist eine erfolgreiche, technologisch führende kapitalistische Nation geworden. Dynamisch und agil, mit quirligem Nacht- und Strandleben und einer diversen, queeren Kultur- und Clubszene vor allem in Tel Aviv. Zugleich voller Widersprüche. Überall wird gebaut, werden ständig neue Start-ups gegründet. Aber am Shabbat steht das Land wegen der Ultrareligiösen weitgehend still. Tech-Jünger und Geschäftsleute mit Handy am Ohr tummeln sich neben schwarz gekleideten Frommen mit Gebetsriemen und orthodoxen Frauen mit Perücke oder Turban, die getrennt an der Klagemauer in Jerusalem oder in ihren Synagogen beten. Daneben die Araber, die oft in eigenen Dörfern und Stadtteilen leben. Und die Säkularen, die zwischen allen Stühlen sitzen.

Vor allem sie fürchten, dass Israel zu einem fundamentalistischen Gottesstaat werden könnte wie Iran. Und zu einem autoritären, illiberalen wie Ungarn. Manche denken daher darüber nach auszuwandern. Aber wohin, wo sich doch überall der Hass auf Juden ausbreitet? »Wenn ich es wüsste, wäre ich schon weg«, sagte Claude, unser Reiseleiter, in Paris geborener Sohn einer Shoah-Überlebenden und eines Kämpfers für die Unabhängigkeit.

Ella Haimi hat bei dem Terrorangriff ebenfalls ihren Mann verloren. Er war für die Sicherheit ihres Kibbuz Nir Yitzhak verantwortlich, den sein Opa mitgegründet hatte, nur 3,5 Kilometer vom Gazastreifen entfernt. Er wurde erschossen, als er mit einem anderen Bewohner 100 Eindringlinge aufzuhalten versuchte. Seine Leiche verschleppten sie nach Gaza und haben sie noch immer nicht herausgegeben. Im vergangenen Mai bekam sie ihr viertes Kind von ihrem Tal, sieben Monate nach seinem Tod. »Es ist ein großes Glück in all dem Schmerz. Eine Hoffnung für die Zukunft«, sagt sie. Im Sommer will sie mit ihren Kindern in den Kibbuz zurückkehren. »Das Leben in unserer Gemeinschaft muss weitergehen, in Nachbarschaft zu den Menschen in Gaza. Ich glaube nach wie vor, dass viele von ihnen mit uns in Frieden leben wollen.«

Für Reut Karp ist Aufgeben oder Abhauen genauso wenig eine Option. Im Juni will auch sie mit ihren Kindern in ihren Kibbuz zurückgehen und ihr Café in Tel Aviv in andere Hände geben. »Wir haben kein anderes Land, wo wir leben können«, sagt sie. Und dass ihr Vorname Freundschaft bedeute. »Das ist doch ein gutes Zeichen.«

Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor



Reut Karp vor ihrem Café im Zentrum von Tel Aviv

bekam sie einen Anruf von seinem Handy. »Ich brauchte einen Moment, um zu verstehen, dass nicht er es war, der mich anrief, sondern meine zweitälteste Tochter Darya. Voller Panik flüsterte sie, dass ihr Vater sich mit ihnen im Saferoom verschanzt hatte, den jedes Haus in Israel hat. Als die Terroristen in das Haus einzudringen versuchten, ging er mit seiner neuen Freundin Stav nach draußen, um die Kinder und sich zu verteidigen. Beide wurden sofort ermordet – vor den Augen der Kinder.«

Darya sagte ihrer Mutter, dass einer der Männer in den Raum gekommen sei und auf Arabisch etwas in Rot an die Wand geschrieben habe – mit Blut oder Farbe. Wie sich später herausstellte: »Der Islamische Dschihad tötet keine Kinder.« Was eine Lüge war. Aber das wusste die Mutter da zum Glück noch nicht. Ihre Kinder verschonten die Terroristen, anders als viele andere.

Drei Stunden lang telefonierte Reut Karp mit ihrer Tochter, um sie zu beruhigen, während der kleine autistische Bruder Lavi angsterstart daneben lag. Erst nach neun Stunden kam die Armee, um ihre Kinder und die anderen Überlebenden zu evakuieren.

Auch anderthalb Jahre nach dem palästinensischen Terrorangriff wirkt nicht

ihnen meine Liebe und Sorge dafür, dass sie schlafen, zu essen bekommen und zur Schule gehen. Sie erhalten auch Unterstützung von Psychologen.« Um sich selbst und anderen zu helfen und um an ihren Ex-Mann zu erinnern, hat sie das Café eröffnet. Denn er war Chocolatier. Deshalb werden dort nun Pralinen nach seinen Rezepten verkauft, unter einem Bild von ihm. Und Käse aus dem Kibbuz. »Wir versuchen, Hoffnung zu geben«, sagt Reut Karp, eine unfassbar starke Frau und Mutter.

1976 war ich das bisher einzige Mal in Israel gewesen, in einem Kibbuz von Shoah-Überlebenden. Es war ein anderes Land. Noch stark geprägt vom Aufbruchgeist der Staatsgründer, voller Optimismus, obwohl weit ärmer als heute und auch damals umgeben von Feinden. Der Jom-Kippur-Krieg, auch er ein arabischer Überraschungsangriff, den die damalige Regierung gleichfalls hätte vorhersehen können und dessen Jahrestag die Hamas bewusst für ihre Terrorattacke nutzte, lag erst drei Jahre zurück. Israel war wie auch jetzt militärisch siegreich daraus hervorgegangen. Aber Aussichten, den ewigen Konflikt mit den Nachbarn zu lösen, gab es so wenig wie jetzt.

Wer heute nach Israel reist, begegnet einem modernen, teilweise fast US-amerikanischen wirkenden Land, sehr tech-affin,

ideologischen Gründen. Genauso wie ihre Pflicht, die Bürger zu schützen.

Das Vertrauen, dass Israel nach 2000 Jahren Vertreibung und Verfolgung allen Juden Sicherheit bietet, der zionistische Gründungsauftrag, ist verloren. Das hat das Land und seine Menschen im Innersten erschüttert. In fast allen Gesprächen spürt man den Zorn auf den Ministerpräsidenten, der seine Schuld nicht eingesteht, der keine der Geiselfamilien besucht hat und dessen Minister Partys feiern, während nebenan Familien um ihre Toten trauern. Und Wut auf die Ultraorthodoxen, die sich mit Segen der Regierung vor dem Militärdienst drücken, um zu beten und die Thora zu studieren, während so viele Reservisten nach Gaza und Libanon mussten und Ehemänner, Ehefrauen, Väter, Söhne, Mütter, Töchter dort ihr Leben ließen. Ohne dass ihre Familien und Freunde wüssten, wofür.

Noch immer demonstrieren jede Woche Tausende im ganzen Land gegen die Regierung und für das Einhalten des Abkommens mit der Hamas, um die restlichen Geiseln zu befreien und die Kämpfe endgültig zu beenden. Aber es werden immer weniger. Denn niemand hat einen Plan für die Zeit danach, die Regierung schon gar nicht. Es gibt auch keine Alternative zu ihr.

FOTO: LUDWIG GREVEN

Resilienz durch Kultur

Das Goethe-Institut positioniert sich in einer neuen Weltordnung

JOHANNES EBERT

Auf den Gängen im Hotel Bayerischer Hof herrscht Unruhe. Grüppchen stehen zusammen und diskutieren heftig. Immer wieder kreuzen Prominente den Weg. Es ist eigentlich wie jedes Jahr bei der Münchner Sicherheitskonferenz – und doch ist diesmal etwas anders: Ein Hauch von Vance liegt in der Luft. Am Tag zuvor hat der amerikanische Vizepräsident seine besorgniserregende Rede gehalten, in der er Europa vorwarf, den demokratischen Pfad verlassen zu haben. Eine Umkehr der Realitäten. Die Taktik des Rechtspopulisten geht auf: Die Diskussionen im Bayerischen Hof und die Medienberichte danach zeugen von Unsicherheit und der Befürchtung, dass die USA als globaler Stabilisator ausfallen könnten; eine Befürchtung, die sich in der öffentlichen Auseinandersetzung im Weißen Haus zwischen Präsident Trump, J.D. Vance und Präsident Selenskyj wenige Tage später verhärtet.

Der Titel der gemeinsamen Veranstaltung des Goethe-Instituts und des British Council bei der Sicherheitskonferenz spiegelt diese Dringlichkeit: »Resilient Roots: The Role of Culture in European Stability«. Der Fokus liegt dabei auf dem Osten der EU: In der Ukraine tobt der gewaltsame Angriff Russlands weiter, in Georgien protestieren Tausende gegen einen russlandfreundlichen Präsidenten. Die Analysen, die an unserem Tisch entstehen, weisen schnell über den Osten Europas hinaus. Sie müssen heute mehr denn je Maxime für die weltweite Arbeit von Kulturorganisationen in Krisenzeiten sein: »In turbulenten Zeiten kommt auf die Kultur eine größere Verantwortung zu. Sie wird zu einer neuen Form der Kommunikation, einer Festung für die demokratischen Prinzipien«, sagt die Kulturmanagerin Ana Riaboshenko aus Georgien. Scott McDonald, CEO des British Council, ergänzt: »In Zeiten komplexer politischer Herausforderungen können Kulturbeziehungen Brücken zwischen Gesellschaften bauen, demokratische Werte stärken und offenen Dialog unterstützen. Wir werden in Europa mehr in die Sicherheit investieren müssen, aber während wir das tun, sollten wir gleichzeitig in Kultur- und Bildungsprogramme investieren, die wesentlich kostengünstiger sind und eine bedeutende Wirkung entfalten können.«

Deutschlands wirtschaftliche und politische Herausforderungen

Die Rückkehr des Krieges in die Mitte Europas verdeutlicht die sicherheitspolitische Abhängigkeit der europäischen Verbündeten von den USA. Gleichzeitig bringen das sich verändernde transatlantische Verhältnis und andere politische Herausforderungen das bestehende Werte- und Machtgefüge, in das Deutschland eingebettet ist, ins Wanken. Weltweit und auch in unserem eigenen Land erstarben rechtspopulistische Kräfte, die mit einfachen Lösungen locken, das liberale Verständnis unserer freiheitlichen Gesellschaft in Frage stellen und gleichzeitig das Versprechen der Freiheit für ihre eigenen Narrative beanspruchen. Die Wirtschaft Deutschlands befindet sich im zweiten Rezessionsjahr. Eine der drängendsten Herausforderungen ist der hohe Bedarf an Fachkräften aus dem Ausland. Das große Thema Klimawandel bleibt weiterhin virulent.

Für ein Land wie Deutschland, das wie kaum ein anderes in internationale

Zusammenhänge eingebettet ist, hat eine kluge Positionierung in diesem volatilen globalen Gefüge eine hohe Bedeutung. Dazu bedarf es nicht allein der klassischen Instrumente der Wirtschafts-, Sicherheits-, und Außenpolitik. Als dritte Säule der Außenpolitik spielt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKGP) gerade heute eine zentrale Rolle. Sie fördert internationale Verständigung und arbeitet an Lösungen, die nur über Grenzen hinweg gefunden werden können. Die AKGP leistet durch die Vernetzung von Menschen und Gesellschaften somit einen Beitrag zur Sicherheit in Europa und der Welt.

Das Goethe-Institut: Ein globales Netzwerk für Kultur und Bildung

Das Goethe-Institut ist seit über 70 Jahren das größte kulturelle und gesellschaftliche Außennetzwerk der Bundesrepublik. Sein Auftrag ist es, die deutsche Sprache zu stärken, den internationalen Kulturaustausch zu fördern und über Deutschland zu informieren. 151 Goethe-Institute weltweit, rund 1.100 Anlaufstellen mit Sprachlernzentren oder Kulturgesellschaften, ein weitverzweigtes Netzwerk von Partnern aus Kultur, Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft auf der ganzen Welt, jährlich rund 270.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den digitalen oder physischen Sprachkursen, über eine Million abgelegte Prüfungen, mehr als sieben Millionen Follower in den sozialen Medien – das sind nur einige Zahlen, die für die weltumspannende Reichweite des Goethe-Instituts stehen: eine international bekannte und starke Marke für Deutschland, die für Dialog und Kooperation, für Glaubwürdigkeit und Vertrauen steht.

Innerhalb seines umfassenden Auftrags muss sich das Goethe-Institut in den kommenden Jahren vor allem vier Schwerpunkten widmen: Erstens, der wichtige Beitrag zur Migration von Fachkräften nach Deutschland. Hier müssen die Anstrengungen und auch die Ressourcen deutlich erhöht werden, um tatsächlich eine größere Zahl von Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Die sprachliche und die interkulturelle Vorbereitung auf unser Land sind hierfür eine zentrale Voraussetzung. Informationskampagnen, Zuwanderung in die Ausbildung aus Schulen, an denen Deutsch unterrichtet wird, die Förderung von Deutsch in den Schwerpunktländern der Fachkräfteeinwanderung: Das Goethe-Institut verfügt über eine Bandbreite von Maßnahmen, die bei entsprechender finanzieller Ausstattung zum Erfolg führen.

Das Ansehen Deutschlands verändert sich. Das Erstarken rechtspopulistischer und auch rechtsextremer Kräfte in Deutschland wird weltweit wahrgenommen. Die schwächelnde Konjunktur kratzt am Ruf des europäischen Wirtschaftsmotors. Die politischen Querelen, die zu Neuwahlen geführt haben, wecken im Ausland Zweifel an der deutschen Stabilität. In zahlreichen Ländern gibt es Kritik, weil Deutschlands Haltung zum Krieg im Nahen Osten als zu einseitig wahrgenommen wird. Deutschland in der Welt zu erklären und gleichzeitig zurückzuspiegeln, wie Deutschland in den Augen der Welt wahrgenommen wird: Das ist deshalb eine weitere wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre und eine wichtige Investition in die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in unser Land. Zum Beispiel mit dem erfolgreichen Format der Deutschlandjahre und Deutschland-Saisonen in ausgesuchten Schwerpunktländern wie beispielsweise Polen, Großbritannien oder im indopazifischen Raum. Beim letzten großen Deutschlandjahr, das 2018 und 2019 in

den USA unter dem Motto »Wunderbar Together« vom Goethe-Institut im Auftrag des Auswärtigen Amtes und unterstützt vom Bundesverband der deutschen Industrie durchgeführt wurde, waren über 500 deutsche und amerikanische Organisationen beteiligt. Zwei Millionen Menschen wurden erreicht.

Als dritte Säule der Außenpolitik spielt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKGP) gerade heute eine zentrale Rolle

Neben den physischen Präsenzen – neue Institute sind geplant in Jerewan (Armenien), Bischkek (Kirgisistan), Chişinău (Republik Moldau) und Houston (Texas, USA) – ist auch der digitale Raum im Sinne einer digitalen AKGP von großer Bedeutung: Die umfassenden digitalen Sprach-, Kultur- und Informationsangebote des Goethe-Instituts online und in den sozialen Medien vermitteln ein aktuelles Deutschlandbild und stärken den Dialog mit den Gastländern.

Mit unserem globalen Netzwerk von Instituten und Präsenzen setzen wir gleichzeitig auch in weniger

freiheitlichen Gesellschaften ein starkes Zeichen der Resilienz. Angesichts der Zunahme autoritärer Regierungsformen wird die Bedeutung dieser Aufgabe weiter wachsen: Goethe-Institute sind Orte der Begegnung mit Deutschland, des Lernens und des Austauschs. Sie sind aber auch Räume der offenen Diskussion und zensurfreier Debatten. Mit Programmen zur Förderung von Medienkompetenz insbesondere bei jungen Menschen stärkt das Goethe-Institut die Resilienz gegenüber populistischer Propaganda und Fake News. Mit zahlreichen Programmen zur Erinnerungskultur weltweit setzen wir uns auch mit den dunklen Seiten der Deutschen Geschichte diskursiv auseinander. Und wir stellen uns als Institution aktiv gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung. Mit seinem Engagement steht das Goethe-Institut aktiv für freiheitliche Werte und Pluralismus ein und festigt die Beziehungen zu wichtigen Akteuren aus Kultur und Gesellschaft. Gerade heute sind diese internationalen Verbindungen und Freundschaften so wichtig.

Nicht zuletzt stehen wir als Goethe-Institut für den Wert starker und eigenständiger Kunst und Kultur. Kultur stärkt in ihrer Freiheit und Unabhängigkeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt über Grenzen hinweg und bietet Perspektiven für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. In der dialogischen und offenen Weise, wie wir den kulturellen Austausch mit

der Welt betreiben, spiegelt sich unsere freiheitliche Verfassung.

»J.D. Vance hat in seiner Rede bewusst auf Kulturkampf gesetzt«, sagt Stephan Detjen, der Chefkorrespondent des Deutschlandfunks, einige Tage nach der Münchner Sicherheitskonferenz bei einer internen digitalen Veranstaltung des Goethe-Instituts zum erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland. Fast 500 Kolleginnen und Kollegen haben sich zugeschaltet. Doch wenn Kultur der Ursprung von Aggression sein kann, dann ist sie umso entscheidender für die Herstellung von Frieden.

Yuval Noah Harari, einer der brilliantesten Köpfe unserer Zeit, bringt es auf den Punkt: »Die meisten Kriege haben ihren Ursprung im Kopf eines Dichters. Die Generäle kommen viel später, und während sie glauben, den Gesetzen der Realpolitik zu gehorchen, folgen sie in Wirklichkeit den Träumen eines Mythenmachers. Aber auch der Friede beginnt im Kopf eines Dichters, der durch den Rauch des Krieges eine bessere Welt zu sehen vermag. Wenn die Kanonen brüllen, müssen die Mägen lauter sprechen als je zuvor und ihre Worte klug wählen.« In einer Welt, die von Unsicherheit und Wandel geprägt ist, ist Kultur nicht nur ein Spiegel der Gesellschaft, sondern auch ein Werkzeug zur Gestaltung einer besseren Welt.

Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts

Laut & leise

PODCAST der neuen musikzeitung



Jetzt auf allen gängigen Podcast Plattformen anhören! Oder direkt hier www.nmz.de/podcast



Jagdsaison eröffnet

Museen zwischen Vertrauen und Bedrohung

FELICIA STERNFELD

Museen tragen eine fundamentale Verantwortung: Sie bewahren Kultur und vermitteln Wissen. Doch darüber hinaus genießen sie in der Gesellschaft ein außergewöhnlich hohes Vertrauen – ein Vertrauen, das in einer aktuellen Studie des Instituts für Museumsforschung als das höchste unter allen öffentlichen Institutionen identifiziert wurde, direkt nach Familie und Freundinnen und Freunden, noch vor Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Medien. Dies ist kein Zufall: Es ist nicht das einzelne Erlebnis, sondern die Institution als Ganzes, die dieses Vertrauen begründet. Museen gelten als verlässliche Hüter von Wissen und Kultur, als Orte, an denen die Wahrheit in all ihrer Vielfalt und Komplexität gewahrt bleibt. Sie sind keine bloßen Anbieter von Unterhaltung, sondern tragen als Institutionen eine Verantwortung, die weit über den Rahmen eines einfachen Erlebnisses hinausgeht.

Museen müssen stets exzellente Arbeit leisten, und das können sie nur dann, wenn sie in einem unabhängigen Raum agieren

Doch dieses Vertrauen bringt eine gewaltige Verpflichtung mit sich. Museen müssen stets exzellente Arbeit leisten, und das können sie nur dann, wenn sie in einem unabhängigen Raum agieren. Denn Museen sind mehr als Wissensspeicher. Ihre Aufgabe ist es, das Wissen der Vergangenheit zu bewahren und gleichzeitig zu hinterleuchten und den Diskurs zu fördern.

Und genau das macht sie zu einem besonderen Ziel für Extremisten. Museen sind keine unpolitischen Institutionen. Sie stellen Fragen, hinterfragen Geschichte, decken Unrecht auf. Und jede Ausstellung und jede kuratierte Sammlung trägt politische Implikationen. In einer Zeit, in der Extreme versuchen, die Vergangenheit nach ihren eigenen Ideologien umzuschreiben, sind Museen daher ein strategisches Ziel. Wer die Museen kontrollieren kann,

kann die Geschichte kontrollieren – und damit die Wahrheit selbst. Deshalb sind Museen nicht nur attraktive Beute für diejenigen, die das Vertrauen der Gesellschaft missbrauchen wollen, sondern auch eine Bedrohung für alle, die die Demokratie und die Freiheit gefährden. Bei uns in Deutschland ist die Gefährdungslage für Museen derzeit noch eher abstrakt, in anderen Ländern der EU und der Welt bereits harte Realität.

Ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Slowakei: Mit ihrem Amtsantritt im Herbst 2023 verkündete die slowakische Kulturministerin Martina Šimkovičová in ihrer ersten Rede: »Die Kultur in der Slowakei sollte slowakisch sein und nichts anderes.« Dies führte zu dramatischen Veränderungen – Entlassungen in Schlüsselpositionen renommierter Kulturinstitutionen, Auflösung von Fachabteilungen im Ministerium oder der Beginn von destruktiven Reorganisationen von Sammlungsinstitutionen sowie drastische Budgetkürzungen. Nachfolger und Nachfolgerinnen, oft ohne fachliche Qualifikationen, wurden parteipolitisch eingesetzt. Die Auswirkungen? Ein deutlicher Einbruch in der finanziellen Sicherheit für Kulturschaffende und das Aushöhlen funktionierender Fördersysteme. Berichte über Zensur und Einschüchterungen häufen sich. Mitten im Sommer vorigen Jahres erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt: Der Chef des Nationaltheaters, Matej Drlička, wurde über Nacht entlassen, ihm das Kündigungsschreiben in den frühen Morgenstunden übergeben. Der Vergleich dieser Methoden mit denen der Gestapo und Staatssicherheit folgte prompt. Auch die Generaldirektorin der Nationalgalerie musste gehen, ersetzt durch einen »Krisenmanager«, der als erstes die Anzahl der Kunstwerke pro Quadratmeter prüfen ließ.

Auch in Italien sind die Entwicklungen unter der Regierung von Giorgia Meloni besorgniserregend und werfen ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Zukunft von Museen und der kulturellen Vielfalt auf. Melonis Regierung versucht, die Kontrolle über italienische Kulturinstitutionen, einschließlich Museen, zu übernehmen. Dies geschieht durch die Besetzung von Führungspositionen mit Personen, die der politischen Agenda der Regierung nahe stehen. Einen Schachzug wagte die Regierung bei der renommierten Stiftung

Teatro di Roma, unter deren Dach vier bedeutende Theater der Hauptstadt vereint sind. Hier installierte Kulturminister Gennaro Sangiuliano in Zusammenarbeit mit der rechts regierten Region Latium den politisch nahestehenden Intendanten Luca De Fusco als Generaldirektor. Der Protest ließ nicht lange auf sich warten: Die linke Stadtregierung Roms, Hauptfinanzier der Stiftung, setzte eine Kompromisslösung durch. Nun wird das Teatro di Roma durch eine Doppelspitze geleitet – eine Seite links, die andere rechts.

In Polen ging es acht Jahre lang in die gleiche Richtung. Unter der PiS-Regierung gab es zwei wesentliche Aspekte, die die Museen stark beeinflussten: Zum einen versuchte die Regierung, die Narrative in Museen zu kontrollieren und zu verändern, um eine spezifisch »polnische Wahrheit« zu propagieren. Dies führte zu einer Neuausrichtung von Ausstellungen, die oft die Sichtweise der Regierung widerspiegelten und alternative Perspektiven ignorierten oder negierten. Ein Beispiel hierfür ist das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig, dessen Ausstellung auf Druck der Regierung überarbeitet wurde, um mehr nationalistische Elemente zu integrieren, die darauf abzielten, bei den Besuchern »angemessene« Gefühle gegenüber der Vergangenheit zu wecken, nämlich Gefühle dafür, dass die Polen und nicht die Juden die »wahren« Opfer der Nazi-Besatzung waren.

Zum anderen veranlasste die Regierung bedeutende personelle Veränderungen in der Museumslandschaft. So wurde der fachlich hoch renommierte Gründungsdirektor eben jenes Museums des Zweiten Weltkriegs, Wojciech Machcewicz, kurz nach der Eröffnung entlassen.

Nun geht es zumindest in Polen zum Glück seit einigen Monaten wieder in die andere Richtung. Dies bringt jedoch auch bedeutende Herausforderungen mit sich, denn es gibt Bedenken, dass die kulturelle Unabhängigkeit gefährdet bleibt, da viele Museen und kulturelle Institutionen immer noch unter dem Einfluss politischer Loyalitäten stehen.

In den USA sind Museen mittlerweile ebenfalls Ziel politischer Angriffe. Im Januar unterzeichnete Präsident Trump ein Dekret (»Executive Order«), das DEI-Programme (Programme zur Förderung von Diversität, Gleichstellung und Inklusion) in staatlich geförderten Institutionen wie Museen verbietet.

Diese Programme, die darauf abzielen, Vielfalt und Inklusion zu fördern, werden nun als potenziell diskriminierend angesehen. Als erste Reaktion beendete die National Gallery of Art in Washington ihre DEI-Programme, das Büro für Zugehörigkeit und Inklusion wurde geschlossen, und Begriffe wie »Diversität« und »Inklusion« auf der Homepage durch »willkommen und zugänglich« ersetzt.

Ausstellungen werden gestrichen, wie das Beispiel des Art Museum of the Americas in Washington zeigt, das zwei Ausstellungen über queere Identität und die afrikanische Diaspora absagen musste. Museen müssen gar um ihre Existenz fürchten, wie das alarmierende Beispiel des Stonewall National Museum in Florida zeigt, das eine der größten LGBTQ-Bibliotheken und eine bedeutende Sammlung zur Schwulenrechtsbewegung beherbergt. Der autoritäre Staatsumbau hat übrigens auch den Umgang mit der historischen Überlieferung selbst erreicht, wie die Markierung zur Löschung von rund 26.000 Fotos auf den Datenbank-Webseiten des US-Militärs zeigt, darunter bedeutende Aufnahmen schwarzer Soldaten und Pionierinnen in der Armee.

In Deutschland sehen wir auf diversen politischen Ebenen – abgesehen von der allgemein bestehenden abstrakten Gefährdungslage – bereits konkrete Szenarien, wie der Einfluss politischer Akteurinnen und Akteure, die sich nicht an die freiheitlich-demokratische Grundordnung gebunden fühlen, auf die Museen wächst.

Ein häufiges Instrument der Rechtspopulisten sind massenhafte Kleine Anfragen an Museen zu Themen wie Finanzierung und Ausstellungsinhalten – ein Trend, dem mittlerweile sogar bürgerliche Parteien erliegen. Diese Anfragen bedeuten nicht nur hohen Verwaltungsaufwand, sondern erzeugen auch Druck und können Zweifel an der demokratischen und gesellschaftlich offenen Ausrichtung der Museen säen. Dabei berufen sich die Akteurinnen und Akteure auf vermeintliche Neutralität; in Wirklichkeit handelt es sich jedoch um gezielte politische Einflussnahme. Über die abstrakten Befürchtungen hinaus gibt es auch bereits konkrete Fälle von politischen Eingriffen in die museale Arbeit und auf das Personal. Deshalb wurde im vorigen Jahr der Verein des Netzwerks »Haltung!« gegründet, um politisch motivierte Angriffe auf Museen und Kulturschaffende noch stärker sichtbar zu machen.

Museen waren immer involviert in die Produktionsprozesse nationaler Narrative – also wer wir sind und wer die anderen, die Fremden, sind. Das

zeigt sich bis heute. Das ist nutzbar für rechtspopulistische Politik im Kontext des »Kulturkampfes« von rechts. Museen setzen sich heute zum Teil sehr progressiv mit ihrer eigenen Geschichte und ihren historischen Kontinuitäten auseinander, stehen für eine offene Gesellschaft und treten für demokratische Teilhabe und Werte ein. Deshalb geraten sie schnell auf das Radar

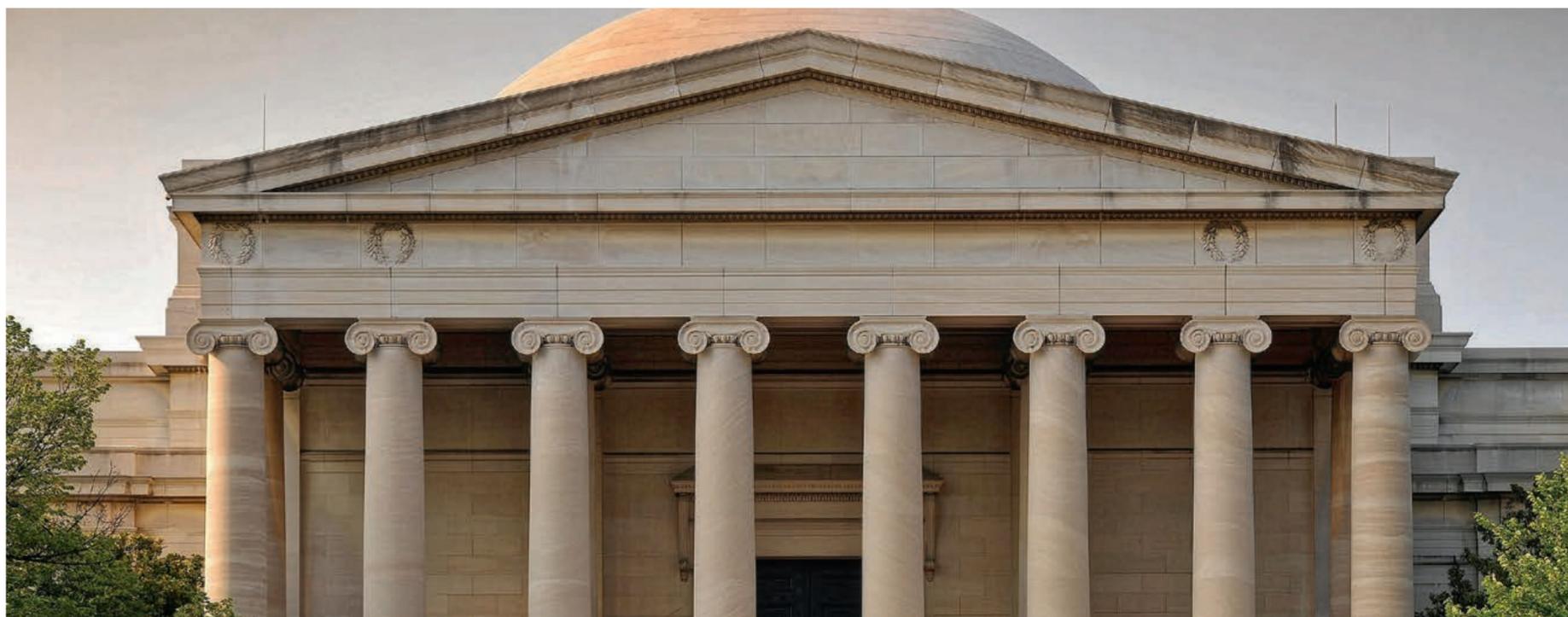
Museen sind keine unpolitischen Institutionen. Sie stellen Fragen, hinterfragen Geschichte, decken Unrecht auf

rechtspopulistischer Politik, wenn sie zum Beispiel Rassismus oder Migration thematisieren oder geschlechtergerechte Sprache verwenden. Auffallend dabei ist, dass diese politisch motivierten Übergriffe mitunter strategisch erfolgen, zum Beispiel mit dem Ziel, bestimmte Themen zu platzieren oder zu vermeiden, Personen zu diskreditieren, Personalstellen zu ersetzen oder zu streichen – bis hin zur Schließung von Museen.

In diesem gefährlichen Spiel dürfen Museen nicht nur passive Akteure sein – sie müssen sich entschieden für ihre Unabhängigkeit und ihre Rolle als Hüter von Freiheit und Wahrheit einsetzen. Zum Glück haben sie diese Verantwortung erkannt und sind zunehmend alarmiert. So widmeten sich die wichtigsten Fachtagungen der deutschsprachigen Museumswelt 2024 bereits diesem drängenden Thema. Auch das 18. Internationale ICOM Bodensee-Symposium stellte im Mai 2024 die entscheidende Frage: »Wie politisch ist Museumsarbeit?«

Doch das reicht nicht aus: Auch wir als Gesellschaft müssen entschlossen handeln, um diese Institutionen zu schützen und als Orte der Vielfalt, Inklusion und Demokratie zu bewahren. Nur so können Museen auch künftig sichere Räume für freie, unvoreingenommene Wissensvermittlung sein, gesellschaftliche Werte fördern und den Dialog über die wichtigsten Themen unserer Zeit ermöglichen.

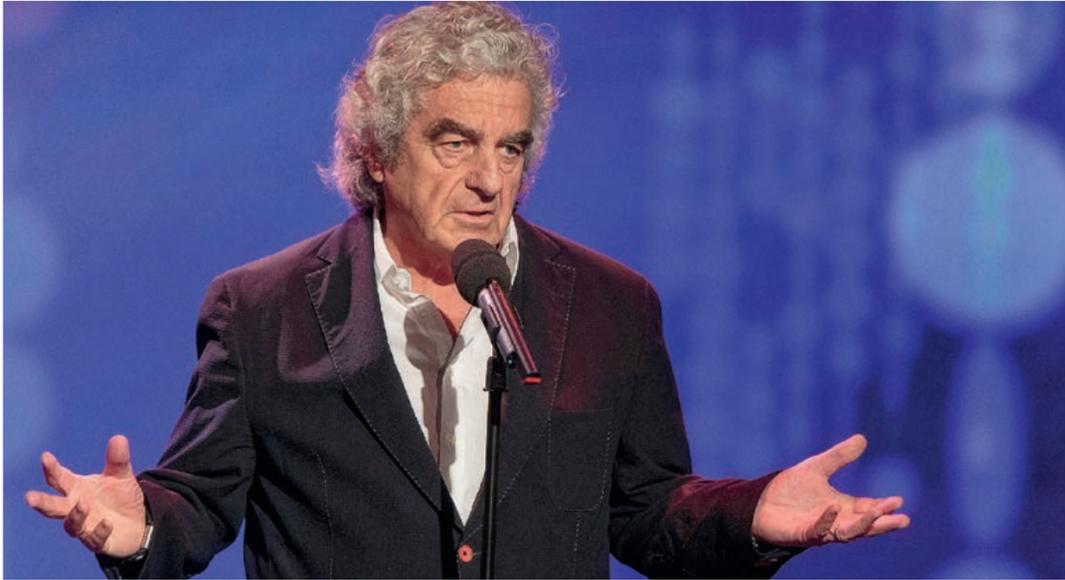
Felicia Sternfeld ist geschäftsführende Direktorin des Europäischen Hansemuseums in Lübeck und derzeit Präsidentin des International Council of Museums (ICOM) Deutschland



Auch in den USA stehen Museen unter Druck: Die National Gallery of Art in Washington stellt ihre DEI-Programme ein

Kultur pur

Der Siegener Kultur-Ermöglicher Wolfgang Suttner im Porträt



Wolfgang Suttner

ANDREAS KOLB

Kulturreferent und Leiter des Kultur!Büros. Kreis Siegen-Wittgenstein / Studienrat für die Fächer Kunst und Deutsch / Theater-, Film- und Kunstkritiker / Publizist, Kurator und Organisator / Juror für Kunstausstellungen und Kulturpreise / 39 Jahre lang Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Kunstvereine (AdKV) / Mehr als 20 Jahre einer der Sprecher des Deutschen Kunstrates / Mitglied des Sprecherrates des Deutschen Kulturrates / Mitgründer und Leiter (1990-2017) des Internationalen Musik- und Theaterfestivals »KulturPur« in Südwestfalen / Mit-Initiator des Ljz, eines Medien- und Kulturhauses für Siegen-Wittgenstein / 12 Jahre lang im Vorstand Trägerverein Philharmonie Südwestfalen e. V.

Eine beeindruckende Liste, aber doch nur ein Ausschnitt aus Wolfgang Suttners Curriculum Vitae, der lange nicht alles zeigt, was den Macher und Beweger Wolfgang Suttner ausmacht. Kommt man mit Suttner ins Gespräch, dann spürt man unmittelbar, was die Triebfeder seines Engagements ist, nämlich seine tiefe Leidenschaft für die eine Sache in seinem Leben: Kultur zu erleben, zu fördern und sie zu den Menschen zu bringen. In diesen Tagen scheidet der 1951 in Siegen geborene Kulturmanager nun auch aus den

meisten seiner Funktionen im Deutschen Kulturrat aus und sagt im Interview gegenüber Politik & Kultur: »Das ist ein eigenartiges, auch mulmiges Gefühl. Gleichzeitig erfüllt es mich mit großer Freude, wenn ich sehe, dass das, was ich mitgestaltet und angefangen habe, erfolgreich weiterläuft.«

Steigen wir ein bisschen tiefer ein in das, was er alles angefangen hat. Ein Herzenthema war für Wolfgang Suttner die Bildende Kunst. Der Vater war Kunsthandwerker, seine früh verstorbene Mutter Schneiderin. Beide waren nach dem Krieg als vertriebene Sudetendeutsche in die Bundesrepublik gekommen. Durch seinen Vater hatte Suttner als Kind immer viel Kontakt zu Bildhauern, Holzgestaltern, Buchbindern und anderen Kreativen. Über diese Kontakte entstand sein Interesse an Kultur. Er absolvierte ein Kunststudium an der Universität Siegen mit Germanistik als zweitem Hauptfach und wurde Studienrat.

Ein entscheidender Schritt für Suttner war die Gründung des Kunstvereins in Siegen zu Beginn der 1980er Jahre, dessen Vorsitzender und Geschäftsführer er zehn Jahre lang war. Mit diesem Verein und seinen Akteuren schuf er dem Thema Kunst und Kultur in der damaligen Siegener Provinz eine derartige Sichtbarkeit, dass es keine Überraschung war, als man ihn 1990 bat, ein Kulturreferat mit ganz besonderem Zuschnitt aufzubauen. Suttner

wurde Kulturreferent des Kreises Siegen-Wittgenstein, einem Landkreis mit 300.000 Einwohnern im Süden Nordrhein-Westfalens. In Personalunion baute er auch das Kultur!Büro. Siegen-Wittgenstein auf, ein bundesweit bekannt gewordenes Modell für verwaltungsuntypische kommunale Kulturarbeit an den Schnittstellen von Kultur und Wirtschaftsförderung. »Wir haben über die Kommunen hinweg ein eigenes Kulturreferat gegründet. Ich hatte einen cleveren Oberkreisdirektor, der sagte: »Wir machen nicht auf Kulturamt, sondern wir versuchen, Kultur kreativ zu sehen und das als eine Maßnahme der Wirtschaftsförderung.« Das Motto des Kultur!Büros, »Kultur gestalten statt verwalten«, wurde der Schlüssel zum Erfolg des neuen Kultur-Unternehmens im Kreis Siegen-Wittgenstein.«

Wolfgang Suttners Gründerphase hatte begonnen: Er arbeitete an der Entwicklung der Konzeption Regionale Kulturpolitik des Kulturministeriums NRW mit und beteiligte sich mit seinem Referat an der Koordinationsstelle Regionale Kulturpolitik. 1990 gründete Suttner mit anderen Kulturmachern aus der Region das Internationale Musik- und Theaterfestival »KulturPur« in Südwestfalen, das er bis 2017 leitete. KulturPur ist bis heute das größte naturnahe Zeltfestival Europas mit jährlich 55.000 Besuchern zu Pfingsten. 1995 rief Suttner zusammen mit der

Wirtschaftsförderung beim Kreis Siegen-Wittgenstein das Ljz, ein Medien- und Kulturhaus für Siegen-Wittgenstein, ins Leben, das heute mit seinem Einzugsgebiet von 600.000 Menschen im Dreiländereck Rheinland-Pfalz/Hessen/NRW einen guten Namen in den Sparten experimentelles Theater, Kleinkunst und Varieté hat. Weiter war Suttner verantwortlicher Vorstand im Trägerverein Philharmonie Südwestfalen e. V. und auch Vorstandsvorsitzender der Stiftung Philharmonie Südwestfalen, einer der größten Musikstiftungen in NRW.

Neben Musik und Kulturpolitik blieb die bildende Kunst die Konstante in seinem Leben. Er war Kurator und Organisator von zahlreichen Ausstellungsprojekten seit 1981, darunter Bernd und Hilla Becher – »Fachwerkhäuser des Siegerländer Industriegebietes«, André Masson – »Pastelle und Zeichnungen«, Joseph Beuys – »Das grafische Werk«. Er zeigte spannende Werke von Adolf Luther in Siegen, präsentierte Aktionskunst, Atem- und Kinetik-Objekte und beteiligte sich mit Siegen maßgeblich an den Ausstellungen »Kunstlandschaft Bundesrepublik« (1984) und »Kunst, Europa« – 63 deutsche Kunstvereine zeigen Kunst aus 20 Ländern (1991). Als Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Kunstvereine (AdKV) half er mit, die inzwischen 300 Kunstvereine zu vernetzen.

Suttner war Mitinitiator des Villawaldrich-Kulturhaus-Projekts für die Stadt Siegen. Damit ergab sich eine deutliche Verbesserung der Situation der Bildenden Kunst in der Siegener Region. »Das breite Engagement der Stadtgesellschaft«, so Suttner, »hatte sehr große Auswirkungen für die Gesamtentwicklung der Kultur in Siegen.« Gleichzeitig, so Suttner, »war mir immer wichtig, dass ich ein Standbein in Berlin bei der AdKV oder dem Deutschen Kulturrat hatte. Dadurch brachte ich viele Impulse mit. Das war mein Herzenthema. Ich kann auch nicht sagen, dass ich etwas anderes lieber gemacht hätte.«

Kulturerlebnis mit Natur und regionaler Identität zu verbinden, war eine von Suttners zentralen kulturpolitischen Ideen für Siegen. Er selbst nennt es den »wichtigsten Stein seiner Konzeption«. Auf diese Weise entstand unter seiner Mitwirkung der Waldskulpturenweg von Wittgenstein ins Sauerland. Mit großer Hilfe des Landes entstand ein Skulpturenprojekt mit internationalen Positionen aus dem Spannungsfeld von Stahl, Stein und Holz.

»Wenn Sie dorthin kommen, wo wir das Musik- und Theaterfestival »KulturPur« veranstalten, ganz tief im Wald

auf einer großen Wiese, da glauben Sie nicht, dass die Welt noch irgendwo weiter geht. Dieser Festival- und Kunstplatz auf der Ginsberger Heide, den Bob Geldof einmal »a place in nowhere« nannte, ist ein unglaublicher Kraftort.«

Suttner erinnert sich an eine Festivalsausgabe mit Mikis Theodorakis: »Da prasselte der Regen lautstark auf das Zelt und ich dachte, um Gottes Willen, jetzt ist alles zu spät, gleich läuft das Wasser unten und oben rein. Plötzlich sagte Theodorakis zum Publikum: »Hört ihr den Klang der Natur?«. Und dann haben er und seine Musiker zu diesem Regengetömmel improvisiert. Das war so bewegend für alle. Damals hatte ich eine Art Erweckungserlebnis und dachte: Was du machst, ist richtig!«

Ein Porträt über Wolfgang Suttner ist keines, wenn Paul McCartney nicht vorkommt. Ideengeberin war Suttners Tochter, die wusste, dass Paul McCartney als Doppelbegabung nicht nur Musiker, sondern auch Maler ist. Über die Schlagzeugfabrik Sonor, die auch im Kreisgebiet ansässig ist, nahm Suttner Kontakt auf zu den Schlagzeugern der Paul-McCartney-Band und über diese zu Linda McCartney. Auf diese Weise wurde Suttner zum Kurator des malerischen Werks des Beatles Paul McCartney, das nach 5-jähriger Arbeit, realisiert mit Suttners Team, in einem großen Publikums- und Public-Relations-Erfolg mit 45.000 Besuchern in Siegen gipfelte. Auch hier gingen Kultur- und Wirtschaftsförderung Hand in Hand.

Wenn dieses Porträt hier endet, dann gewiss nicht, weil bereits alle Verdienste und Aktivitäten Suttners aufgezählt sind. Etwa sein Engagement für die Förderung von Nachlassarchiven für Bildende Kunst, angeregt vom Modellprojekt im Kloster Pulheim bei Köln. Hier leistet die Stiftung Kunstfonds Großartiges. Suttner ist überzeugt, dass insbesondere die Bildende Kunst eine wichtige regionale Überlieferung ist und er betont, dass ihm die Weiterentwicklung der Bildenden Kunst ein wichtiges Anliegen bleibt. Deshalb engagiert er sich in diesen Tagen u. a. in einem großen Förderprojekt für partizipative Kunst, das er seit 15 Jahren im Kunsthaus Gravenhorst im Münsterland juriert. Da dieses Porträt scheinbar nicht enden will, geht es kurzerhand in einen Kultur-Tipp über. Suttners Lieblingsprojekt hat sich auch nach seiner Pensionierung weiterentwickelt: Für die 35. Ausgabe des KulturPur-Festivals auf der Ginsberger Heide sind noch einige wenige Karten erhältlich unter kulturpur-festival.de

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Ambivalenzen

Mission und Gegenmission gestern und heute

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Eine Klarstellung zu Beginn: Ich bin kein Missionar und habe in 30 Jahren kirchlichen Dienstes meines Wissens niemanden »bekehrt«, was immer das bedeuten mag. Aber ich interessiere mich für die Geschichte der Mission. Was mich daran fasziniert, ist diese Paradoxie des Guten: Menschen widmen ihr Leben einem ideellen Zweck, bringen das, was sie für das Heil halten, unter großen Opfern in ferne Länder, doch die Wirkungen ihres Tuns widersprechen nicht selten ihren wohlmeinenden Absichten. Oft sind sie erfolglos, oder sie richten Schaden an, oder die Empfänger ihrer Botschaft machen etwas ganz Eigenes daraus. Die Geschichte der Mission ist also zwiespältig, uneindeutig und oft genug die Summe unbeabsichtigter Nebenwirkungen oder

unbewusster Selbstwidersprüche. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die historische Mission mit dem europäischen Kolonialismus zwar nicht identisch, wohl aber untrennbar verflochten war. In alldem ist sie ein ferner Spiegel unserer heutigen Bemühungen um Entwicklungshilfe oder auswärtige Kulturarbeit (oder was davon übrigbleiben wird).

Ich sehe in den evangelischen Missionsgesellschaften und katholischen Missionsorden des 18. und 19. Jahrhunderts deshalb die Vorläufer der heutigen NGOs und des aktuellen Aktivismus. Denn die historische Mission wurde weniger von Staat und Staatskirche betrieben als von Aktivistinnen und Aktivistinnen, die sich in Netzwerken organisierten, sich über innovative Formen des Fundraisings finanzierten, häufig ein kritisches Gegenüber zu den politischen und

wirtschaftlichen Machthabern sein wollten und zu den Begründern globaler Menschenrechtsarbeit wurden. Die historische Mission wurde von »Erweckten« betrieben, den »Woken« ihrer Zeit. Doch so sehr sie sich auf der Seite des allein Guten sahen, waren sie eben in Systeme asymmetrischer Machtverteilung und deshalb des Machtmissbrauchs verflochten – und sind deshalb immer auch schuldig geworden. Deshalb ist es sinnvoll, dass ihre Nachfolgeorganisationen, die kirchlichen Missionswerke, diese Ambivalenzen seit einigen Jahrzehnten reflektieren und daraus Konsequenzen ziehen.

Mit erheblicher Verspätung, aber immerhin, beginnen nun staatliche Kultureinrichtungen mit einer »Aufarbeitung« ihrer kolonialen Verflechtungsgeschichten. Zum Beispiel das Berliner Stadtmuseum. Neugierig habe ich die Ausstellung »Koloniale Gespenster – widerständige Geister« in der Nikolai-Kirche betreten. Sie besteht zum einen aus recht interessanten künstlerischen Interventionen. Zum anderen stellt sie –

das ist besonders lehrreich – bisher nicht erzählte Geschichten von widerständigen Menschen vor, die sich gegen die koloniale Unterwerfung ihrer Heimat gewehrt haben. Drittens wird in Texttafeln und Video-Interviews eine kritische Reflexion versucht. Bei Letzterem ist mir ein



durchgehender Wille zur Eindeutigkeit aufgefallen: Die historische Mission sei nicht zwiespältig, sondern unbedingt böse gewesen, ausschließlich als religiöse Speerspitze von Imperialismus und Rassismus anzusehen. Jetzt könnte ich erklären, dass ein Geschichtsmuseum nicht so undifferenziert argumentieren sollte. Aber das wäre langweilig.

Aufschlussreicher finde ich es, die dekoloniale Sichtweise, die hier vorgestellt wird, in die Folgegeschichte

der historischen Mission einzuzeichnen. Denn zu deren Paradoxien gehört, dass sie eine Reihe von Gegen-Missionen ausgelöst hat: Indigene Religionen entwickelten im Widerstand gegen sie neue Lebendigkeit oder begannen, in Europa Menschen für sich zu gewinnen. So kann man die heutige Yoga-Bewegung als ungewollte Folge der christlichen Mission in Indien verstehen.

Lässt sich der heutige Dekolonialismus ebenfalls als späte Gegenmission verstehen? Ähnlichkeiten gäbe es: das Arbeiten in Netzwerken, der moralpolitische Aktivismus, die Unbedingtheit der eigenen Überzeugung, aber auch die eigene Verflochtenheit mit staatlicher Förderung. Ich muss diese Frage nicht beantworten. Ich bin ja, wie gesagt, kein Missionar. Ich interessiere mich nur für die Geschichte und Gegenwart verschiedenster Missionen.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON ...

Philipp Gutbrod wird neuer Kulturreferent in Darmstadt

Der Kunsthistoriker Philipp Gutbrod wird der neue Kulturreferent der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Seit 2015 ist er Direktor des städtischen Institut Mathildenhöhe; zuvor war er dort ab 2011 als Kurator tätig. Gutbrod bleibt auch weiterhin Direktor des Institut Mathildenhöhe. Er hat die Bewerbung der Mathildenhöhe Darmstadt als UNESCO-Welterbestätte maßgeblich begleitet und wird daher auch die Funktion des Site Managers der Mathildenhöhe ausüben.

Potsdam: neuer Beigeordneter Torsten Wiegel

Torsten Wiegel wurde von der Stadtverordnetenversammlung Potsdam zum neuen Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport der Landeshauptstadt gewählt. Er folgt damit auf Walid Hafezi, der seine Amtszeit im September 2024 vorzeitig beendete. Wiegel ist seit September 2023 Fachbereichsleiter Kunst und Kultur sowie Stellvertreter der Bürgermeisterin und Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport der kreisfreien Stadt Magdeburg. Er ist für die Zeit von acht Jahren als Beigeordneter gewählt.

Hito Steyerl mit Erich-Fromm-Preis geehrt

Die deutsch-japanische Künstlerin Hito Steyerl ist mit dem Erich-Fromm-Preis 2025 der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft ausgezeichnet worden. »Hito Steyerls Arbeit an der Schnittstelle von Bildender Kunst und Film sowie ihre philosophischen Reflexionen gesellschaftlicher Entwicklungen sind Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftskritik mit den Mitteln der zeitgenössischen Kunst«, hieß es in der Begründung der Jury. Die Kunstprofessorin gehört zu den international wichtigsten Künstlerinnen der Gegenwart. Der Erich-Fromm-Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und würdigt Personen, die sich für humanistisches Denken und Handeln im Sinne des Sozialpsychologen Erich Fromm einsetzen.

Theaterpreis Berlin 2025 an Christopher Rüping

In diesem Jahr wird der Regisseur Christopher Rüping für sein ästhetisch innovatives Werk und seine kollaborative, hierarchiekritische Arbeitsweise mit dem Berliner Theaterpreis ausgezeichnet. Rüping wurde bereits fünfmal zum Berliner Theatertreffen eingeladen und von der Fachzeitschrift »Theater heute« zweimal zum »Regisseur des Jahres« gekürt. Außerdem erhielt er für seine zehnstündige Inszenierung »Dionysos Stadt« den Nestroy-Preis als »Beste Aufführung« im deutschsprachigen Raum. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert. Mit dem Preis werden Künstlerinnen und Künstler geehrt, die nach Einschätzung einer wechselnden Jury herausragende Verdienste um das deutschsprachige Theater erworben haben.

Bernadette Sonnenbichler wird die neue Intendantin des Heidelberger Theaters

Bernadette Sonnenbichler übernimmt die Position der Intendantin des Heidelberger Theaters und Orchesters. Als erste Frau an der Spitze des Theaters tritt sie die Nachfolge von Holger Schultze an, der das Theater seit 2011 leitet. Derzeit ist Bernadette Sonnenbichler Oberspielleiterin und Mitglied der künstlerischen Leitung am Düsseldorfer Schauspielhaus. Als neue Intendantin wird sie neben künstlerischen auch strategische und organisatorische Aufgaben übernehmen.

Mehr Morgenrot

Kulturpolitik in der DDR

Es gab eine Zeit, in der ein deutscher Staat 4,5 Prozent seines Nationaleinkommens der Kultur widmete. Das erfährt man aus Gesprächen des Literaturwissenschaftlers Paul Werner Wagner mit Menschen, die nach 1945 in der Sowjetzone und dann in der DDR Kulturpolitik machten. Der erstaunliche und kreative Raum der kulturpolitischen Freiheit, den sie nach der Befreiung tatsächlich schafften, verkümmerte wenige Jahre später unter dem Einfluss des Stalinismus. Auch davon handeln die Gespräche. Mittlerweile viel reicher, stellt der Staat dem Kulturetat heute eine Null vor das Komma. Diese Diskrepanz allein macht neugierig auf das Buch. Aber da ist mehr. Hier wird Zeugnis abgelegt über jene demokratische und antifaschistische Elite Deutschlands, die den Faschismus mit Mühe und Not überlebt hatte und vom Stalinismus verfolgt, bedrängt und vergrämt wurde. Paul Werner Wagner veröffentlicht jetzt eine Auswahl von dreizehn seiner Zeitzeugen-Gespräche mit Kulturpolitikern, die im Grunde Fremde im eigenen Land blieben. So erfahren wir Verschwiegene und Erstaunliche, Tragisches und Komisches. Verharmlost wird nichts. Angesprochen wird der Putsch gegen den einzigen ernstzunehmenden Versuch, die DDR-Wirtschaft und – eben auch – ihre Kulturpolitik zu reformieren. Aufgezeigt wird, wie biedermeierlich Staatsfunktionäre über Kunst sprachen.

Das Buch kommt als Chronist der Vergangenheit daher, meint aber eine

Zukunft, in der sich Utopie und Realität nicht zwanghaft immer wieder gegenseitig verzweigen. Der konventionelle Westblick taugt da nicht. Das Buch hilft zu verstehen, wie die ungelebte Variante der Geschichte hätte aussehen können und warum die einheitsdeutsche Entwertung der Lebensleistungen im Osten ein vor allem kulturelles Problem ist.

Der Buch-Titel lässt das Licht ausgehen. Sein Inhalt, indessen, ist ein Lob des Morgenrots. Nach großen Kriegen sind Signale aus Kultur und Kunst überlebenswichtig. Das gilt auch im Vorfeld großer Kriege. Also heute. Günther Bachmann

Paul Werner Wagner (Hg.). *Vom Morgenrot zum Abendlicht. Was zu bedenken bleibt – Dreizehn Gespräche zur Kunst und Kulturpolitik in der DDR.* Berlin 2024



Münzgeschichte

Von der Antike bis zur Gegenwart

Noch gibt es sie: Münzen als Zahlungsmittel. Münzen können politische Botschaften transportieren, Kultur(-geschichte) dokumentieren, gar wahre Kunstwerke sein. Der Numismatiker und Historiker Bernd Kluge, ehemaliger Direktor des Münzkabinetts der Staatlichen Museen zu Berlin, erläutert zunächst die wichtigsten Fachbegriffe. Es folgt eine Darstellung der rund 2.500 Jahre umfassenden fast weltweiten Münzgeschichte von ihren Anfängen über das europäische und islamische Mittelalter, den Fernen Osten bis in unsere Gegenwart, in der Münzen als reines Zahlungsmittel ein Auslaufmodell darstellen. Unser heutiges Münzsystem basiert vor allem auf den römischen Kaiser Augustus (um die Zeitenwende), das auf die drei Metalle Gold, Silber und Kupfer gründet. Erfundene wurde das Metallgeld aber bereits von den Griechen, vermutlich im 7. vorchristlichen Jahrhundert. Sie haben es zu einer beeindruckenden Kunstfertigkeit und höchster Qualität gebracht mit Kunstwerken in Miniaturformat. Für sie waren die Münzen Gaben der Götter (»heiliges Geld«) mit Darstellungen aus der Götterwelt. Auf Karl den Großen geht das System einer Silberwährung auf der Grundlage eines einzigen Münzwertes zurück, des Denars (Pfennigs). Das Hochmittelalter ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Münzherren und ihre Münzstätten, die zu zahlreichen Währungen und einer beeindruckenden Münzvielfalt führten. Die Leserschaft erfährt interessante Details über Münzen aus Indien, Afghanistan, Pakistan,

Bangladesch, Nepal, Bhutan oder Sri Lanka. Seit dem späten 19. Jahrhundert nimmt die Bedeutung des Münzgeldes stark ab, denn das Papiergeld verbreitet sich mehr und mehr. Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts spielen dann vor allem Sammler und Gedenkmünzen eine große Rolle, die meist nicht als Zahlungsmittel dienen. In unserer Moderne füllt das Münzgeld oft unnötig unsere Portemonnaies; die Abschaffung der Kleinsmünzen wird immer wieder diskutiert. Die ausgezeichnete Bebilderung in diesem Buch macht Freude und besticht durch die Qualität der Münzbilder. Fazit: Eine flüssig zu lesende knappe Einführung aus der renommierten »C.H. Beck-Wissen«-Reihe für alle, die sich für die Kulturgeschichte des Münzwesens weltweit interessieren. Empfehlenswert!

Thomas Schulte im Walde

Bernd Kluge. *Eine Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart.* München 2016



Schonungslos schön

Aus einem Leben mit Behinderung

In einer Welt, in der Schönheit als Währung fungiert, in der der erste Eindruck zählt, in der Menschen mehr denn je nach Perfektion streben, scheint Chloé Cooper Jones keine Teilnehmerin zu sein. Ihr Körper ist das Ziel abschätziger, bemitleidender und starrer Blicke. Blicke, die sie ausgrenzen und ihr den Zugang zum gesellschaftlichen Raum verwehren. Blicke, die sie als fremdartig abtun.

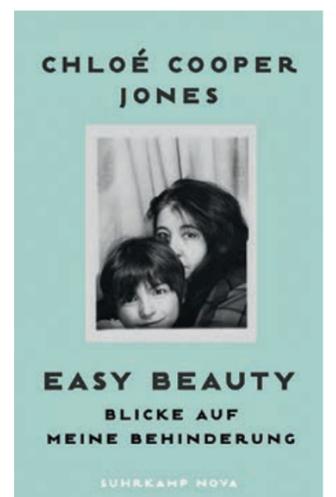
In ihrem Memoir »Easy Beauty« orchestriert Chloé Cooper Jones zahlreiche Begegnungsszenarien, in denen mal mehr und mal weniger Ableismus mitschwingt. So diskutieren zwei ihrer Freunde beim gemeinsamen Bar Abend, ob Jones' Leben denn überhaupt lebenswert sei; ein Fremder verspricht ihr in einer Museumsausstellung unvermittelt, sie heilen zu können; und ihr Schwarm aus der Schulzeit sagt ihr unverfroren ins Gesicht, dass man nur romantisches Interesse an ihr haben könne, wenn man genau so hässlich und verzweifelt sei wie sie selbst.

Wenn ihr solch verbale Gewalt angetan wird, distanziert sich Jones gedanklich von der Realität und zieht sich mental in einen neutralen Raum zurück, der es ihr erlaubt, das Geschehen als Unbeteiligte über sich ergehen zu lassen. Sie distanziert sich von der Realität, nimmt nicht mehr Teil an der Welt, und ihre Hoffnung auf eine Begegnung als Gleichberechtigte bleibt unerfüllt.

Mit ihrer schonungslos ehrlichen Schilderung der Blicke anderer auf sie, aber auch des eigenen Blicks auf sich selbst schafft Chloé Cooper Jones einen lebendigen Zugang zu dem Erleben ihrer Realität; sie lässt uns teilhaben an der Diskriminierung, an ihren internalisierten Glaubenssätzen, aber auch an der Befreiung von diesen.

»Easy Beauty« beschreibt die Suche nach Schönheit und Erfüllung als eine plastische und zugleich philosophische Auseinandersetzung zwischen Körper und Geist, zwischen Möglichkeit und Unmöglichkeit und zwischen Aufbruch und Rückkehr. Eine unglaublich berührende Leseerfahrung. Anna Göbel

Chloé Cooper Jones. *Easy Beauty. Blicke auf meine Behinderung.* Berlin 2024



Emotionale Anker

Warum Verfassungen mehr sind als Worte auf Papier

In ihrem Buch »Verfassungsgefühle« widmet sich die Historikerin Ute Frevert einem überraschend wenig beleuchteten Thema: der emotionalen Beziehung der Deutschen zu ihren Verfassungen. Ihre Erkenntnis, dass Verfassungen nicht nur juristische Regelwerke, sondern auch emotionale Anker des Staatsgefüges sind, macht ihre Analyse ebenso erhellend wie hochaktuell. Sie zeigt auf, wie sehr Emotionen – Hoffnung, Enttäuschung oder gar Gleichgültigkeit – über die Akzeptanz einer Verfassung entscheiden können. Frevert blickt auf über zwei Jahrhunderte zurück und beleuchtet Ereignisse wie das Wartburgfest von 1817, als Verfassungswünsche mit Aufbruchsstimmung, aber auch mit staatlicher Repression einhergingen. Ebenso zeigt sie, wie die Enttäuschung über die Verfassung von 1871 oder die Gleichgültigkeit gegenüber der Weimarer Verfassung politische Fehlentwicklungen begünstigte. Besonders eindringlich ist ihre Analyse des Nationalsozialismus: Während die Weimarer Verfassung formal in Kraft blieb, setzte das NS-Regime auf eine emotionale Bindung an die Person Adolf Hitlers – ein beunruhigendes Beispiel für die Macht emotionaler Narrative. Nach 1945 herrschte in Deutschland zunächst ein nüchterner Pragmatismus gegenüber dem Grundgesetz. Ab den 1970er Jahren entwickelt sich jedoch allmählich ein »Verfassungspatriotismus«, der das Grundgesetz zu einem lebendigen Bestandteil der politischen Kultur machte. Dennoch mahnt Frevert, dass positive Emotionen allein keine Garantie für den Schutz demokratischer Werte bieten – besonders angesichts aktueller

populistischer Strömungen. Das Buch ist ein Lehrstück in politischer Kulturgeschichte, das nicht nur historische Ereignisse neu beleuchtet, sondern auch den Blick auf die Gegenwart und Zukunft der Demokratie schärft. Yvonne de Andrés

Ute Frevert. *Verfassungsgefühle.* Göttingen 2024

**PERSONEN & REZENSIONEN**

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur



THEMA

FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Münzen – mehr als Geld

Die vielfältige Bedeutung und Verwendung von Münzen in Geschichte und Gegenwart

OLAF ZIMMERMANN

Wer kennt nicht das Sprichwort »Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert« oder die Redewendung, dass endlich »der Groschen gefallen ist«. Ein Auslöser für die 95 Thesen Martin Luthers war u. a. das Ablasswesen im 16. Jahrhundert, insbesondere der Ablasshandel durch Johann Tetzel, von dem der Spruch überliefert ist »Sobald der Gülden im Becken klingt im huy die Seel im Himmel springt«. Die Klingelbeutel, mit denen noch heute die Kollekte in evangelischen und katholischen Kirchen eingesammelt wird, hat seinen Namen zum einen von einer kleinen Glocke, die angehängt ist und anzeigt, in welcher Bankreihe sich der Beutel befindet, und zum anderen vom Klingeln der Münzen, die in den Beutel geworfen werden. Weiter sprechen wir vom »Notgroschen«, also der sogenannten eisernen Reserve von privaten Haushalten. Im Märchen »Sterntaler« aus den Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm wird das bitterarme Mädchen, das trotz seiner eigenen Armut aus Mitleid seine Habseligkeiten verschenkt, vom Nachthimmel mit Silbertalern und einem feinen Leinengewand zum Aufsammeln der Taler beschenkt. Geld, und hier besonders Münzen, symbolisieren in der Kunst Reichtum. Der soziale Status wird oftmals durch Münzen angezeigt.

Münzen sind aber auch ein normales Zahlungsmittel. Fast jeder trägt in seiner Tasche zumindest ein paar Cent oder

Euro, und viele, so auch ich, sind an der Supermarktkasse gereizt, wenn jemand auf den Cent genau das Kleingeld abzählt und nicht per Karte bezahlt. Münzen sind ebenso ein beliebtes Urlaubssouvenir. Wer reist, bemerkt, wie einfallreich Münzenprägungen in aller Welt sind, und welche Unterschiede bestehen. Mich fasziniert immer wieder, wie verschiedene Münzen gestaltet sind, welche Größe, welches Gewicht und welche Anmutung sie haben. Ich finde viele Münzen einfach schön, ihre künstlerische Kraft beeindruckt mich. In den Fotografien zu diesem Schwerpunkt habe ich versucht, meine Sicht auf sie festzuhalten.

In der Kulturwissenschaft, insbesondere in der Geschichtswissenschaft, spielen Münzen eine große Rolle. Münzen geben Auskunft über das Leben vergangener Zeiten. Sie zeugen wie der archäologisch wertvolle Müll vom Leben, von Handelsbeziehungen, von wirtschaftlichen Krisen und Aufbruchzeiten, von Migration, von Herrschaftsgebaren und Herrschaftsverehrung. Insbesondere bei der Erforschung jener historischen Epochen, zu denen es wenige schriftliche Zeugnisse gibt, sind Münzen wertvolle, unverzichtbare Forschungsquellen. Dies trifft in besonderem Maße auf die Antike zu.

Die Numismatik, die Wissenschaft zur Erforschung von Münzen, erstreckt sich aber nicht nur auf Münzen im Sinne von Hartgeld. Zur Numismatik gehören ebenso Papiergeld und Medaillen. Die Numismatik zählt zu den sogenannten historischen Hilfswissenschaften und reiht sich damit in die anderen Hilfswissenschaften

wie Aktenkunde, Archivkunde, Diplomatik, Einbandforschung, Epigraphik (Inschriften auf verschiedenen Materialien), Filigranologie (Wasserzeichenkunde), Genealogie, Heraldik (Wappenkunde), Historische Chronologie, Historische Fachinformatik, Historische Linguistik, Historische Metrologie (Gewichtskunde), Ikonografie, Kodikologie (Handschriftenkunde), Paläografie (Wissenschaft von der Entwicklung der Schrift), Realienkunde (Insignienkunde), Visual History (Historische Bildkunde) und Sphragistik (Siegelkunde) ein. In der genauen Erforschung von Objekten sowie dem Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Objekten liefern sie der Geschichtswissenschaft grundlegende Informationen. Die historischen Hilfswissenschaften werden auch als »kleine Fächer« bezeichnet, da nur sehr wenige Lehrstühle mit auf den jeweiligen Fachgegenstand spezialisierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorbehalten werden.

Münzen sind aber nicht nur für die Wissenschaft relevant. Sie sind beliebte Sammlungsstücke. Es besteht eine rege Sammlerszene, die teils sehr spezialisiert ist.

Münzkabinette in Museen sind wahre Schatzkammern. Nicht nur wegen des materiellen Werts der ausgestellten Münzen, sondern weil sie anschaulich über die Entstehung und Schwerpunkte von Sammlungen informieren. Münzkabinette deutscher Museen sind daher auch ein lebendiges Zeugnis des Föderalismus und geben Auskunft über die Geschichte und Höhepunkte bestimmter Regionen.

Mich fasziniert immer wieder, wie verschieden Münzen gestaltet sind, welche Größe, welches Gewicht und welche Anmutung sie haben. Ich finde viele Münzen einfach schön, ihre künstlerische Kraft beeindruckt mich

Die Zeit der Münzen neigt sich dem Ende zu. Es ist zwar praktisch, aber dennoch ein kultureller Verlust, dass in manchen Ländern die Zahlung mit Bargeld kaum mehr möglich ist. Und selbst in dem bargeldverliebten Deutschland wird früher oder später das Münzgeld verschwinden.

Dass Münzen nicht nur ein Thema der Geschichtswissenschaft oder unseres aktuellen Zahlungsverhaltens an der Supermarktkasse sind, sondern eine sehr aktuelle Bedeutung haben und ein lebendiges Zeugnis der Demokratie sind, darauf hat mich Olaf Gehrke, Referatsleiter bei der Beauftragten für Kultur und Medien, immer wieder aufmerksam gemacht. In seinen Zuständigkeitsbereich fallen u. a. Münzen und Medaillen, und er hat mir gezeigt, wie aktuell die Auswahl von Münzmotiven ist und welche künstlerische Kraft bei der Münzgestaltung verlangt wird. Bernhard Weisser, Direktor des Münzkabinetts der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, hat mir Einblick in die Schönheiten dieser bedeutenden Sammlung gewährt und mich auf besondere Münzen hingewiesen. Bei der Planung dieses Schwerpunkts waren sowohl Bernhard Weisser als auch Olaf Gehrke wichtige Ratgeber. Herzlichen Dank dafür!

Ich wünsche den Leserinnen und Lesern viel Spaß beim Eintauchen in diesen Schwerpunkt zu einem Gegenstand, den jeder tagtäglich in der Hand hält und der doch weit mehr als Geld ist.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Multifunktional, wandelbar und doch beständig

Über Geschichte und Funktionen von Münzen und Medaillen

BERNHARD WEISSER

Seit rund 2.700 Jahren sind Münzen in Gebrauch. Erfunden wurde diese praktische Kulturtechnik in der heutigen Türkei. Schon die ersten Münzen waren Produkte damaliger Spitzentechnologie. Sie sahen aus wie Gold, bestanden aber aus einer Legierung von Gold und Silber, dem sogenannten Elektron. Die Gewinnung des Metalls und die Herstellung der immer gleichen Legierung der Münzschrotlinge erforderte gute metallurgische Kenntnisse. Von vornherein gab es auch eine Stückelung der Münzen in bis zu neun verschiedene Werte, sogenannte Nominale, und das Gewicht jeder Münze war sehr genau.

Die ersten Jahrzehnte der Münzprägung blieben dem Elektron vorbehalten. Dies ist durchaus bemerkenswert, denn die im Elektron bestehende Mischung aus Gold und Silber eröffnete dem Herausgeber (Münzherrn) verschiedene Möglichkeiten, den Geldmarkt und das Produkt zu

seiner Haltbarkeit für den Fernhandel gut geeignet war, wurde nach Gewicht getauscht. Der Wert des Metalls richtete sich nach dem Aufwand der Gewinnung, der Seltenheit und der Metalleigenschaften. Gold ist am aufwendigsten zu gewinnen und war stets 12- bis 20-fach wertvoller als Silber. Heute liegt die Gold-/Silber-Ratio meist über 70. Beide Metalle lassen sich gut bearbeiten und eignen sich aufgrund ihrer Eigenschaften gut für Schmuck. Durch Zulegierung unedler Metalle werden die Münzen härter und haltbarer. Dadurch sinkt aber auch ihr Metallwert. Das sogenannte Greshamsche Gesetz besagt, dass im Laufe der Zeit guthaltige Münzen durch minderwertige ersetzt werden. Durch zu schnelle Münzverschlechterung kann ein Münzherr das Vertrauen in das Wertaufbewahrungsmittel beschädigen, Inflation und Staatskrisen auslösen. Das Münzgeld dient als Recheneinheit, da es Produkte oder Arbeit bepreist und so vergleichbar macht. Münzen werden dadurch zu einem Kommunikationsmedium innerhalb von

wir nur dem Namen nach kennen, zeigen deren Münzen, was den Prägeverantwortlichen wichtig war: welche Götter verehrt, welche Güter produziert wurden u. a.

Der Zeugniswert alter Münzen und ihre identitätsstiftende Funktion wurde schon in der Antike erkannt und genutzt. Das Wissen um die Haltbarkeit von Münzen führte im Jahr 536 n. Chr. zu folgender Ermahnung an den Leiter des Schatzamtes: »Du lässt Münzen schlagen, damit sie künftigen Jahrhunderten von unseren Zeiten Nachricht geben.« Im Mittelalter gehörten den Reliquien auch vielerorts die »Dreißig Silberlinge« an, für die Judas Jesus Christus verraten habe. Die Münzporträts auf Karl den Großen (um 800) und den Stauferkaiser Friedrich II. (1197–1250) sind ohne die genaue Kenntnis antiker römischer Münzbildnisse nicht vorstellbar. Seit der Renaissance werden alte Münzen gesammelt und in Systemen geordnet. Die Anlage einer Münzsammlung war auch Gelehrten und Bürgerlichen möglich, die nicht über die Geldmittel des Adels

Das Wissen um die Haltbarkeit von Münzen führte im Jahr 536 n. Chr. zu folgender Ermahnung an den Leiter des Schatzamtes: »Du lässt Münzen schlagen, damit sie künftigen Jahrhunderten von unseren Zeiten Nachricht geben.«

Ganze Geschäftsmodelle beruhen darauf, dass Kunden suggeriert wird, Medaillen seien mit Münzen gleichzusetzen. Wenn eine Medaille etwa einer 20-Euro-Gedenkmünze im Aussehen ähnelt und sogar von einer Staatlichen Münzprägestalt mit denselben Prägwerkzeugen wie eine Münze hergestellt wurde, kann geschicktes Marketing unter Verwendung von Begriffen wie »Volksmedaille« oder dem Einsatz der Deutschlandflagge suggerieren, das Stück mit sehr viel geringeren Produktionskosten sei wenigstens 20 Euro wert. Zeitschriften sind voll mit Anzeigen, die bei Kunden, die darauf hereinfliegen, Enttäuschung verursachen. Denn diese erzielen beim Wiederverkauf ihrer Medaillen meist nur maximal den viel geringeren Materialwert. Manchmal wäre zu wünschen, dass wie bei Zigaretten diese Anzeigen mit dem Warnhinweis versehen werden müssten: »Achtung. Diese Medaille gefährdet Ihren Geldbeutel!«. Zur Verwirrung trägt vielleicht auch bei, dass unsere 20-Euro-Gedenkmünzen nur in Deutschland gesetzliches Zahlungsmittel sind, im übrigen Euro-Raum aber nicht.

Die Personenmedaille ist eine Erfindung der Antike. Sie ging aus der Münzprägung hervor, die zunächst Herrscher wie die persischen Großkönige, ihre Satrapen oder makedonische Könige abbildete. In der mittleren römischen Republik begannen die Münzmeister, Verdienste ihrer Familien und Vorfahren auch auf Münzen zu preisen. Bildnisse lebender Personen entstanden zuerst in den mobilen Heeresmünzstätten von Feldherren wie Sulla und Caesar. Augustus bildete ein neues Regierungssystem, das ganz auf die Herrschaft einer einzelnen Person aufgrund seiner »auctoritas« ausgerichtet war. Es wurden Porträts geschaffen, die auf die individuelle Wiedererkennbarkeit der Angehörigen des Herrscherhauses setzten. Ihre Bildnisse wurden nicht nur mit Statuen und Porträts, sondern auch millionenfach in Form von Münzporträts bis in entlegene Regionen des Römischen Reiches verbreitet. Gleichzeitig entstanden Medaillen mit den Porträts der römischen Kaiser. In Gold und Silber waren sie häufig Multipla von Gold- und Silbermünzen. Diese wurden gerne als wertvolle Geschenke (donative) genutzt. In Bronze ausgeführt, beeindruckten nicht der materielle Wert, sondern die Größe, die künstlerische Ausführung und die Wertschätzung, die der Beschenkte mit der Gabe erfuhr. Die Wiederentdeckung des Individuums in der Renaissance führte zu einer erneuten Blüte der Personenmedaille, die als Freundschaftsgabe und Erinnerungszeichen verstanden und nun auch im Bürgertum populär wurde. In den »Wahlverwandtschaften« beschreibt Johann Wolfgang von Goethe, selbst ein Medaillensammler, wie Medaillen gebildete Unterhaltungen und Gespräche flankieren konnten. Auswüchse der Diktaturen mit ihrem Personenkult und ein tiefes Misstrauen gegenüber der Überhöhung Einzelner brachten auch die Personenmedaille in Verruf. Das Medaillenporträt als Gattung der Reliefkunst wird heute von verhältnismäßig wenigen Bildhauerinnen und Bildhauern auf hohem Niveau gepflegt. Negativbeispiele wie die Personenmedaillen, die im Zusammenhang mit dem Berlinmarathon auf frühere Sieger entstehen, gibt es dagegen leider viele. Die Münzkabinette gehören aber zu den Einrichtungen, die die Medaillenkunst schätzen, und es ist ihnen nicht egal, welche Münzen und Medaillen von unserer Gegenwart Zeugnisse für zukünftige Generationen sein werden. Darin sind wir uns einig mit dem Münzmeister des 6. Jahrhunderts. Wie in anderen Kunstgattungen entscheiden aber auch bei der Kunstmedaille vor allem die Sammler aufgrund ihres individuellen Geschmacks, welche Objekte die Zeiten überdauern.

Bernhard Weisser ist Direktor des Münzkabinetts der Staatlichen Museen zu Berlin (Preußischer Kulturbesitz). Er ist Vorsitzender der Numismatischen Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und im Vorsitz des Internationalen Numismatischen Rates



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

beeinflussen. In der Regel übersteigt der Wert, den der Münzherr der Münze zumisst, den Materialwert. Der sogenannte Schlagschatz deckt die Produktionskosten ab und bietet einen Gewinn. Die Nutzen der Münze vertrauen dem Münzherrn, dass sie damit Produkte zu dem von diesem garantierten Wert eintauschen können. Der Materialwert der Münze bietet eine gewisse Sicherung, insbesondere, wenn die Münze das vorgesehene Umlaufgebiet verlässt. Die Nutzung einer Legierung konnte drei Gründe haben: Da die Herstellung aufwendig war, wurden Fälschungen erschwert. Umgekehrt konnte man verhindern, dass die Münze gleich wieder eingeschmolzen und zu einem goldenen Schmuckstück verarbeitet wurde. Zum dritten konnte man durch die Hinzufügung von Kupfer als drittem Element den Goldanteil verringern und das Produkt so manipulieren. Spätestens unter dem sagenhaften König Kroisos ging man um die Mitte des 6. Jahrhunderts v. Chr. dazu über, Münzen in reinem Gold und Silber zu prägen. Mit Beginn des 5. Jahrhunderts v. Chr. kam dann die Bronze als ein weiteres Münzmetall hinzu.

Münzen erfüllen vier Funktionen. Sie dienen der Wertaufbewahrung, sie sind Recheneinheiten, sie sind Zahlungs- und Kommunikationsmittel. Viele Gesellschaften funktionieren ohne Münzgeld. Weder die Hochkulturen des Vorderen Orients oder Ägyptens noch die Minoer oder die homerische Gesellschaft kannten das Münzgeld. Handel erfolgte als Tauschgeschäft: Fische gegen Stoffe, Getreide gegen Vieh, Vieh gegen Waffen oder Schmuck. Wertbeständiges Metall, das aufgrund

Wirtschaftssystemen. Durch die immer gleichen Gewichte kann der Nutzer sich die Verwendung einer Waage ersparen und braucht nur dann den Geldwechsler als Experten, wenn Währungen zu tauschen sind oder Zweifel an der Echtheit aufkommen. Münzbesitz erhöht die Mobilität der Menschen. Nicht zuletzt sind Münzen Träger von Text- und Bildbotschaften. Sie waren das einzige Massenmedium der Antike und transportierten die gewünschten Mitteilungen bis in die entlegenen Gegenden der jeweiligen Herrschaftsgebiete und gelegentlich auch darüber hinaus.

Münzen sind sogenannte Primärquellen. Sie zeigen, wie ein Münzherr sich den Nutzenden präsentierte. Das kann zuweilen auch verstörend sein. Die Ermordung des Gaius Iulius Caesar im Jahr 44 v. Chr. durch römische Senatoren wurde in der antiken Geschichtsschreibung einhellig verurteilt. Der Attentäter Marcus Iunius Brutus ließ in seiner Feldmünzstätte jedoch Münzen prägen, auf denen er behauptete, durch die Ermordung Caesars habe er der versklavten Römischen Republik die Freiheit wiedergegeben. In dieser Überzeugung starb er 42 v. Chr. in der Schlacht bei Philippi. Der römische Bürgerkrieg ging aber weiter und brachte noch manche Münze hervor, die einen unverstellten Blick auf die Umbruchzeit zwischen der späten Republik und der Alleinherrschaft des Augustus ab 30 v. Chr. bieten. So ließ sich Marcus Antonius gemeinsam mit der ägyptischen Pharaonin Kleopatra auf Münzen darstellen, was ihm von Gegnern in Rom den Vorwurf einbrachte, selbst eine Königsherrschaft über Rom anzustreben. Von manchen Orten, die

verfügten. Und bis heute ist das Sammeln alter Münzen ein weit verbreitetes Hobby: In Deutschland ist es zurzeit nach dem Sammeln von Büchern das zweitbeliebteste Sammelgebiet. Die Motive dafür sind so vielfältig wie die Sammlerpersönlichkeiten selbst. Häufig ist als Grund zu hören, Geschichte im wörtlichen Sinne begreifen zu wollen. An die Idee des Reliquienkultes etwa erinnert die Aussage, man wolle eine Münze haben, die Jesus in der Hand gehalten haben könne. Bis heute dauert auch die Aufgabe an, die Prägertätigkeiten früherer Zeiten zu rekonstruieren. Im Laufe der Zeit hat sich aus verschiedenen Fragestellungen das wissenschaftliche Fach Numismatik (von nomisma = griechisch für Münze) gebildet. Es hat eigene Methoden; ein weiteres Merkmal ist, dass sich auch interessierte Sammler am Forschungsfortschritt beteiligen. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts bietet die digitale Transformation Chancen zu neuen Erschließungswegen und Erkenntnisgewinn im Verbund der Geisteswissenschaften.

Die Medaille ist die kunstvolle Schwester der Münze. Sie unterscheidet sich von dieser vor allem durch ihre Funktion. Die Münzprägung ist ein Hoheitsrecht. Hinter jeder Münze steht eine Autorität, z. B. ein Staat, die den Wert des Zahlungsmittels festlegt und garantiert. Dagegen kann jede und jeder eine Medaille in Auftrag geben. Eine Medaille ist kein Zahlungsmittel. Dieser sehr grundsätzliche Unterschied kann gar nicht genug betont werden. Eine Medaille kann aber viele Eigenschaften der Münze aufweisen, wie ihr Material, ihre Herstellungsweise und Größe, was zu Verwirrungen führen kann.

Münzen als »Denkmäler für die Tasche«

Der Spagat zwischen ideellem Wert, künstlerischem Anspruch und finanzieller Bedeutung

DENNIS MAJEWSKI

Die frühesten Münzen in der Form, wie wir sie kennen, datieren schon auf eine Zeit um etwa 600 v. Chr. Bildliche Darstellungen auf Gold, Silber und Bronze zeigten bereits seit der Antike große Ereignisse und Entwicklungen in Kultur, Natur und Gesellschaft. Auch heute noch spielen Münzen eine wichtige Rolle, zum Beispiel als Umlaufgeld in unseren Geldbeuteln. Seitdem Menschen Münzen mit einer Absicht prägen, die über die ausschließliche Funktion als Tauschmittel hinausgeht, stellt sich die Frage, warum ein Staat überhaupt Gedenk- und Sammlermünzen emittiert und welchen anderen Zwecken eine solche Ausgabe von Münzen dienen soll.

Im Gegensatz zur Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur, der Gewährleistung von Innerer Sicherheit oder Unterstützung durch Sozialleistungen ist das Herausgeben von Sammler- und Gedenkmünzen in Deutschland – und wohl auch darüber hinaus – kein Teil der staatlichen Daseinsfürsorge. Vielmehr handelt es sich um eine freiwillige öffentliche Aufgabe, da nach § 2 (1) Münzgesetz der Bund solche Münzen ausprägen kann, aber nicht muss.

Gleichwohl hat die Ausgabe von Gedenk- und Sammlermünzen in Deutschland eine lange Tradition. In der jüngeren Münzgeschichte machten hier die 2- und 5-Markmünzen aus Anlass des 200-jährigen Bestehens des Königreichs Preußen im Jahr 1901 den Auftakt. Einem systematischeren Münzwesen begegnet man dann in den Zeiten der Weimarer Republik mit ihren 3- und 5-Mark-Gedenkmünzen. Bereits hier steht jedoch nicht mehr allein der gedenkende Aspekt im Vordergrund; hinzu treten ein verstärkt künstlerischer Anspruch sowie der positive finanzielle Aspekt für den Reichshaushalt. Als nach dem Zweiten Weltkrieg, zu Beginn der 1950er Jahre, die Überlegungen zur Ausprägung von Gedenkmünzen wieder aufgenommen wurden, hat das damalige Bundesministerium der Finanzen bereits auf diese Facetten hingewiesen: »Das Deutsche Reich hat von jeher – wie alle Kulturstaaten – aus den verschiedensten, mehr oder weniger bedeutenden Anlässen Gedenkmünzen ausgegeben. Diese Maßnahme ist von

ideellem Wert (Förderung der Kunst, Gedenken an Persönlichkeiten oder Ereignisse u. a.) und für den Staat als den Inhaber des Münzregals zugleich von finanzieller Bedeutung. Gedenkmünzen werden gesammelt, der Staat erzielt einen bleibenden Münzgewinn.« Die Erzielung von Einnahmen stand erstmals bei der Ausgabe der 10-DM-Münzen anlässlich der Olympischen Spiele 1972 deutlich im Vordergrund.

Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat das Bundesfinanzministerium jedoch die ideelle Bedeutung des Münzwesens »mit seinen vielfältigen reliefplastischen Miniaturen [als] Teil des geistig-kulturellen Gedächtnisses« und ihre identitätsstiftende Rolle »für den Staat und seine Bürger« betont. Gleichzeitig hat mit der Währungs- umstellung von D-Mark zu Euro ein erheblicher Wandel in der Ausgabe- politik des Bundes eingesetzt. Mit der Einführung der Goldmünzen und der Erweiterung des Portfolios im 5- und 10-Euro-Polymerringbereich wurden neue Zielgruppen erschlossen. Jedoch wurde auch hier stets auf eine herausragende Bedeutung der für die Gestaltung der Münzen vorgegebenen Themen geachtet. Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien formulierte

Mit der Währungs- umstellung von D-Mark zu Euro hat ein erheblicher Wandel in der Ausgabe- politik des Bundes eingesetzt

es 2005 etwas pathetisch: »Es gehört zu den besten Traditionen eines Landes, Gedenk- und Sondermünzen zu prägen. Sie dienen einem politischen und künstlerischen Selbstverständnis und versammeln die Ikonen ihrer Zeit. (...) Sie tragen dazu bei, das Jetzt im Gestern zu verankern und für die Zukunft aufzutun.«

Diese beiden bzw. drei Traditions- stränge (ideeller Wert, künstlerischer Anspruch und finanzielle Bedeutung) haben ihren Niederschlag nach wie vor

auch in der aktuellen Ausgabe- politik gefunden. Auch heute sollen mit der Emission von Sammler- und Gedenkmünzen kulturpolitische Zwecke nachhaltig gefördert und der Bekanntheits- grad der Münzen in der Bevölkerung gesteigert sowie Nettoeinnahmen für den Bund generiert werden. Zur Würdigung von historisch, kulturell oder gesellschaftspolitisch bedeutsamen Themen gibt der Bund daher die deutschen Sammlermünzen heraus. Alle Bürgerinnen und Bürger können dabei Themenvorschläge für deutsche Euro- Sammlermünzen einreichen. Ein Expertengremium gibt nach ausführlicher Diskussion seine Empfehlungen zur Themenwahl ab. Die finale Auswahl obliegt jedoch dem Bundesminister der Finanzen als sogenanntem »Münzherr«. Dabei treten neben den Münzen mit klassisch anmutenden Porträtabbildungen auch verstärkt populäre Motive wie z. B. die »Sendung mit der Maus«, »Loriot« oder Motive aus der Tierwelt und Wissenschaft und Technik auf. Zur Findung der Münzmotive werden dann Gestaltungswettbewerbe ausgeschrieben und in einer Jurysitzung ein Siegerentwurf ermittelt. Bevor dieser jedoch geprägt werden kann, ist in Deutschland eine Beschlussfassung durch das Bundeskabinett vorgesehen. Die Prägung erfolgt dann in den fünf Münzstätten der Länder. Aus welcher Präge- stätte eine Münze stammt, lässt sich anhand des sogenannten Prägebuch- stabens erkennen: Dabei steht das »A« für Berlin, das »D« für München, das »F« für Stuttgart, das »G« für Karlsruhe und das »J« für Hamburg.

Die deutschen Münzen zeichnen sich durch eine hohe künstlerische und handwerkliche Qualität aus, die vor allem durch die Durchführung von Münzwettbewerben gewährleistet wird. Dadurch sind die bundes- republikanischen Münzen ein Aushän- geschild der Kunstgattung »Geprägtes Kleinrelief« auf Wertgegenständen. Alle für die Münzgestaltung qualifizierten Teilnehmenden haben die Möglich- keit, mit den Besten des Genres (Ges- taltung und Gravur) in den Wettbe- werb zu treten. In der Bundesrepublik hat sich die Form der Einladungswett- bewerbs etabliert, bei dem Künstlerinnen und Künstler aus einer bestehen- den Datenbank ausgewählt und zur

Abgabe von Wettbewerbsarbeiten ein- geladen werden. In diese Datenbank können grundsätzlich alle aufgenom- men werden, die die formalen Kriterien erfüllen. Zur Förderung junger Künst- lerinnen und Künstler im Bereich der Münzgestaltung sowie im Hinblick auf die Erweiterung der Kartei führt der Bund in unregelmäßigen Abständen –

Zur Würdigung von historisch, kulturell oder gesellschafts- politisch bedeutsamen Themen gibt der Bund die deutschen Samm- lermünzen heraus

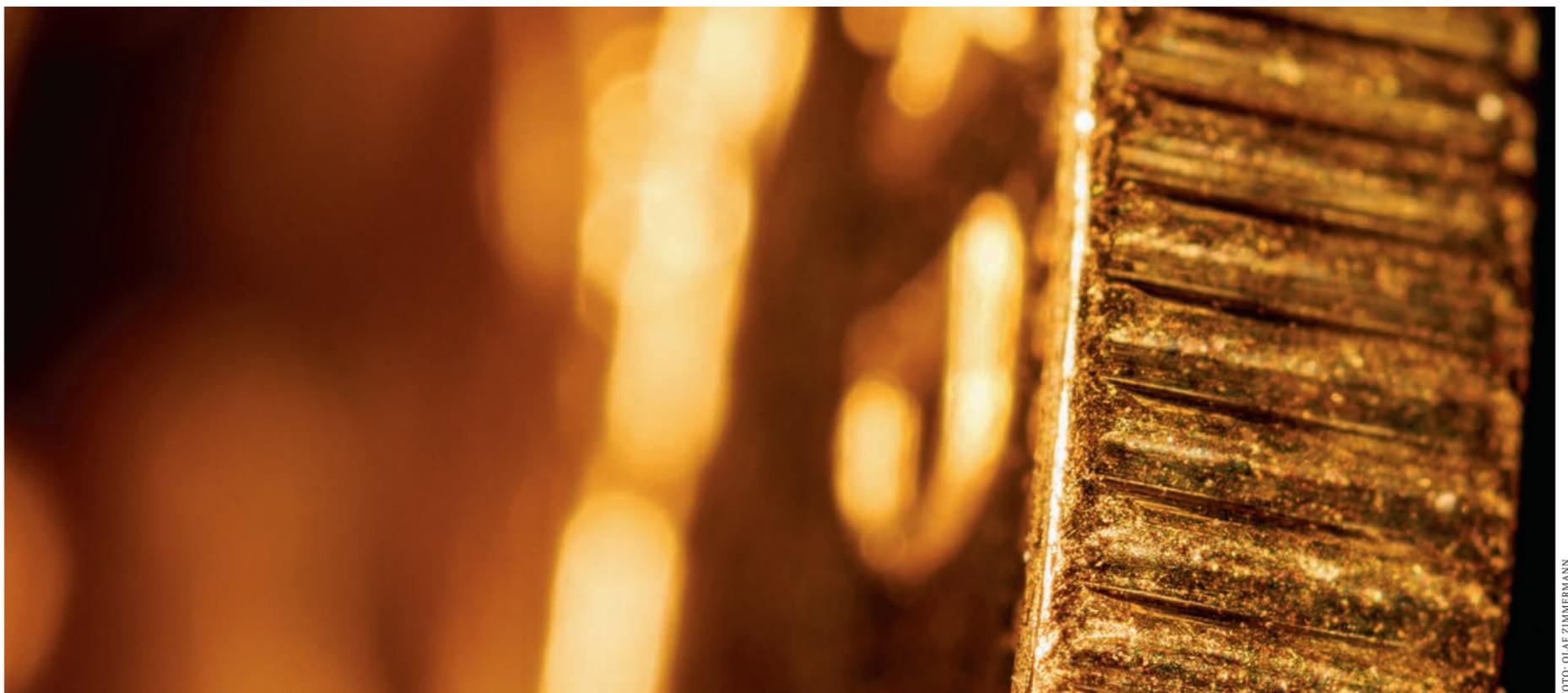
ca. alle zwei Jahre – Nachwuchswett- bewerbe durch. Hierbei werden gezielt Kunsthochschulen angesprochen, an denen entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge angeboten werden. Der Wettbewerbscharakter ermöglicht das beste Ergebnis für die Münzgestaltung. Die Sammlermünzen erhalten dadurch einen hohen künstlerischen Stellenwert, der mit zeitgenössischen Kunstgattun- gen wie Malerei, Bildhauerei etc. ver- gleichbar ist. Dabei wird auf die »Richt- linien für Planungswettbewerbe« zu- rückgegriffen, die eine normierte, faire und nachvollziehbare wie transparente Auswahl ermöglichen. So ist der Gestal- tungswettbewerb überhaupt der beste Garant, um das hohe Niveau zu halten. Gleichwohl bleibt es Sache der Künstler wie der Preisrichter, zwischen der Gefälligkeit der Motivgestaltung und dem künstlerischen Anspruch die richtige Balance zu finden. Darüber hinaus kön- nen andere Formen der Motivauswahl erfolgreich sein, wenn sie die oben ge- nannten Ansprüche garantieren können. Insbesondere bei technischen Neuerun- gen müssen die Teilnehmenden früh- zeitig mit den Herausforderungen ver- traut gemacht werden, um optimale Er- gebnisse zu erzielen.

Florian Mausbach, der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Bau- wesen und Raumordnung, in des- sen Aufgabenbereich die Münzwett- bewerbe bis 2017 lagen, bezeichnete die Gedenk- und Sammlermünzen einst als

»Denkmäler für die Tasche«, da sie den Staat und seine Werte repräsentieren und gestalten. Die bundesrepublikanischen Gedenk- und Sammlermünzen sind per se gesetzliches Zahlungsmittel; für deren Akzeptanz und Wertigkeit ist es verpflichtend, auf der Wertseite neben der Angabe des Nominals und Nennung des Herausgebers auch den Bundesadler als Wappentier zu zeigen. Die Grundlagen der Gestaltung des Adlers gehen auf die »Bekanntmachung betreffend das Bundeswappen und den Bundesadler« aus dem Jahr 1950 durch den Bundespräsidenten Theodor Heuss zurück. Diese nennt die wesentlichen Bestandteile, die der Adler erfüllen muss, doch bleibt die künst- leri- sche Ausgestaltung für jeden be- sonderen Zweck ausdrücklich vorbe- halten. Daher sind die Bundesadler der deutschen Münzen auch so individu- ell wie ihre Bildseiten. Allerdings gibt es dennoch Vorgaben, die ein Adler erfüllen muss, wenn er auf einer Münze landen will. So muss er in einer »einem Staatselement angemessenen würdi- gen Form« dargestellt werden und darf selbstverständlich keine Anlehnungen an die Reichs- und Partei-Adlerdarstel- lungen der NS-Zeit zeigen. In jüngerer Zeit ist man auch dazu übergegangen, im Hinblick auf eine würdige Darstel- lung, die Bewegungsfreiheit des Adlers einzuschränken. So muss er nun sta- tisch dargestellt werden und darf kei- ne Bewegungen zeigen.

Das Münzwesen ist einem ständi- gen Wandel und Umbruch unterworfen. In der rund 2500-jährigen Geschichte haben sich Gestalt und Material mehr- fach verändert und neue Bezahlmög- lichkeiten wie Banknoten, Kreditkar- ten und Onlinebezahlssysteme haben der Münze als Zahlungsmittel längst den Rang abgelassen. Geblieben ist den »Taschendenkmälern« ihr ideeller Wert, ihr künstlerischer Anspruch und ihre finanzielle Bedeutung für den Bundes- haushalt. Diese drei, mitunter wider- strebenden Stränge zu einem Strang zusammenzuflechten bleibt auch zu- künftig eine Herausforderung für die beteiligten Akteure.

Dennis Majewski ist Referent für Münzwettbewerbe und Marketing bei der Münze Deutschland im Bundesverwaltungsamt (BVA)



Bildsprache mit komplexen Botschaften

Münzen als historische Quellen

REINHARD WOLTERS

Münzen gibt es seit mehr als 2.500 Jahren, sie sind die erfolgreichste Form des Geldes. Über die wirtschaftliche Funktion hinaus waren die Bilder und Legenden der Münzen auch wichtige Medien der zeitgenössischen Kommunikation. Für die Geschichtswissenschaften sind sie wiederum eine wichtige Quelle zur Rekonstruktion vergangener Zeiten. Keine andere Quellengruppe ist so vollständig überliefert wie die Münzen: Von nahezu jedem ausgeprägten Bildtyp hat sich in der Regel zumindest eine Münze bis heute erhalten. Besonderes Gewicht besitzen Münzen als Quelle für Epochen ohne detaillierte schriftliche Überlieferung, wie die Antike.

In den Motiven drückten sich Bürgeridentität und Stolz auf die eigene Stadt aus. Wichtig waren die Bilder auch im äußeren Verkehr

Die ersten Münzen wurden um die Mitte des 7. Jahrhunderts v. Chr. im lydischen Kleinasien hergestellt. Sie bestanden aus einer Gold-Silber-Legierung, dem Elektron, das in sorgfältig unterteilten Gewichtsstufen von 17,5 bis hinunter zu 0,15 Gramm ausgegeben wurde. Die vorgefertigten und genormten Metallstücke ersparten das Abwiegen und ermöglichten beim Tausch ein komfortables Zählen. Ein Siegel garantierte Gewicht und Substanz. Häufiges Symbol war der Löwe, der als Wappen der herrschenden Mermnadendynastie auf den lydischen König als Prägeherrn verwies.

Die Idee normierter Metallstücke wurde schon bald in der benachbarten griechischen Welt übernommen. Vorherrschendes Metall war Silber, welches dort schon zuvor für Tauschzwecke und Angabe von Werten vielfach genutzt wurde. Die Prägungen wurden von politisch selbständigen Städten, den Poleis, verantwortet. Diese gaben sich in den Münzbildern zu erkennen. Prominent ist die Eule auf den attischen Münzen. In den gewählten Motiven drückten sich Bürgeridentität und Stolz auf die eigene Stadt aus. Wichtig waren die Bilder auch im äußeren Verkehr, denn sie ermöglichten es, die jeweils verantwortende Stadt zu identifizieren und so die Vertrauenswürdigkeit der Münze abzuschätzen. Weiterhin war dem Münzbild zu entnehmen, welches der verschiedenen lokalen Gewichtssysteme der Prägung zugrunde lag und welche Formeln es beim Zählen und Berechnen der fremden Währung anzuwenden galt. Bereits um 500 v. Chr. war die Münzprägung im Mittelmeerraum breit etabliert. Die Vielzahl der Prägeherrn machte es geradezu notwendig, dass die einmal eingeführten Münzmotive beibehalten wurden und sich allenfalls stilistisch weiterentwickelten.

Doch nicht jede Polis stellte eigene Münzen her, und an manchen Orten musste man auf fremde Münzen zurückgreifen. Die wenigsten Städte verfügten über eigene Edelmetallressourcen. So musste das Metall entweder zugekauft werden, oder aber man schmolz einströmende fremde Münzen ein bzw. überprägte sie. Wenn

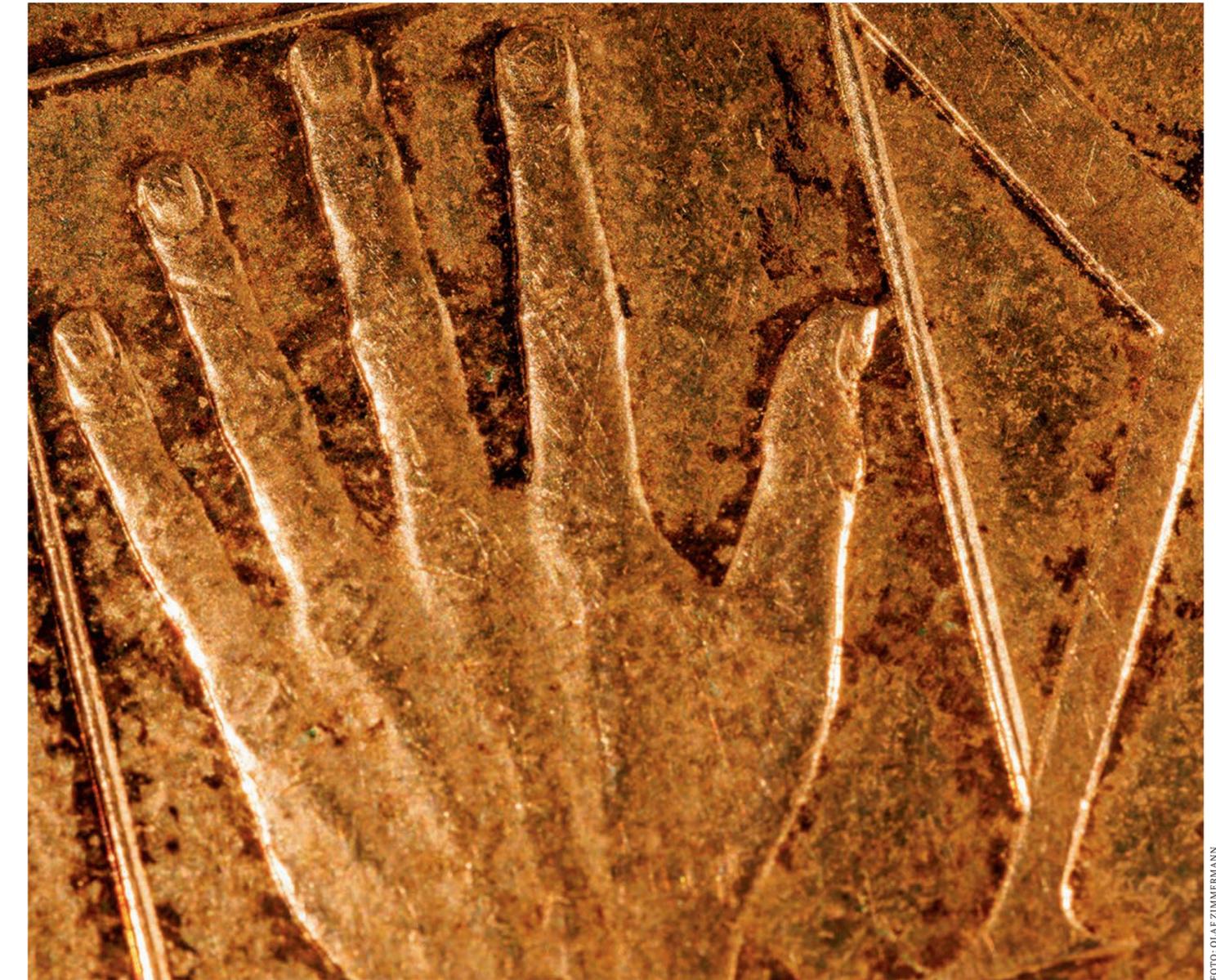


FOTO: OLAF ZIMMERMANN

die griechischen Kolonien dabei häufig Agrarmotive und Süßwassergottheiten auf ihre Neuprägungen setzten, so drückt sich darin nicht nur üblicher städtischer Stolz aus, sondern über den Rückfluss ihrer Münzen wollten die Neusiedler fraglos die Daheimgebliebenen mit der Attraktivität der neuen Lebensumgebung beeindrucken.

Mit Einsetzen der Münzprägung waren nicht sofort alle Lebensbereiche monetarisiert – andere Austauschformen lebten fort. Für Alltagsgeschäfte war der Wert der Edelmetallmünzen zudem zu hoch und die Kleinstnominale waren unhandlich. So begannen in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts v. Chr. erste Städte mit der Ausprägung von Buntmetallmünzen. Diese waren zu festen Kursen an das vollwertige Silber gekoppelt. Diese fiduziären, d. h. auf rechtlichen Regelungen und mithin Vertrauen basierenden Münzen, deren Nominalwert sich nicht aus der Substanz der Münzen ableiten ließ, waren ein bedeutender Durchbruch für die Geldwirtschaft. Die von einer Polis gegebene Wertgarantie konnte zwar im äußeren Verkehr nicht mehr eingelöst werden, doch spielte Kleingeld – wie heute auch – im Fernhandel nur eine untergeordnete Rolle.

Durch den Eroberungszug Alexanders des Großen wurde am Ende des 4. Jahrhunderts v. Chr. die Welt der Polis durch große Territorialstaaten abgelöst. An deren Spitze stand ein König. Die Münzprägung erfolgte jetzt für gewaltige Reiche unter zentraler Regie. Die Vorderseiten trugen in der Regel das Porträt des Herrschers. Die Porträtmünze festigte seine Legitimität, zugleich verkörperte sich im Herrscher die Reichsidee. Durch das Zusammenspiel von Bild und Titulatur auf den Münzen ist es der Archäologie überhaupt erst gelungen, die zahlreichen namenlosen rundplastischen

Porträts von Herrschern oder deren Angehörigen zu benennen. Auch viele bedeutende Politiker der römischen Republik wie Pompeius oder Caesar oder die römischen Kaiser sind erst über die Münzen im Bild bekannt.

Den hellenistischen Reichen folgte das Imperium Romanum nach, das sich innerhalb von zwei Jahrhunderten über den gesamten Mittelmeerraum ausdehnte. Nicht nur das Reich, sondern auch die römischen Münzen wurden im gesamten Mittelmeerraum konkurrenzlos. Im »Weltreich ohne Ende« entfiel die Funktion der Münzbilder für die Wiedererkennung im äußeren Verkehr. Dies schuf Raum für eine Kommunikation nach innen, und bald schon wechselten die Münzbilder jährlich. Dabei nutzten die für die Prägung zuständigen Beamten die Münzen

Mit Einsetzen der Münzprägung waren nicht sofort alle Lebensbereiche monetarisiert – andere Austauschformen lebten fort

des Staates zunehmend für private Repräsentation und tagespolitische Stellungnahmen. Durch den Einsatz von Symbolen, Attributen und Schrift, durch Komposition und Abstraktion wurde innerhalb kürzester Zeit eine Bildsprache entwickelt, die in der Lage war, immer komplexere Botschaften zu formulieren. Eine derartige Dichte in Aussage und Darstellung wurde oft erst wieder in den neuzeitlichen Medaillen erreicht.

Mit dem Übergang in die Monarchie wurden die Bilder und Legenden der Münzen dann vollends in den Dienst des Herrschers gestellt. Die Zahl der Bildmotive und die Geschwindigkeit der Bildwechsel beschleunigten sich nochmals. Im Zentrum standen die Taten, Götter und Wertvorstellungen des Herrschers, dazu seine Familie. In den letzten Jahrzehnten hat die Forschung herausgearbeitet, wie die Selbstdarstellung des Herrschers in starkem Maße von den Erwartungen der Rezipienten beeinflusst war und sensibel darauf reagierte. Gleichzeitig blieben die Münzen Zeugnisse für Taten und Ereignisse: Auch für uns heute ist manche Begebenheit allein durch die Darstellung auf Münzen bekannt.

Nur eingeschränkt kümmerte sich der römische Staat um das Kleingeld. Den Städten des Reiches war es erlaubt, zur Versorgung der lokalen Märkte eigene Münzen zu prägen. Dies nutzten sie durch Abbildung von städtischen Gebäuden, heimischen Gottheiten, Kulturen oder Spielen zum Ausdruck eigener Identität – lokale Details, über die wir ohne die Münzen oft nur wenig wüssten. Doch auch die Loyalität gegenüber dem Kaiser wurde in den Bildern regelmäßig zum Ausdruck gebracht.

Spätestens in der Kaiserzeit waren Wirtschaft und Gesellschaft breit monetarisiert. Schätze von mehreren 10.000 Münzen sind keine Seltenheit. Parallel zur Zunahme der Prägung verschlechterte sich im 3. Jahrhundert sukzessive die Substanz der Edelmetallmünzen. Metallanalytische Untersuchungen ermöglichen es, die Ressourcenstreckung detailliert nachzuzeichnen: So ist auch die Substanz der Münzen zu einer historischen Quelle geworden. Spurenelemente ermöglichen mittlerweile, selbst Herkunft und Recycling von Metallen zu bestimmen.

Von noch einmal ganz besonderem historischem Wert sind schließlich jene Münzen, für die konkrete Fundumstände bekannt sind. Nur für einen Bruchteil der heute vorliegenden Münzen ist dies der Fall. Die Fundorte zeigen Geldumlauf, Kommunikations- und Wirtschaftsräume, gelegentlich auch die Belieferung von ausgewählten Regionen mit ganz spezifischen Münzbildern und Nachrichten. Münzschätze zeigen, ob Nutzer die Münzen nach ihrem Nominalwert oder nach ihrer Substanz sparten. Münzen als Quell- oder Brücknopfer, als Grabbeigabe, als Schmuck oder Spielstein geben bunte Einblicke in den vielschichtigen Umgang mit Geld und Münze.

Aufgrund des massenhaften Vorkommens lässt sich oft erst im Einzelfall sagen, welchen Wert eine bestimmte Münze für die Geschichtswissenschaft hat. Doch gerade diese Massenhaftigkeit gibt Geschichtsinteressierten und insbesondere Lernenden die Möglichkeit, niedrigschwellig originale Quellen in ihren Händen zu halten und über die Münzen zur Geschichte zu finden.

Reinhard Wolters war als Professor für »Numismatik mit dem Schwerpunkt Antike« langjähriger Vorstand des Instituts für Numismatik und Geldgeschichte der Universität Wien

i ZU DEN BILDERN

In den Fotografien im Schwerpunkt und dem Titelbild von Olaf Zimmermann wird bewusst mit den sonst üblichen Fotoansichten von Münzen gebrochen. Die Makroaufnahmen zeigen Details der Münzen, aber auch Gebrauchs- und Altersspuren. Die Unschärfe wird als Gestaltungselement eingesetzt.

Demokratie als Münzherr

Was sagen Motive über das Selbstverständnis der Nation aus?

OLAF GEHRKE

Von jeher sind Münzen nicht nur Zahlungsmittel, von Herrschern bzw. Staaten herausgegeben und in großer Stückzahl seriell hergestellt. Sie sind auch Träger von Informationen, die über Aussagen zu Wert und Geltungsbereich hinausgehen: Die (Selbst-)Darstellung von Herrschern oder die Wahl der Gegenstände und Zeichen, die der Darstellung würdig erschienen, machen Münzen zu Bildträgern im Kleinstformat, die über den historischen Kontext Auskunft geben, der sie – im Wortsinn – prägte. Seit es grenzüberschreitenden Handel gibt, finden Neugierige in den Münzen authentische Botschafter räumlich und zeitlich ferner Kulturen. Sie sind Primärquellen für das Verständnis ihrer Bildwelten oder Anlass für die

Welche Schlüsse lassen nun die Motive auf unseren Münzen zu? Betrachten wir hier nur die 2-Euro-Münzen, von denen jedes Land im Euroraum neben der »Standardausführung« (in Deutschland mit dem Adler) jährlich zwei Motive »mit Gedenkcharakter« herausgeben kann, und die sich zum beliebtesten Sammelobjekt entwickelt haben. Nach einer Zeit der Gewöhnung an die neue Währung startete Deutschland 2006 eine Serie, die Grundsätzliches zur politischen Ordnung mitteilt: In der Reihenfolge des Vorsitzes in der Länderkammer wird jedes Bundesland mit einer Münze gewürdigt, ein markantes Bauwerk, das die Länder selbstverständlich selbst vorschlagen, soll hier das Land bildlich vertreten. Es stellt sich also der föderal verfasste Staatskörper vor, aber nicht simultan, sondern sukzedan, in 16 Jahren, mit dem

Zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit erscheint nun eine weitere Münze zum Thema, aber im Jahr 2025 sind die jubelnden Menschen auf der Münze verschwunden, nur die Schrift ist geblieben: »WIR SIND EIN VOLK« steht, in Versalien, in vier Zeilen untereinander, in der Horizontalen versetzt und eine Spalte öffnend dem Ausgabeanlass »35 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT« gegenüber. Die Beschränkung auf die Typografie lässt die Münze auf den ersten Blick schlicht erscheinen – und den plastische Gestaltungen liebenden Numismatiker unbefriedigt. Der zweite Blick sieht das mittig platzierte, leicht vergrößerte »D«, das sich beide Aussagen teilen, als verbindendes Element der zwei Textblöcke, die durch die versetzten Horizontallinien, die sie rahmen, wohl auf die Maueröffnung verweisen.



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Erforschung der Geschichte und Lebenswelt anderer Weltgegenden – wie auch der eigenen.

Das Dargestellte prägt in Auswahl und Gestaltung das Bild, das sich andere vom Herausgeber machen – oder machen sollen. Es wundert daher nicht, dass sich anhand von Münzen mindestens seit dem 19. Jahrhundert auch die oft hitzigen Debatten um die würdige Darstellung nationaler Symbole verfolgen lassen. Sie zeigen, dass Münzen nicht nur ökonomische, sondern auch emotionale Bedeutung haben, die an das Selbstverständnis der Gemeinschaft im Geltungsbereich des Zahlungsmittels rühren.

Im Euroraum sind schon lange nicht mehr Herrscher oder Staatsoberhäupter die Münzherrn und – mit Ausnahme der Monarchien – auch nicht mehr die Abgebildeten. An ihre Stelle traten andere – und damit andere Motive. Aber welches Bild soll vermittelt werden? In Deutschland werden hierfür Vorschläge aus der Bevölkerung entgegen- und ernstgenommen, Umfragen in Zeitschriften helfen dem zuständigen Bundesfinanzministerium bei der Themenfindung, Konzepte für Münz-Serien werden in Zusammenarbeit mit Stiftungen und Verbänden entwickelt. Für die Gestaltung werden Wettbewerbe öffentlich ausgeschrieben, also die kreativen Leistungen herausgefordert, und die besten Ideen durch Preisgerichte prämiert.

langen Atem gewissermaßen, der bisweilen auch für die politische Entscheidungsfindung in seinem Innern benötigt wird. Ohne dass dies beabsichtigt war, verweisen die ausgewählten Gebäude selbst zudem auf seine zweite, ältere Haut: Schlösser und Kirchen – Zeugen mithin der feudalen wie christlich geprägten Vergangenheit des Landes.

Nach vier weiteren Münzausgaben »mit Gedenkcharakter«, die Gemeinschaftsmünzen mit anderen Ländern waren, widmete Deutschland 2015 seine erste eigene Gedenkmünze neben der Bundesländerserie der Wiedervereinigung. Mit dem Abstand von inzwischen 25 Jahren zeigt sich das Motiv von Menschen, die vor dem zum Symbol für Einheit und Freiheit gewordenen Brandenburger Tor jubelnd die Arme hochreißen, noch als tauglich – samt der dreifachen Wiederholung der fröhlichen Feststellung »Wir sind ein Volk«, die nach Art eines Spruchbandes Teil der Gestaltung ist.

Nur vier Jahre später widmet sich eine Münze (gemeinsam mit Frankreich) diesem Thema: Auch nach inzwischen 30 Jahren sind jubelnd hochgerissene Arme vor dem Hintergrund des Brandenburger Tores motivbestimmend, nun noch begleitet von drei Friedenstauben. Auch die Demonstrationsparole »Wir sind ein Volk« ist subkutan enthalten: Es ist der Titel des Mauerbildes von Schamil Gimajev, das die Münze am rechten Bildrand ausschnittsweise wiedergibt.

Ist die bejubelte Maueröffnung hier zur Bruchstelle geworden, die jubelnde Menge unzeitgemäß, die zeitgenössische Vorstellung »Wir sind ein Volk« unerfüllt? Betont der Entwurf das Trennende, oder verweist er auf die notwendige Arbeit am Zusammenhalt als Daueraufgabe? Oder gibt es, eine Generation nach den historischen Ereignissen, schlicht kein allgemeinverständliches Bildzeichen zu dem historischen Ereignis mehr – abseits von »Jubelnde vor dem Brandenburger Tor«, das ja inzwischen eher für die obligatorische Fanmeile steht? Auch die Gestaltungsaufgabe im öffentlichen Raum zu Mauerfall und Wiedervereinigung zeigte sich ja als schwierig: Das Freiheits- und Einheitsdenkmal steht noch immer nicht, fiel also als Vor-Bild für die Münzgestaltung aus. Wohl auch deshalb eignete sich nun einzig die Schrift für die Lösung der Gestaltungsaufgabe und die Parole als gegenwärtige Vergangenheit einer ganzen Generation.

So schwierig die Aufgabe bleibt: Auch zu den nächsten Jubiläen von Mauerfall und Wiedervereinigung wird es in Deutschland sicher wieder Münzen »mit Gedenkcharakter« geben. Auch das sagt einiges über den »Münzherrn« aus.

Olaf Gehrke ist Referatsleiter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Türen in verborgene Welten

Der deutsche Münzenhandel: Faszination, Gefahren und Herausforderungen

ULRICH KÜNKER

Die ersten Münzen wurden im 7. Jahrhundert vor Christus geprägt. Erster Münzherr war Krösus, der heute sinnbildlich für großen Reichtum steht. Anstelle des Naturaltausches – z. B. Vieh gegen Getreide – konnten nun kleine Münzen eingesetzt werden, die damit den Handel deutlich vereinfachten.

Schon in der Antike wurden Münzen als Medien eingesetzt. Dabei wurde ein hoher Anspruch an die künstlerische Gestaltung des Münzbildes gestellt. Da viele Münzen für den Fernhandel genutzt wurden, z. B. die berühmte Tetradrachme von Athen mit der Eule als Symbol der Stadt Athen, waren sie besonders gut geeignet, Botschaften weit über die eigenen Landesgrenzen zu verbreiten. Nach der Ermordung des römischen Diktators Cäsar ließ Brutus Münzen prägen, auf denen die Befreiung von dem Tyrannen gefeiert wird. Der seltene Münztyp trägt als Symbole die Freiheitskappe, zwei Dolche sowie die Inschriften »Brutus« und »Eid Mar«.

Das Sammeln von Münzen gehört zu den beliebtesten und ältesten Hobbys der Menschheit überhaupt. Allein in Deutschland wird von mehreren Millionen Sammlern von Anlage- und Sammlermünzen ausgegangen. Der Legende nach soll bereits Kaiser Augustus Münzen gesammelt haben. Die ersten Quellennachweise über Münzsammler finden wir in der Renaissance. Die Rückbesinnung auf das Altertum, auf die Wissenschaft und die Kunst der Antike führte unweigerlich zu den Münzen, denn diese waren in großer Vielfalt und Stückzahl vorhanden. Auf den Münzen waren die Akteure der antiken Schriften dargestellt, sie lieferten also die Illustrationen zu den Schriften und sorgten dafür, die überlieferten Texte lebendig werden zu lassen.

Während die ersten Sammlungen von Gelehrten zusammengetragen wurden, gesellten sich bald auch Angehörige der Adelsgeschlechter und Kaufleute zu den Freunden der Numismatik. Der Münzenhandel hat eine lange Tradition, bereits im 16. Jahrhundert fanden die ersten Münzauktionen statt.

Der heutige Umsatz mit Sammlermünzen in Deutschland wird auf mehr als 700 Millionen Euro p. a. geschätzt. Dieser Umsatz wird von gut 300 Unternehmen mit ca. 1.500 Mitarbeitern generiert. Dabei sind die Handels- und Auktionshäuser aufgrund der komplexen Anforderungen attraktive Arbeitgeber für Hochschulabsolventen.

Eine große Herausforderung für den deutschen Münzmarkt stellen die zahlreichen regulatorischen Auflagen dar, die sich z. B. aus dem Geldwäschegesetz und Kulturgutschutzgesetz ergeben. Dabei werden die Ziele der Gesetze uneingeschränkt unterstützt: Die Bekämpfung von Geldwäsche, Hehlerei und Raubgrabungen sind dem Münzenhandel wichtige Anliegen. Die Schwierigkeiten liegen aber in den Details der Gesetze.

Während die Auflagen der Geldwäschekämpfung »nur« arbeitsintensiv sind, stellt das Kulturgutschutzgesetz den Handel teilweise vor unlösbare Aufgaben: Es sollen Ausfuhrdokumente geprüft werden, die es in der Praxis nahezu nie gibt. Dabei

sind die Gründe für das Fehlen ebenso unergründbar wie der Zeitpunkt der Ausfuhr aus dem Herkunftsland. Die nächste Bundesregierung wird die Evaluation des Gesetzes umzusetzen haben. Die Münzenhändler erhoffen sich hier eine Kulturpolitik, die von Praxisnähe geprägt ist.

Der Gesetzgeber verlangt dem Handel auch umfassende Kenntnisse im Umsatzsteuerrecht ab. Der Verkauf einer Goldmünze kann nämlich in Abhängigkeit vom Verkaufswert entweder mit 7 Prozent oder 19 Prozent

Da viele Münzen für den Fernhandel genutzt wurden, waren sie gut geeignet, Botschaften weit über die eigenen Landesgrenzen zu verbreiten

Umsatzsteuer erfolgen oder gänzlich von der Umsatzsteuer befreit sein. Mit dem Jahressteuergesetz 2025 fand die Umsetzung einer EU-Richtlinie statt. Nun entscheidet die Frage, ob die Münze aus einem Drittland eingeführt wurde, darüber, ob sie regel- oder differenzbesteuert weiterverkauft werden darf. Das trägt nicht gerade zur Vereinfachung bei. Da nicht alle EU-Mitglieder die Richtlinie fristgerecht umgesetzt haben, ist die Verwirrung innerhalb der EU inzwischen groß. Von Harmonisierung keine Spur. Die drohenden amerikanischen Einfuhrzölle komplettieren das Chaos.

Die größte Gefahr des Münzenhandels liegt aber nicht in der Regulatorik, sondern in den teilweise sehr gefährlichen Fälschungen. Leider werden auch die Fälscher aufgrund der technischen Entwicklungen immer professioneller. Die nationalen und internationalen Münzhandelsverbände arbeiten hier eng zusammen, um diese Fälschungen aus dem Markt zu ziehen.

Die Anzahl der Numismatiker in Deutschland ist überschaubar. So wundert es nicht, dass es traditionell eine enge Vernetzung des Handels mit den Sammlern und der Wissenschaft gibt. Kern dieser Verbundenheit ist die gemeinsame Faszination an den Objekten und deren Geschichten. Die Identifizierung von Fälschmünzen ist seit jeher ein gemeinsames Anliegen der interdisziplinären Zusammenarbeit.

Zum Schluss sei noch ein wenig Werbung erlaubt: Das Sammeln von Münzen ist eine vielseitige und faszinierende Beschäftigung. Die Münzen konfrontieren uns mit ihrer Geschichte, Kunst und Kultur und öffnen uns Türen, die uns in verborgene Welten führen.

Die Mitglieder der beiden Handelsverbände beraten beim Aufbau einer Sammlung und schützen auch vor dem Ankauf von Fälschungen. Was der Münzenhandel aber nicht leisten kann, ist eine Anlageberatung. Wer Münzen zur Geldanlage erwerben möchte, muss seine eigene Münzkarte zu seinem »Schatz« entwerfen.

Ulrich Künker betreibt ein international bekanntes Münzenhandels- und Auktionshaus und ist seit vielen Jahren im Vorstand beider deutschen Münzhandelsverbände, in denen mehr als 200 Unternehmen vertreten sind

Ein lukratives Geschäft

Über Falschmünzen und Münzfälschungen

CHRISTIAN STOESS

Eine Fälschung gibt vor, etwas zu sein, was sie nicht ist: In historischer Zeit beruhte der Wert der Münze im Wesentlichen auf deren Edelmetallgehalt. Die Fälschungen bestanden aus geringwertigen Legierungen als die nachgeahmten Vorbilder. Darin lag der Profit des Fälschers, er hatte niedrigere Produktionskosten. Seit es Münzen gibt, seit etwa 2.600 Jahren, untergraben Falschmünzen das Vertrauen in die Währung und können im schlimmsten Falle zu einer Destabilisierung der Wirtschaft führen. Entsprechend hart waren bis zum 18. Jahrhundert, als die Münzen das einzige Zahlungsmittel waren, die Strafen für Falschmünzer. Zu diesen zählen übrigens nicht nur die Hersteller der Fälskate, sondern auch die Vertreiber von Fälschungen. Nicht selten wurde die Todesstrafe, die meist auf grausame Weise vollstreckt wurde, verhängt, gelegentlich auch Körperstrafen. An Weihnachten 1124 wurden sämtliche Münzmeister des Königreichs England, etwa 100, in Winchester für schuldig befunden, ihre Münzen aus minderwertigem Silber gefertigt zu haben. Ihnen allen wurde die rechte Hand abgeschlagen, nach einigen Quellen verloren sie obendrein ihre Testikel.

Gegenwärtig spielen Münzen eine Nebenrolle im Zahlungsverkehr, entsprechend sind auch die Strafen milder geworden; zu maximal drei Jahren

Haft wurden während der letzten Jahre Falschmünzer in Deutschland verurteilt.

Der Fälscher kann eine Privatperson sein, es gab aber auch eine ganze Reihe von Prägeberechtigten, die sich auf diese Weise einen Vorteil verschafften. Selbst Friedrich der Große hat sich dieses Kniffs bedient, als er während des Siebenjährigen Krieges mit erbeuteten sächsischen Stempeln geringwertige Münzen prägen ließ. Damit finanzierte er einen Teil seiner Kriegskosten.

Von den Falschmünzen abzugrenzen sind die Münzfälschungen, also Fälschungen von Sammlermünzen. Aufgrund des gesteigerten Interesses für die Antike wurden seit der Renaissance antike Münzen gesammelt. Die Nachfrage nach den seltenen Münzen führte zu Nachahmungen, die nicht immer in unlauterer Absicht entstanden sein müssen. Die Renaissancekünstler suchten den antiken Vorbildern nachzueifern und erfanden neue Prägungen »all' antica«.

Die heute ungekennzeichneten Nachahmungen entstehen hingegen in der Regel in betrügerischer Absicht zum Schaden der Sammler. In den letzten Jahrzehnten nimmt die Zahl der Münzfälschungen zu. Neue technische Möglichkeiten und leichtere Vertriebswege, etwa über Online-Plattformen, erleichtern den Fälschern ihr Handwerk.

Während die Falschmünzerei, also das Fälschen von umlaufenden Zahlungsmitteln, ein Straftatbestand ist, wird die Münzfälscherei, das Nachahmen von Sammlermünzen, in Deutschland lediglich als Ordnungswidrigkeit

und Betrugsdelikt geahndet. Dabei sind gerade die Fälschungen von hochwertigen Sammlermünzen ein wachsendes Problem für Münzsammler und -händler.

Die Palette der Münzfälschungen reicht von primitiven »Touristenfälschungen«, die als Souvenir verkauft werden, bis hin zu qualitativ hochwertigen Fälskaten, die selbst für Fachleute nur schwer erkennbar sind. Nur durch sorgfältigen Abgleich mit Originalen ist es Experten möglich, diese »besseren« Fälschungen zu erkennen.

Ohne die Zusammenarbeit der Spezialisten aus Museen, Universitäten und dem seriösen Münzhandel mit den vereidigten Sachverständigen ist den Fälschungen nicht beizukommen. Die Sammlungen in den Museen spielen hier eine zentrale Rolle, die dort befindlichen zweifelsfreien Originale dienen ebenso als Vergleichsstücke wie auch die in jedem größeren Münzkabinett gepflegten Sammlungen von Fälschungen.

Sammler sollten bei Münzhändlern, die über die gesetzliche Gewährleistungspflicht hinaus für die Echtheit der von ihnen angebotenen Objekte garantieren, kaufen. Vermeintliche Schnäppchen auf Flohmärkten und Online-Plattformen können sich, insbesondere für unerfahrene Sammler, als Fälschungen erweisen.

Christian Stoess ist Präsident der Gesellschaft für Internationale Geldgeschichte e. V., Frankfurt am Main, und war bis zum April 2025 Kurator am Münzkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin

Symbolisch und identitätsstiftend

Das Ende der Münze als Zahlungsmittel wurde schon mehrfach vorausgesagt

HENDRIK MÄKELER & KERSTIN LOREK

Das Ende der Münze als Zahlungsmittel schien nahe. Anzeigen in allen großen Zeitungen und Fachzeitschriften forderten von der deutschen Bevölkerung: »Vermeidet die Zahlungen mit Bargeld!« Es ging um eine grundsätzliche Veränderung des Zahlungsverhaltens der Bevölkerung.: »Veredelt die Zahlungssitten!« Der Weg zu diesem Ziel war offensichtlich: »Schränkt den Bargeldverkehr ein!« Stattdessen pries man die »Überweisung von Bank zu Bank« an. »Jeder, der noch kein Bankkonto hat, sollte sich sofort ein solches einrichten.« Aber auch Verrechnungs- und Barschecks sollten dem Münzgold vorgezogen werden. Diese neue Kultur des Zahlungsverkehrs wollte man jedoch nicht nur über Anzeigen verbreiten, sondern auch über das persönliche Umfeld: »Sorge jeder in seinem Bekannten- und Freundeskreis für Verbreitung des bargeldlosen Verkehrs!«

Diese Formulierungen klingen seltsam bekannt, wenn man an aktuelle Debatten über ein vermeintliches Ende des Bargelds denkt, und zugleich etwas antiquiert. Letzteres verwundert nicht, denn sie sind Zeitungsannoncen der Reichsbank aus dem Jahr 1916 entnommen. Damals wurde zur Finanzierung des Ersten Weltkriegs die heute noch bekannte Aktion »Gold gab ich für Eisen« durchgeführt. Hinzu kamen die beschriebenen Bemühungen, den Münzumsatz zu begrenzen, die inzwischen in Vergessenheit geraten sind. Entsprechende Anzeigen sollten 1916 die gesamte Bevölkerung ansprechen, weshalb sie unter anderem in der weitverbreiteten »Illustrierten Zeitung« ebenso wie im »Münchener Stadtanzeiger« erschienen.

Ziel dieser umfangreichen Bemühungen der Reichsbank war die Einziehung der Gold- und Silbermünzen, deren Edelmetall als international anerkanntes Zahlungsmittel verwendet werden sollte. Außerdem sollten auch kupferne Münzen eingezogen werden. Kupfer bzw. Bronze benötigte man in großen Mengen in der Munitionsfertigung für Hülsen, Zünder und Torpedorohre. Die Kupferversorgung des Deutschen Reiches erfolgte zuvor vornehmlich durch Länder, die im Ersten Weltkrieg zu Kriegsgegnern geworden und damit als Lieferanten ausgefallen waren. Die im Inland vorhandenen Kupferbestände mussten deshalb weitmöglichst für Kriegszwecke verfügbar gemacht werden.

Die Kleinmünzen ersetzte man zu diesem Zweck bereits seit 1915 durch Münzen aus Eisen, Zink und Aluminium. Trotz umfangreicher Prägetätigkeit, auch mit Unterstützung privater Hersteller im Auftrag der staatlichen Prägestätten, konnte das Kleingeld nicht innerhalb kurzer Zeit ersetzt werden. Zahlreiche Betriebe, Städte, Gemeinden und Länder gaben deshalb Notgeld aus.

Durch das massenhafte Einschmelzen der Münzen des Deutschen Reiches gerieten die staatlichen Zahlungsmittel in den »Weltenbrand«, wie Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg den Ersten Weltkrieg nannte. Im Feuer der Schmelzöfen verschwanden massenhaft die kleinen Träger von Staatssymbolik und Herrscherköpfen. »Dass die Fürsten ihre Köpfe behalten wollen«, hatte dagegen der aus Mainz gebürtige Bankier und Politiker Ludwig

Bamberger bereits 1871 bei den Verhandlungen über das Aussehen der damals eingeführten Mark-Münzen humorvoll betont. 45 Jahre später verschwanden diese Köpfe nun im Schmelztiegel, womit gewissermaßen symbolisch die zwei Jahre später erfolgte Abdankung Kaiser Wilhelms II. und der regierenden Fürstenhäuser in Deutschland vorweggenommen wurde. Das Einschmelzen der Münzen antizipierte darüber hinaus bereits sinnbildlich den Zusammenbruch der Staatsordnung mit dem Sturz der Monarchie, die auf den Münzen durch das Reichswappen verkörpert wurde.

Als nach dem Untergang des Kaiserreichs von der Weimarer Republik im Jahr 1919 die ersten Münzen im Wert von 50 Pfennig ausgegeben wurden, stand das neue Reichswappen noch nicht fest. Daran lässt sich aus heutiger Sicht erkennen, dass zwar ein deutscher Staat untergegangen war, die Münzprägung jedoch nicht. Erst das katastrophale Totalversagen der Notenbank in der Hyperinflation führte beinahe zu einem Ende der Münzen als Zahlungsmittel. Im Jahr 1923 sollten die aufgrund der hohen Inflation nominell wertlosen Münzen nur noch als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Münzstätten geprägt werden.

Diese historischen Beispiele zeigen, dass Münzgold bereits Zeiten extremer Krisen überstanden hat, in denen sein Ende als Zahlungsmittel nahe schien. Doch mit der Überwindung solcher Krisen und der wirtschaftlichen Stabilisierung kehrten Münzen wieder in den Zahlungsverkehr zurück. Heute steht der Euro als stabile und vertrauensvolle Währung für die Einheit Europas. Und wiewohl die Bargeldnutzung in Deutschland in den vergangenen Jahren zurückging, gibt es keine Anzeichen oder Bestrebungen für ein baldiges Verschwinden des Bargeldes oder der Münzen als Zahlungsmittel. Gemäß der Bundesbankstudie »Zahlungsverhalten in Deutschland« enthielten im Jahr 2023 85 Prozent der Portemonnaies Euro-Münzen – im Durchschnitt zwölf Stück mit einem Gesamtwert von fünf Euro.

Besonders häufig sind darunter 1- und 2-Cent Münzen vertreten, die zur betragsgenauen Wechselgeldherausgabe genutzt werden. Durchschnittlich hat jede Person rund zwei Stück dieser Kleinmünzen bei sich. Sie gehen jedoch oft nach wenigen Bezahlvorgängen verloren und verschwinden aus dem aktiven Münzumsatz. Eine Regel für die Rundung bei Zahlungen an der Ladenkasse könnte den Bedarf an 1- und 2-Cent-Münzen gen Null führen. Im Eurobarometer der Europäischen Kommission aus dem Dezember 2024 befürworten 53 Prozent der Bevölkerung in Deutschland eine solche Anpassung, 43 Prozent der Deutschen wollen diese Kleinmünzen behalten. Insbesondere größere Münzen sind jedoch ein fester Bestandteil des deutschen Zahlungsalltags.

Die Bedeutung der Münzen reicht auch heute über das rein Ökonomische hinaus: Ähnlich wie die Münzen des deutschen Kaiserreichs tragen die Euro-Münzen wieder auf einer Seite eine symbolische Darstellung des ausgebenden Staates, während die andere der gemeinsamen europäischen Währung vorbehalten ist. Die Euro-Münzen repräsentieren somit ökonomische und zugleich symbolische und identitätsstiftende Werte, nun diejenigen der europäischen Einheit und Vielfaltigkeit.

Hendrik Mäkeler ist Geldhistoriker. Kerstin Lorek ist Expertin für Zahlungsverkehrsfragen. Beide sind im Zentralbereich Bargeld der Deutschen Bundesbank tätig



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

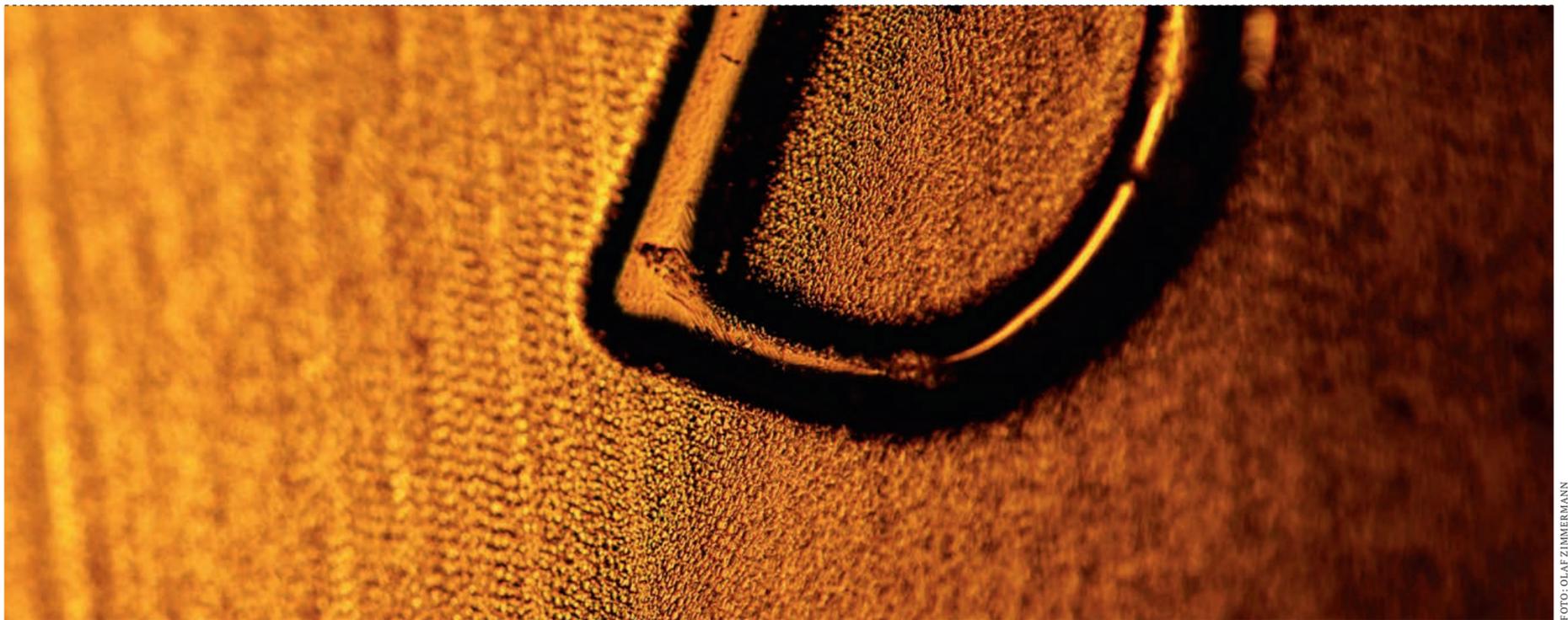


FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Über das Gestalten von Münzkunst

Johannes Eberhardt im Gespräch mit Anna Martha Napp und Bodo Broschat

Seit 1953 gibt die Bundesrepublik regelmäßig Gedenkmünzen heraus. Von der Themenfindung über die Auslobung sowie Begleitung der Wettbewerbe, Prüfung und Jurierung der Entwürfe, zur Beschlussfassung im Kabinett bis hin zur Werkzeugherstellung, Prägung und Ausgabe durch die Münzstätten sind zahlreiche Menschen mit jeder einzelnen neuen Münze betraut. Doch wer gestaltet die Entwürfe der Staatszeichen? Die Münzgestalterin Anna Martha Napp und der Münzgestalter Bodo Broschat im Gespräch mit Johannes Eberhardt.

Anna Martha Napp: Das Komprimieren ist eine Herausforderung

Die Bildhauerin und Medailleurin Anna Martha Napp studierte nach einem freiwilligen Jahr in der Denkmalpflege von 2005 bis 2012 Bildhauerei an der Burg Giebichenstein in Halle an der Saale. Sie lebt und arbeitet in Maßlow bei Wismar. Ihr mehrfach preisgekröntes Werk umfasst Skulpturen, Plastiken, Medaillen und wiederholt Gedenkmünzen der Bundesrepublik.

Was hat Sie dazu gebracht, sich für die Gestaltung von Münzen zu betätigen?

Hauptsächlich ist all dies über meinen Professor für Bildhauerei, Bernd Göbl, an der Burg Giebichenstein in Halle entstanden. Er hat immer sehr für die Medaille als Kleinrelief geworben. Während des Studiums nahm ich an einem Künstler-Nachwuchswettbewerb teil. Hier konnte relativ frei eine Persönlichkeit gewählt werden, zu der man ein Porträt gestaltete. Ich habe damals Niklas Luhmann ausgewählt. So wurde ich in die Künstlerkartei aufgenommen und werde seither regelmäßig zu Wettbewerben eingeladen. Ich habe dann gelernt, wie es geht, solch eine Münze überhaupt zu machen, die zahlreichen Techniken anzuwenden.

Was bedeutet es heute für Sie, sich an den ausgeschriebenen Wettbewerben zu beteiligen?

Ich finde besonders spannend daran, dass man sich immer mit verschiedenen Themen auseinandersetzen muss. Dieses Hineinarbeiten bereichert die eigene künstlerische Arbeit. Manche Themen sind mir dabei schon von Beginn an sehr nah. Bei anderen braucht es eine gewisse Annäherung, so zum Beispiel für eine Münze aus dem Jahr 2016 zum Thema »175 Jahre Deutschlandlied«. Nach anfänglicher Skepsis war es spannend, sich mit der Persönlichkeit August Heinrich Hoffmann von Fallersleben

zu beschäftigen. Das ist das Spannende für mich als Künstlerin: für dieses kleine Rund ein möglichst aussagekräftiges Bild zu finden, das aber auch viel Inhaltliches transportiert. Dieses Komprimieren ist eine Herausforderung.

Wie gehen Sie die Gestaltung an?

Von Fallersleben hat das Lied auf Helgoland geschrieben, also habe ich ein Bild geschaffen, mit der Langen Anna, der einprägsamen Küstenlinie und dies mit dem Porträt verbunden. Den schönen Kurrentschrittschwung des Dichters habe ich als Wellen des Meeres gestaltet. Das versuche ich immer – und das kommt wahrscheinlich einmal mehr und dann wieder weniger gut an: in die Entwürfe eine persönliche Komponente einzubringen, einen persönlichen Blick. Ich wähle den persönlichen Blick, weil ich denke, dass Kunst eine Möglichkeit ist, durch die Augen eines anderen auf die Welt zu sehen.

Wie fühlt es sich an, die eigenen umgesetzten Entwürfe bei Sammlern und Münzhändlern und etwa in den sozialen Medien, zum Beispiel des Münzherren, vorzufinden?

Das ist schon cool! Ich bin schon stolz. Ich habe jetzt bereits viele Jahre mitgemacht, schon einmal den zweiten Platz gemacht und mit Marienkäfer und Hainschwebefliege auch den ersten. Es ist erstaunlich, wie viele Leute mich dann ansprechen, die meine Arbeit früher nicht wahrgenommen haben.

Vom Münznachwuchswettbewerb sind wir beim Thema Münzkunst angelangt: Sie haben bereits als Dozentin an der Hochschule – gefördert durch die Deutsche Gesellschaft für Medaillenkunst – das Medaillennachen unterrichtet und auch im Münzkabinett im Bode-Museum einen Medaillenworkshop durchgeführt:

Was wünschen Sie sich für die Zukunft des Mediums Münze?

Ich finde, dass man es sieht, wenn die Entwürfe am Computer erstellt worden sind. Ich finde, dass im Handgemachten ein anderes Leben steckt. Die Frage ist vielleicht, wie lange die Menschen noch in der Lage sind, den Unterschied wahrzunehmen. Ich denke, dass man tief im Inneren doch noch wahrnehmen wird, ob Münzen per Hand oder am Computer gemacht wurden. Auch wenn sie dann nicht perfekt sind, aber das macht ja gerade den Reiz aus.

Was würden Sie technisch und künstlerisch gerne einmal ausprobieren oder umgesetzt sehen?

Dass alles bleibt, wie es ist, und handgemachte Modelle noch akzeptiert werden und dass es hierfür weiterhin eine Wertschätzung geben wird. Inhaltlich verspricht die kommende Serie zu berühmten Frauen eine großartige Wahl zu sein. Und was nun wieder aktueller denn je ist, etwa gesellschaftliche und politische Vorbilder zu thematisieren!

Haben Sie einen eigenen Lieblings-Münzentwurf?

Was mir sehr viel Spaß gemacht hat, waren die Bremer Stadtmusikanten, die alle durch ein Fenster springen. Hier steckt so viel Bewegung in einer Münze. Fallersleben fand ich auch schön: ein kalligrafisches Spiel mit Schrift als Gestaltungselement Welle. Auch den Marienkäfer fand ich gut. Mir war wichtig, dass man das Gefühl hat, dass das Tierchen einen gleich ankrabbeln könnte. Dass es aus dem Rund rauskommt – und dass es in seinem Habitat beinahe eine Persönlichkeit bekommt.

Was bedeuten Münzen Ihnen als Künstlerin?

Ein Nischenfeld. Es ist kein lautes Medium, aber das ist es, was mich daran reizt. Ich mache ohnehin hauptsächlich Kleinplastiken. Münzen können im kleinen Format große Kraft entfalten.

Bodo Broschat: Wichtig sind mir die vielschichtigen Themen

Der Berliner Medailleur und Münzgestalter Bodo Broschat arbeitete seit 1975 in der VEB Münze der DDR, heute Staatliche Münze Berlin. Nach der Lehre als Münzgraveur wurde er Meister und bildete selbst Graveure aus. Seit 1990 ist er freischaffend für verschiedene Münzstätten und Medaillenhersteller tätig.

In einem Interview in der Zeitschrift »Prägefrisch« aus dem Jahr 2009 wurden Sie mit neun umgesetzten Münzen bereits als »einer der erfolgreichsten deutschen Münzgestalter« vorgestellt. Bis heute kamen noch 13 erfolgreiche Münzentwürfe hinzu. Warum machen Sie Münzen? Weil ich sonst nichts kann! Mein Großvater war Kunstschlosser. So konnte ich schon einiges ausprobieren. Nach der Schule begann ich in der Berliner Münze eine Graveurausbildung. Später

habe ich bei einem Lehrgang an der Kunsthochschule Weißensee viel von Heinz Hoyer lernen können. Dort ging es zum Beispiel darum, wie eine Skulptur aufgebaut wird. Wir haben Porträts modelliert, das wurde dann umgegossen. Dass ich später dabei gelandet bin, hauptsächlich Medaillen und Münzen zu machen, kam durch die Wende. Nach dem Handwerksmeister und der Begabtenförderung der Handwerkskammer Berlin wagte ich den Sprung zur Selbstständigkeit mit eigener Werkstatt in Marzahn auf einem Künstlerhof. In der Wendezeit hat man sich so frei gefühlt! Man konnte alles machen. Man musste alles machen.

Damals beschäftigten die Münzstätten noch keine eigenen Graveure, sondern beauftragten Selbstständige. Daher schied ich auch aus der Berliner Münze aus. Von der Hamburgischen Münze bekam ich meine ersten Aufträge, Prägwerkzeuge herzustellen. Irgendwann kam die Frage, ob ich nicht selbst Modelle und Entwürfe machen möchte. Der Direktor der Hamburgischen Münze war es auch, der mich fragte, ob ich nicht an einem Münzwettbewerb teilnehmen möchte. Er empfahl mich und ich wurde eingeladen. Ich habe bei den Münzwettbewerben wiederholt den zweiten bis vierten Platz belegt; 2002 habe ich dann mit »100-Jahre-U-Bahn« einen Siegerentwurf eingereicht.

Was bedeutet es heute für Sie, sich an den ausgeschriebenen Wettbewerben zu beteiligen? Was hat sich bei den vielen Jahren für Sie geändert?

Eigentlich nichts. Bei manchen Entwürfen war ich mir nicht sicher, ob das funktioniert, ob es überhaupt ausgewählt wird. Es ist auch die eigene Meinung, die man mit den Entwürfen vertritt. Manchmal hatte ich das Gefühl, ich habe mich zu weit vorgewagt. Dann dachte ich: Das wählt die Jury bestimmt nicht aus, aber es musste einfach mit drauf.

Wie gehen Sie die Gestaltung an?

Bei den ersten Münzen bin ich viel in Berlin herumgefahren, habe die Bibliotheken abgeklappert, um Material zu finden. Bei der Münzgestaltung ist ja so ziemlich jedes Thema dran, und man muss sich erst einmal einlesen. Mir war es immer wichtig, dass vom Entwurf bis zu den fertigen Werkzeugen alles aus einer Hand kommt. Gerade die Themen, bei denen man zu Anfang denkt, das ist schwierig, sprudelt man plötzlich über vor Ideen. Das

Einzige, was ich nicht machen möchte, sind Farbmünzen. Eine Münze ist für mich etwas, was man in die Brieftasche stecken kann, ohne dass das Bild dann verloren geht.

Wie nähern Sie sich den Münzen inhaltlich an?

Wenn ich eingeladen werde, lese ich die Ausschreibung, informiere mich weiter, dann schaue ich, was es schon alles zum Thema gibt. Manchmal kommt die Idee im Alltag. Bisweilen zeichne ich aber auch darauf los. Für das »175. Jubiläum Paulskirchenverfassung« 2024 etwa war mir ein Buch mit einer Feder oder die Kirche zu wenig. Ich dachte, man muss die Entstehung der Verfassung und deren Inhalt zeigen. Es sollte mit den Münzen Interesse geweckt werden, sich weiter zu informieren. Auch der Bund möchte Wissen vermitteln. Und die Münzen gehen in die Welt. Da musst du auch Emotionen rüberbringen.

Was würden Sie technisch gerne einmal ausprobieren oder umgesetzt sehen?

Die Technik, die es heute in den Münzstätten gibt, ist beeindruckend. Diese wird aber vor allem dazu benutzt, die Münzherstellung günstiger zu machen. Wenn man die modernen Möglichkeiten mit bewährter Handarbeit kombinieren könnte, wären wirklich tolle Sachen möglich.

Was bedeuten Münzen für Sie ganz persönlich?

Wichtig sind mir die vielschichtigen Themen, gerade diejenigen, mit denen man sich von sich aus vielleicht selten abgeben würde. Oft sind diese am Ende die interessantesten. Manchmal sind die Vorgaben für die inhaltliche Umsetzung ziemlich eng. Aber so etwas Freies, wie für die Paulskirchenverfassung oder »50 Jahre Kniefall von Warschau« 2020, das sind Themen, die mir viel bedeutet haben. Die fand ich sehr wichtig und freue mich, dass sie dem Staat auch wichtig sind. Dass ich die gestalten konnte, war toll. Da bin ich richtig stolz drauf, gerade in der heutigen Zeit. Es ist auch wichtig, dass der Staat seine Meinung vertritt und nicht hin und her eiert.

Johannes Eberhardt ist Mitarbeiter am Münzkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Er ist Mitglied der Numismatischen Kommission der Länder der Bundesrepublik Deutschland e. V. Anna Martha Napp ist Münzgestalterin. Bodo Broschat ist Münzgestalter

Was eine Münze von einer Kinokarte unterscheidet

Über das Sammeln von Münzen

RAINER ALBERT

Ob sich das Sammeln denn überhaupt lohne, das werden Sammler öfters gefragt und fragen sich Sammler hin und wieder selbst. Der Hintergrund der Frage braucht selten erklärt zu werden, es geht fast immer darum, ob sich das Sammeln finanziell lohne. Immer wieder kann man dann beobachten, wie der gefragte Sammler glaubt, sein Tun rechtfertigen zu müssen. Einmal aber wurde ich Zeuge, wie ein Münzensammler eine größere Runde mit seiner Antwort vom lauten Fragen zum stillen Nachdenken brachte – und das ging so:

»Wenn ich mir im Kino einen Film anschauen will, kaufe ich mir eine Eintrittskarte, gehe ins Kino, habe einen schönen Abend und freue mich. Danach ist die Eintrittskarte wertlos und ich werfe sie weg. Trotzdem fragt mich niemand, warum ich Geld ausbebe und eine Kinokarte kaufe, mit der ich nur ein einziges Mal einen Film anschauen kann. Allen ist klar, dass ich noch einmal Geld ausgeben und noch einmal eine Eintrittskarte kaufen muss, wenn ich den Film ein zweites Mal sehen will. Wenn ich dagegen Geld ausbebe und eine schöne oder interessante Münze kaufe, dann kann ich diese Münze so oft anschauen und an ihr Freude haben, wie ich will, und zwar ohne dass ich noch einmal etwas dafür bezahlen müsste. Ich kann auch ohne weitere Kosten anderen Menschen eine Freude machen, indem ich ihnen das Stück zeige. Mit einem einmaligen Kauf habe ich mir eine zeitlich unbegrenzte, immer wiederholbare Freude gemacht. Aber das Beste kommt erst noch: Wenn ich wirklich mal an dieser Münze genug haben sollte, dann kann ich sie verkaufen. Sie ist ja nicht wie die Kinokarte nach (einmaligem) Anschauen wertlos geworden. Es kann gut sein, dass ich sogar mehr dafür bekomme als ich bezahlt habe – aber ich werde auf jeden Fall etwas dafür zurückbekommen. Also unterm Strich: Als



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Münzensammler gewinne ich doppelt (ja sogar noch mehr), weil ich mein Objekt der Freude beliebig lange genießen oder jederzeit in Geld umtauschen kann, um mir damit wieder andere Freuden zu gönnen.«

Nachdem sich diese Geschichte in der Runde gesetzt hatte, gab es natürlich viele »Aber«: Aber da ist das Auf und Ab der Edelmetallpreise. Aber da ist die wechselnde Nachfrage. Aber da ist die Einlieferungsdauer bei Auktionen. Aber da ist die Suche nach einem Interessenten. Aber da ist...

Schön, alles das mag irgendwo stimmen. Richtig bleibt jedoch zweierlei:

1. Eine Münze verliert nicht ihren Wert wie eine Kinokarte.
2. Alle »Aber« sind beherrschbar und relativierbar, wenn man nicht als kontaktloser Einzelgänger durch die Welt (des Sammelns) geht.

Sammler gelten oft als einsame Wölfe, aber das stimmt selten. Es gibt kaum einen Sammler, der nicht seine Schätze gerne zeigt und der sich nicht gerne mit Gleichgesinnten austauscht. Richtig ist, dass sich die Sammlerschaft in ihrer Soziologie im Laufe der Zeit verändert wie die Gesellschaft insgesamt und auch die Motivation für eine Münzsammlung

Veränderungen unterliegt. Als im 19. Jahrhundert das Münzensammeln im wahrsten Sinn des Wortes gesellschaftsrelativierbar wurde – 1836 wurde in London die erste numismatische Gesellschaft gegründet, 1843 folgte Berlin, 1845 Brüssel – sammelte »man« historische, möglichst antike Münzen. Die Mitglieder dieser Gesellschaften lesen sich wie ein Who's Who der höheren Stände. Spätestens in den 1960er Jahren erlebte das Münzensammeln einen fast schon boomartigen Zuwachs in breitere Bevölkerungskreise, es wurde richtiggehend demokratisiert. Nun sammelte »man« auch aktuelle Prägungen und

beachtete den Aspekt der Wertanlage, beliebt wurden moderne Gedenkmünzen, möglichst aus Edelmetall. Der Krügerrand als die schon sprichwörtliche Anlegermünze ist ein Kind dieser Zeit. Die Einführung des Euro als Bargeld bewirkte einen neuerlichen Sammelschub, findet man doch nun insbesondere mit den 2-Euro-Münzen aus vielen Ländern interessante Bilder und Informationen im täglichen Wechselgeld.

Die Sammler historischer Münzen (sie bezeichneten sich gerne als die »echten« Sammler) urteilten über die schnell wachsende Zahl von Gedenkmünzen, das sei »Schrott«. Und die stolzen Besitzer der zunehmend aufwendiger gestalteten und geprägten Gedenk- und Anlagemünzen urteilten beim Anblick der älteren Münzen, auf denen manchmal nicht viel zu sehen ist, das sei »Schrott«.

Aber keine Abgrenzung der numismatischen Sammelgebiete kann das Ziel sein, sondern die sinnvolle Verschmelzung. Historische Münzen schaffen den Verständnishintergrund für die heutigen Gedenkmünzen, die heutigen Gedenkmünzen werden in der Zukunft historische Münzen sein. Egal, wohin man seinen Schwerpunkt legt, man sollte auch über die anderen Bereiche Kenntnisse haben, um die Zusammenhänge mit dem eigenen Schwerpunkt nutzen zu können. Natürlich: Wer sich einfach ins Getümmel stürzt, wird Lehrgeld zahlen, aber das muss nicht sein:

Abgesehen davon, dass das Internet mit seinen vielfältigen Informationsmöglichkeiten und Foren junge Münzensammler immer mehr anspricht, zeigen doch bestimmte Kontaktformen einen bleibenden Wert: Münzbörsen und -messen schaffen den unmittelbaren Kontakt mit den Händlern, das ist eine kaum zu überschätzende Informationsmöglichkeit; Münzvereine und -gesellschaften geben wertvolle Anregungen und Hilfestellungen und unterstützen durch Vorträge und Publikationen, sie gibt es leider nicht überall; numismatische Fachzeitschriften bieten eine kontinuierliche Informations- und Wissensgrundlage, sie gibt es überall.

Am Ende steht: Münzensammler leisten durch ihr Tun einen immensen gesellschaftlichen Beitrag, sie sammeln – erforschen – bewahren kulturelle Werte letztlich für die ganze Gesellschaft.

Rainer Albert ist Numismatiker. Er ist Chefredakteur von MünzenRevue und numismatisches Nachrichtenblatt (NNB)

Zeitgemäße Vermittlung von Wissenschaft

Spielerische Ansätze in der numismatischen Lehre

STEFAN KRZNICEK

In den letzten Jahren haben sich digitale Methoden in den Altertumswissenschaften erheblich weiterentwickelt. Neben etablierten Technologien wie Online-Datenbanken und digitalen Kursmodulen gewinnen spielerische Ansätze in der Lehre zunehmend an Bedeutung. Diese methodische Erweiterung basiert auf der Erkenntnis, dass Spiel intrinsisch motiviert und explorativ ist, während traditionelle Lehrformen oft einem zielgerichteten Arbeitsmodell folgen. Durch die Integration spielerischer Elemente lassen sich Kreativität, individuelle Entwicklung und das Engagement der Studenten fördern. Zudem eröffnen sie neue Möglichkeiten, geisteswissenschaftliche Forschung zeitgemäß zu vermitteln. Münzen bieten sich als Kulturgut für diesen Ansatz aufgrund ihrer Mehrdimensionalität mit den Eigenschaften Materialität, Bild und Schrift besonders gut an. An der Universität Tübingen wurde in Kooperation zwischen

der Numismatischen Arbeitsstelle des Instituts für Klassische Archäologie und dem Masterprofil Digital Humanities im Wintersemester 2023/24 das Seminar »Playful Numismatics. Computer-spielbasierte Wissensvermittlung von römischen Münzen« durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war es, Studenten mit antiker Numismatik vertraut zu machen und gleichzeitig die Entwicklung interaktiver Lernspiele mithilfe der Software RPG Maker MV zu ermöglichen. Diese Anwendung erlaubt die Erstellung von Rollenspielen (RPGs) ohne Programmierkenntnisse und fördert damit zugleich einen niederschweligen Zugang zur Spieleentwicklung – eine zusätzliche Kompetenz, die Studenten der Altertumswissenschaften in einer sich schnell entwickelnden digitalen Welt mitgegeben wird.

Die Teilnehmer des Seminars setzten sich aus Studenten der Klassischen Archäologie und der Digital Humanities zusammen, von denen nur wenige Vorkenntnisse in Informatik oder

Numismatik besaßen. Der Kurs war in vier Phasen unterteilt: (1) Einführung in die römische Numismatik und die Software, (2) Entwicklung eines Spielkonzepts, (3) praktische Umsetzung und (4) Testen und Debugging. Vier studentische Teams entwickelten jeweils ein eigenes Spiel mit dem Ziel, Inhalte über römische Münzen für ein breites Publikum aufzubereiten. Die fertigen Spiele wurden über die Plattform NumisGames veröffentlicht, sodass die User die einzelnen Spiele direkt in ihrem Browser über eine verlinkte URL spielen können.

Aufgrund von Platzbeschränkungen wird hier nur eines der Spiele ausführlicher behandelt: Das erste veröffentlichte Spiel heißt »Neros neue Münze.« In diesem Spiel übernimmt der Spieler die Rolle des Kaisers Nero, der als sympathische und bemitleidenswerte Figur dargestellt wird, während er gegen die Windmühlen der Hofverwaltung kämpft. Mit viel Humor schlägt das fiktive Alltagsleben des Kaisers eine Brücke zur Gegenwart und unseren (meist negativen) Erfahrungen mit der Bürokratie. Nach dem erfolgreichen Abschluss mehrerer

Mini-Quests – darunter bewusst grotesk überzeichnete Aufgaben wie das Besorgen eines neuen Bürostuhls aus dem Keller für einen launischen Verwaltungsbeamten – kann Nero schließlich eine neue Münze prägen lassen. Im Verlauf des Spiels vermitteln Dialoge mit zentralen Nicht-Spieler-Charakteren (NPCs) Wissen über das Design der Porträts auf römischen Münzen, die Texte auf Münzen sowie die verschiedenen Metalle, aus denen die Münzen hergestellt wurden. Die humorvolle Auseinandersetzung mit historischen Gegebenheiten erleichtert den Zugang zu den komplexen Inhalten.

Die vier in dem Seminar entwickelten Spiele vermitteln Wissen über römische Münzen aus studentischer Perspektive für die eigene Peer-Group. Durch die Einbeziehung fiktionaler Erzählungen, die in erfundenen historischen Realitäten und Mythen spielen, vermitteln die Spiele spezialisierte Inhalte auf eine Weise, die über traditionelle Wissensvermittlung wie akademische Vorlesungen, Ausstellungspräsentationen oder den Unterricht im Klassenzimmer hinausgeht. Dieser Ansatz

trifft besonders gut auf die Zielgruppe. Aufgrund von Beschränkungen der Software weicht die visuelle Gestaltung von historischer Authentizität ab. So wurden Charaktere im Stil klassischer Fantasy-Rollenspiele dargestellt, während moderne Objekte, z. B. Teddybären, bewusst in antike Kontexte integriert sind. Diese Verschmelzung unterschiedlicher Realitäten ist ein zentrales Merkmal des Reizes der Spiele und bietet den Spielern – insbesondere denen, die mit der Materie nicht vertraut sind – einen Einstieg in die Thematik der römischen Münzen sowie eine zügliche Möglichkeit, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die Integration von authentischen Münzbildern aus digitalen Sammlungen verstärkt den Kontrast zwischen spielerischer Ästhetik und realen Artefakten. Insgesamt zeigt das Projekt, dass spielerische Ansätze eine vielversprechende Ergänzung zur traditionellen Wissensvermittlung darstellen, um das Kulturgut Münze einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Stefan Krznicek ist Leiter der Numismatischen Arbeitsstelle am Institut für Klassische Archäologie der Universität Tübingen

Eine neue aufregende Facette

Ein großer universitärer Verbund ermöglicht Digitalisierungsvorhaben im Bereich der Münzforschung

JOHANNES WIENAND

Forschungs- und Lehrsammlungen prägen das Selbstverständnis von Universitäten über alle Wissensfelder hinweg: von A wie Architekturmodelle bis Z wie Zoologische Präparate sind bundesweit etwa 1.500 universitäre Sammlungen bekannt. Sie werden an wissenschaftlichen Instituten oder Bibliotheken betreut, teils auch von Kuratoren, in Forschungsclustern zusammengefasst und von Universitätsmuseen präsentiert.

Akademische Sammlungen sind ein faszinierender Teil der Wissenschaftsgeschichte. Über Jahrhunderte hinweg gelangten Gelehrtsammlungen, fürstliche Stiftungen, archäologische Funde und Säkularisationsgut an Universitäten, wo wachsende Bestände an Dokumenten, Artefakten und Proben gelagert, geordnet, restauriert und verzeichnet – vor allem aber erforscht und in der Lehre genutzt wurden.

In dieser breiten und bunten Landschaft universitärer Sammlungen glänzt – im wahrsten Sinne des Wortes – ein ganz besonderer Bestand: die akademischen Münzsammlungen. Bundesweit gibt es über 50 numismatische, also münzkundliche bzw. geldgeschichtliche Sammlungen: ein bemerkenswerter akademischer »Schatz« von etwa 350.000 Einheiten historischer Geldformen (Münzen, Medaillen, Geldscheine) und verwandter Objekte (Barren, Siegel, Marken u. a.). Zur Ausstattung der Sammlungsbereiche gehören auch Karteien, Diatheken und Münzrepliken sowie Sonderbestände an Akten und Forschungsliteratur.

Die meisten universitären Münzsammlungen finden sich an altertumswissenschaftlichen Instituten – vor allem der griechisch-römischen Geschichte und klassischen Archäologie; manche ihrer Münzen sind über zweieinhalbtausend Jahre alt. Zwei große orientalistische Forschungssammlungen in Tübingen und Jena machen etwa ein Drittel des Gesamtbestandes aus. In manchen Fällen sind es nur einige hundert, aber nicht weniger spannende Objekte, wie beispielsweise an der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald die Münzen aus dem wissenschaftlichen Nachlass des Palästinaforschers Gustaf Dalman (1855-1941).

Während Denkmalämter regionale Fundmünzen archivieren und Kunstmuseen repräsentative Medaillen ausstellen, werden an Universitäten die Münzsammlungen vor allem von Wissenschaftlern und Studierenden genutzt. An den einzelnen Standorten hängt vieles von den individuellen Forschungsinteressen des Personals ab: Zeitweise bleiben die Münzschätze ganz unbeachtet, dann wieder werden sie mit großer Neugier durchkämmt. Dabei zeigt sich immer wieder aufs Neue, wie aussagekräftig Münzen als Geschichtszeugnisse sind. Materialanalysen geben Aufschluss über technologischen Wandel in der Rohstoffgewinnung und Metallverarbeitung. Über quantitative und qualitative Zugänge werden Wirtschaftskreisläufe erforscht oder die programmatische Gestaltung der Münzen mit Herrscherporträts und Wertbezeichnungen interpretiert.

Daran knüpfen vielfach Lehrveranstaltungen an. In Praxisseminaren, für Ausstellungsprojekte und im Rahmen von

Hausarbeiten können Studierende innovative Zugänge, Methoden und Fragestellungen ausprobieren. Im Umgang mit den historischen Originalzeugnissen schulen sie ihre fachlichen und überfachlichen Kompetenzen. Manchmal ergeben sich daraus sogar Fragestellungen für Doktorarbeiten.

Die Digitalisierung hat den lebhaften Wissenschaftsbetrieb universitärer Münzsammlungen um eine neue aufregende Facette erweitert. Die anfänglichen Versuche mancher Einrichtungen, ihre Bestände mit individuellen Softwarelösungen zu dokumentieren und virtuell zugänglich zu machen, sind im letzten Jahrzehnt einem gemeinsamen Vorgehen gewichen. Dies ist zum einen dem Umstand geschuldet, dass einzelne Institute selten personell und finanziell in der Lage sind, Datenbanklösungen mit Webzugriff eigenständig zu entwickeln und langfristig zu betreiben. Entscheidend ist aber auch die Erkenntnis, dass die Digitalisierung erst durch sehr große und einheitlich strukturierte Datenmengen eine qualitativ neue Forschungsgrundlage schafft: Nur dann lassen statistische Auswertungen, Big-Data-Analysen und der Einsatz Künstlicher Intelligenz neue Erkenntnisse in einer Breite und Tiefe zu, wie sie ohne digitale Hilfsmittel nicht zu gewinnen wären.

Die universitären Münzsammlungen waren von Beginn an mit dabei, als sich forschungsorientierte numismatische Digitalisierungsverbünde gebildet haben: Im »Netzwerk universitärer Münzsammlungen« (NUMiD) haben inzwischen etwa 40 Universitäten zusammengefunden, die mit dem Münzkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin und weiteren Partnern auf wissenschaftlicher und

Dass die Ergebnisse solcher Lehrprojekte veröffentlicht und nachgenutzt werden, motiviert die Studierenden, vermittelt ihnen die Chancen der Digitalisierung und sensibilisiert sie für die Anforderungen guter wissenschaftlicher Praxis

infrastruktureller Ebene eng zusammenarbeiten. In diesem Verbund unterstützen sich die Sammlungen gegenseitig in Forschung, Lehre und Digitalisierung. Die Partnerschaft mit dem Berliner Münzkabinett und eine Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung haben es ermöglicht, die Mitglieder des Netzwerks mit jeweils eigenen Instanzen eines gemeinsamen Datenbanksystems auszustatten und ein Verbundportal einzurichten.

Der universitäre Digitalisierungsverbund nutzt die vom Berliner Münzkabinett standardisierten Vokabulare (zu Personen, Geografika und Spezialsystematiken) und kann damit eine einheitlich hohe wissenschaftliche Qualität der Digitalisierung erzielen. Über Projektförderungen wurde das Datenbanksystem mehrfach weiterentwickelt und speziell an die Bedürfnisse der Universitäten angepasst: In einem »eMuseum« lassen sich studentische Ausstellungsprojekte verwirklichen, und Studierende können auf kontrollierte Weise direkt an der Digitalisierung von Sammlungsobjekten mitwirken.

Dass die Ergebnisse solcher Lehrprojekte veröffentlicht und nachgenutzt werden, motiviert die Studierenden, vermittelt ihnen die Chancen der Digitalisierung und sensibilisiert sie für die Anforderungen guter wissenschaftlicher Praxis. Auf diese Weise wurden inzwischen über das Verbundportal numid.online etwa 45.000 Objekte virtuell zugänglich gemacht.

Dieser wachsende Datenschatz zeugt nicht nur von zweieinhalb Jahrtausenden monetarisierter menschlicher Kultur, sondern auch von den vielfältigen Potenzialen, die sich im Zeitalter der Digitalisierung aus den universitären Sammlungen heraus für Forschung und Lehre ergeben.

Johannes Wienand ist Professor für Alte Geschichte an der TU Braunschweig und Sprecher des Netzwerks universitärer Münzsammlungen



Alte und neue Themen der Münzforschung

Numismatik als Wissenschaft und die Numismatische Kommission der Länder

BERNHARD WEISSER

Die »Numismatische Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland« (NK) vertritt die Interessen der Numismatiker in der Landesarchäologie, an Museen, Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen. Sie besteht derzeit aus 20 Landes- und 19 Fachgebietsvertretern. Die kulturelle Vielfalt in Deutschland, das aus vielen kleineren Herrschaften hervorgegangen ist, spiegelt sich auch in Form

Die Analyse von Münzfunden ist eine wichtige Methode zur Rekonstruktion zeitlicher Zusammenhänge, von Wirtschaftsräumen und Kontaktzonen

Hunderter Münzstätten wider, die hier seit der Antike tätig waren. In ihnen wurden etwa keltische und römische Münzen, mittelalterliche Prägungen, die vielen Heckenmünzen der Kipper- und Wipperzeit im 17. Jahrhundert und, bis zu Reichsgründung 1871, verschiedene Münzen von Geistlichen, weltlichen Herrschern und Städten geprägt.

Numismatik ist eine Grundlagenwissenschaft. Puristen möchten das Fach Numismatik gerne auf die Wissenschaft von Münzen als offizielle Zahlungsmittel beschränkt sehen. In der 2018 verfassten Stellungnahme der Kommission werden jedoch neben Münzen auch Papiergeld, Medaillen, Ersatzgeld, Marken und Zeichen sowie deren Herstellungswerkzeuge als numismatische Objekte bezeichnet, da es Überschneidungen und Berührungspunkte bei den Herstellungstechniken sowie den beteiligten Personen und Funktionen gibt. Hinsichtlich der wissenschaftlichen Bedeutung stellte die Kommission fest, dass nicht jede Münze als ein serieller Gegenstand wissenschaftliche Relevanz besitzen muss. Der numismatische Wert eines Objektes ist von verschiedenen Faktoren abhängig: Je weniger weitere Quellen zur Verfügung stehen, je älter und seltener eine Münze ist, desto höher ist ihr wissenschaftlicher Wert. Daneben spielt auch der Forschungsstand eine Rolle. Je besser eine Gruppe von Münzen erforscht und publiziert ist, desto geringer ist ihr numismatischer Wert. Unabhängig von diesen Kriterien kann eine einzelne Münze oder Medaille einen objektgeschichtlichen Wert haben, etwa durch ihre individuelle Veränderung (Überprägung, Gegenstempel, Graffito, Umarbeitung o. a.) oder ihre Herkunft.

Als die Numismatische Kommission vor 75 Jahren im Jahre 1950 in München gegründet wurde, ging es darum, die numismatische Arbeit in den einzelnen Bundesländern zu koordinieren. Die Numismatik erhielt so als sogenanntes Kleines Fach eine Stimme im Verbund der Geisteswissenschaften. Es ging aber auch immer um den Austausch mit der interessierten Öffentlichkeit und der Wirtschaft. Im Falle der Numismatik sind dies die Sammlerschaft, die modernen Prägestätten, Künstlerinnen und Künstler sowie der Münzenhandel. In der DDR gab es keine Parallelorganisation, die neu geschaffenen Bundesländer wurden im Jahr 1991 Mitglieder.

Seit Beginn ist die Münzfundpflege eine der Kernaufgaben der

Numismatischen Kommission. Die Analyse von Münzfunden ist eine wichtige Methode zur Rekonstruktion zeitlicher Zusammenhänge, von Wirtschaftsräumen und Kontaktzonen. Während die Forschungen zu den Fundmünzen der Antike langjährig durch die Universität Frankfurt betreut wurden, verblieben die nachantiken Fundmünzen in der Obhut weitgehend ehrenamtlicher Betreuung durch die Numismatische Kommission. Die Münzfundkartei, die seit 1950 aufgebaut wird, wurde zunächst im Jahr 2000 in eine Datenbank überführt und ist seit 2021 über eine interaktive Webseite der Kommission zu finden. Diese Grundlagenforschung ist besonders gut international vernetzt. Die Reihe der Römischen Fundmünzen in Deutschland, die als Akademieunternehmen im Jahr 2010 beendet wurde, findet sich nun bei Kollegen in Oxford im »Coin Hoards of the Roman Empire

in jährlichen Tagungen und Messen zusammen. Dem internationalen Austausch dient die alle zwei Jahre stattfindende F.I.D.E.M.-Tagung mit Medailenschau (Fédération internationale de la médaille d'art). Sie wird in diesem Jahr in München veranstaltet. Im Jahr 2012 wurde die Nachwuchsstiftung der NK gegründet. Sie unterstützt den wissenschaftlichen Nachwuchs durch die Gewährung von Stipendien. Mit Hilfe dieser Stiftung wird der Walter-Hävernich-Preis finanziert. Er wird für exzellente numismatische Abschlussarbeiten verliehen. Seit dem Gründungsjahr erhielten 15 Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen diese Auszeichnung. Mittlerweile sind drei der früheren Preisträger selbst Mitglieder der Kommission.

Die Numismatische Kommission befasst sich mit Fragen der Provenienzforschung und des Kulturgüterschutzes,

hat sich eine internationale Gruppe von Numismatikerinnen und Numismatikern gebildet, die sich um Austauschformate und Ontologien kümmern. Die wissenschaftliche Numismatik beteiligt sich an der Schaffung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur sowie an nationalen und internationalen Portalen, die in Gemeinschaftsarbeit unser kulturelles Erbe erschließen. Wie eine Ermöglichungsstruktur im digitalen Zeitalter aussehen kann, verdeutlicht der Sammlungsverbund ikmk.net. Er hat seine Ursprünge in dem interaktiven Münzkatalog des Münzkabinetts der Staatlichen Museen zu Berlin, der am Internationalen Museumstag im Jahr 2007 online ging. Über die Jahre hat sich daraus ein Verbund entwickelt, an dem zurzeit 50 Sammlungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligt sind. In diesem Verbund wird die Software zentral

Kommission: Die Verankerung der Numismatik an Universitäten bleibt prekär, so gibt es keinen Lehrstuhl für mittelalterliche Numismatik im deutschsprachigen Bereich. Für die Antike sieht es etwas besser aus. Neben Lehrstühlen in Wien, Frankfurt, Tübingen und Braunschweig wird antike Numismatik auch an Orten wie Berlin, Dresden, Halle, München und Münster gelehrt. Im Bereich der Mittelalter- und Neuzeitnumismatik übernehmen auch Kommissionsmitglieder immer wieder Lehraufträge, an der Universität Greifswald gibt es sogar eine Honorarprofessur. Noch lange sind nicht alle Münzfunde veröffentlicht, und es kommen ständig neue hinzu. Für ehrenamtliche Sondengänger wird derzeit eine App entwickelt, die bei der Erstdokumentation der Funde helfen soll. Fragen der Provenienzforschung und des Kulturgut-Erhalts sind beständige



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Project« wieder. Internationale Zusammenarbeit betrifft für die Nachantike vor allem die Länder, in denen im 10. bis 12. Jahrhundert mehr deutsche Münzen gefunden wurden als im Herkunftsland selbst: Schweden und Polen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgte die Bearbeitung der deutschen Fundmünzen in Schweden durch deutsche Wissenschaftler. In den Jahren 1996 bis 2017 wurden in einer Zusammenarbeit mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften die Münzfunde des 10. bis 12. Jahrhunderts auf dem Territorium Polens in fünf umfangreichen Bänden publiziert.

Die Medaillenkunst in Deutschland seit 1871 bildet einen zweiten Wirkungsbereich der NK. Hier verwaltet die Numismatische Kommission die Gitta-Kastner-Forschungsstiftung und ermöglicht Forschungen über Medailenschaffende sowie deren Werke. Diese Arbeit erfolgt in enger Abstimmung mit der Deutschen Gesellschaft für Medaillenkunst, deren Schriftenreihe »Die Kunstmedaille in Deutschland« und Webseite Forschungsergebnisse spiegeln. Die Deutsche Gesellschaft für Medaillenkunst führt Wissenschaftler, Sammler, Künstler und Händler

mit experimenteller Numismatik und vor allem mit der digitalen Transformation. Sie gibt sich seit einiger Zeit entsprechende Jahresthemen. Im Jahr 2023/24 war dies der Schwerpunkt Fälschungen, zu dem zunächst eine Tagung veranstaltet wurde. Anschließend wurde der Tagungsband veröffentlicht. Flankiert wurde das Ganze mit einer Ausstellung, die noch bis zum Herbst dieses Jahres im Bode-Museum auf der Berliner Museumsinsel gezeigt wird. Alle Themen werden weiterverfolgt, z. B. die angemessene Darstellung von Fälschungen in den Museumsdatenbanken.

Die digitale Transformation bietet für die Numismatik große Chancen. Seit 1998 hat sich die Computerwelt rasant verändert. Es ist ein Privileg, den Sprung vom bildarmen 19. Jahrhundert mit der alten Reproduktionstechnik des Gipsabgusses zu günstig produzierten Digitalaufnahmen mitzuerleben. Am Computerbildschirm können die kleinen Objekte mit beiden Seiten in Vergrößerungen und rund um die Uhr betrachtet werden. Wie bei Büchern führt die Serialität der Münzen dazu, dass dezentrale Zusammenarbeit gewinnbringend ist. Bereits zur Jahrtausendwende

weiterentwickelt und verteilt. Wenn ein Partner neue Features programmieren lässt, werden diese den anderen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die beteiligten Sammlungen müssen sich nicht selbst um Aktualisierungen kümmern. Zu den Sammlungen gehören nicht nur die beiden größten Münzkabinette im deutschsprachigen Raum, Berlin und Wien, sondern u. a. auch der Verbund der Numismatischen Universitäts-sammlungen (s. auch den Beitrag von Johannes Wienand, S. 25). Ebenfalls zentral in Berlin verwaltet wird das Normdatenportal, das mittlerweile über 22.000 Konzepte enthält, die nicht nur ikmk.net zur Verfügung stehen, sondern auch dem zweiten größeren deutschen Portal, kenom.de (Kooperative Erschließung und Nutzung der Objektdaten von Münzsammlungen). Jede Sammlung erhält mit dem ikmk ein ständig aktualisiertes Werkzeug, mit dem sie ihre numismatischen Bestände adäquat im digitalen Raum kuratieren kann. Selbst Sammlungen ohne ständige Betreuung können so an den aktuellen internationalen Entwicklungen teilnehmen.

Alte und neue Themen kennzeichnen die Arbeit der Numismatischen

Arbeitsbereiche. Ein neues Akademievorhaben erschließt die griechische Münzprägung bildwissenschaftlich unter Erprobung von Methoden der KI. Ein neues Jahresthema werden die Gedenkmünzen bilden, denn es ist uns nicht egal, welche Münzen künftigen Generationen von unserer Zeit Zeugnis geben werden. Die neue Zeit bietet kommunikative Herausforderungen, doch ist gerade die Welt der Numismatik dafür gut gerüstet, denn wie für alle Wissenschaften gelten auch für die Numismatik keine nationalen Grenzen.

Bernhard Weisser ist Direktor des Münzkabinetts der Staatlichen Museen zu Berlin (Preußischer Kulturbesitz). Er ist Vorsitzender der Numismatischen Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und im Vorsitz des Internationalen Numismatischen Rates

MEHR DAZU

Weitere Informationen finden sich im Internet unter: numismatische-kommission.de, medaillenkunst.de, nomisma.org, ikmk.smb.museum

Ein Blick auf die Welt

Das Münzkabinett der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden

Sylvia Karges leitet das Münzkabinett der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Mit Ludwig Greven spricht sie über die politische, historische und kulturelle Bedeutung von Zahlungsmitteln.

Der Anspruch ist jedoch, und so wurde seit fünf Jahrhunderten gesammelt, einen Blick auf die Welt zu haben. Deshalb haben wir auch chinesische und japanische Münzen, einen bunten Reigen

Ludwig Greven: Was können uns Münzen über Geschichte und Kultur vergangener Zeiten sagen?

Sylvia Karges: Das Ablösen des Tauschhandels war eine wichtige kulturelle Entwicklung. Münzen gibt es seit ca. 2.700 Jahren. Vorher gab es aber schon andere Zahlungsmittel. Europäer haben die Münzen mit ihrem Wirtschaftssystem durch die Kolonialisierung in verschiedene Regionen der Welt gebracht. Im 17. Jahrhundert kamen in Europa die Geldscheine dazu, in China gab es sie schon im 10. Jahrhundert. Münzen wurden und werden auch zur Propaganda genutzt. Sie zeigen, wer herrscht, welche Jubiläen von den jeweiligen Staaten gefeiert wurden usw. Insofern sagen sie viel aus über die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

In Demokratien sind, anders als in Monarchien und Diktaturen, meist keine Regierenden abgebildet.

Der maßgebliche Unterschied ist, ob die dargestellten Personen noch leben oder nicht. Bestes Beispiel sind wohl die US-amerikanischen Geldscheine, auf denen sich mehrheitlich verstorbene Präsidenten finden. Monarchen in demokratischen Ländern haben mehr repräsentative Zwecke, werden jedoch weiterhin auf Geld abgebildet: In Großbritannien und dem Commonwealth zirkulieren im Zuge der Thronnachfolge 2022 Elisabeth II. und Charles III. gerade gleichzeitig. Bei Diktaturen ist es nicht geradlinig: Lenin kam erst nach seinem Tod auf das sowjetische Geld, Stalin hingegen verausgabte Scheine mit seinem Abbild. Auf Münzen des NS-Regimes war Hindenburg, nicht Hitler, zu finden, Letzterer aber auf Briefmarken. Auf DDR-Geld waren nicht die SED-Generalsekretäre abgebildet, sondern Marx und Engels. Saddam Hussein und zuletzt Baschar al-Assad betrachteten ihr Konterfei auf Geldscheinen.

Was ist in Ihrem Kabinett zu sehen? Vor allem Exponate aus Sachsen?

Wir haben eine Universalsammlung, also Münzen, Papiergeld, Prägestempel und Medaillen von überallher. Wie in allen Münzkabinetten ist das allerdings auch regional geprägt. So spielt Sachsen natürlich eine große Rolle. Mit 30.000 Objekten macht das zehn Prozent der Sammlung aus. Dazu gehört auch die DDR-Geschichte mit ihren Zahlungsmitteln. Der Anspruch ist jedoch, und so wurde seit fünf Jahrhunderten gesammelt, einen Blick auf die Welt zu haben. Deshalb haben wir auch chinesische und japanische Münzen, einen bunten Reigen. Das macht für mich

den Reiz aus. Ich arbeite als Historikerin gerne interdisziplinär. Man findet immer Ansatzpunkte für verschiedene Forschungen. Das kann man wunderbar mit dieser Sammlung machen.

Bekommen Sie regelmäßig Angebote von Sammlern oder aus Erbschaften?

Wir erhalten viele Schenkungsangebote und schauen, was wir davon übernehmen können.

Wie prüfen Sie die Echtheit von Münzen, deren Alter und Wert?

Ich kenne natürlich nicht alle Münzen. Aber ich habe neun Jahre in den USA in einem Münzkabinett der American Numismatic Society gearbeitet. Die haben eine Riesensammlung von 900.000 Objekten. Da habe ich so ziemlich alles gesehen, was es gibt. Deshalb weiß ich auch, in welcher Literatur ich nachschlagen kann, wenn etwas angeboten wird. Und man kann natürlich gut im Internet recherchieren. Die Digitalisierung in der Numismatik ist weit vorangeschritten. Wir sind da Vorreiter. Dazu gibt es Gewichtüberprüfungen und Stempelvergleiche. Das ist dann schon sehr numismatisch-wissenschaftlich.

Kaufen Sie auch selbst gezielt?

Wir hatten bisher einen Ankaufset. Der ist jetzt allerdings fraglich wegen der Kürzungen überall im Kulturbereich. Wir haben jedoch einen Freundeskreis, der uns unterstützt. Wir kaufen, wenn bei Auktionen Dinge angeboten werden, die wir noch nicht haben, aber gerne hätten.

Vielleicht stehen wir ja nach dem Übergang vom Tauschhandel zum Geld vor dem nächsten revolutionären Schritt, zumindest ist der digitale Euro in Arbeit

Wer schaut sich das Münzkabinett an? Vor allem Numismatiker?

In der Dauerausstellung ist das Publikum völlig gemischt. In unseren Lesesaal und unsere Bibliothek kommen vor allem Studenten, die zum Beispiel alte Geschichte studieren. Und es kommen viele Sammler, die unsere 30.000 Bände nutzen. Die sind sehr wichtig, weil sie ebenfalls viel forschen. Dazu kommt der Münzhandel, der uns auch unterstützt.

Durch PayPal, Plastikgeld und Onlinebanking verschwindet langsam das Bargeld. Werden künftige Generationen noch wissen, welche Bedeutung physische Zahlungsmittel hatten?

Ich beschäftige mich gerade damit, wie ich Krypto-Assets kaufen kann und im nächsten Schritt, wie man sie zeigen kann. Vielleicht stehen wir ja nach dem Übergang vom Tauschhandel zum Geld vor dem nächsten revolutionären Schritt, zumindest ist der digitale Euro in Arbeit. Dass Bargeld tatsächlich komplett verschwindet, da gehört eine Menge dazu. Ich fände es schade. Münzen und Geldscheine sind schließlich auch historische Quellen, die die Historie und Kultur ihrer Herausgeber widerspiegeln.

Sylvia Karges leitet seit November 2023 als erste Frau das über 500 Jahre alte Münzkabinett der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Von der gräflichen Sammlung zum Landesmuseum Württemberg

Das Stuttgarter Münzkabinett

MATTHIAS OHM

Das Münzkabinett zählt zu den ältesten und umfangreichsten Sammlungen, die im Stuttgarter Landesmuseum Württemberg aufbewahrt werden. Seine Geschichte reicht bis ins ausgehende 15. Jahrhundert zurück: Schon Eberhard im Bart (Regierungszeit 1457-1496) sammelte Münzen antiker Kaiser und seiner Zeitgenossen. Heute umfassen die Bestände rund 180.000 Objekte, vor allem Münzen und Medaillen, aber auch Prägwerkzeuge, Papiergeld, Siegelstempel und -abgüsse, geschnittene Steine (Kameen und Gemmen) sowie Orden und Ehrenzeichen.

Der Schwerpunkt der Sammlung liegt auf den Münzen und Medaillen Südwestdeutschlands, insbesondere auf den Prägungen des Hauses Württemberg. Daneben werden auch die

Ausgaben der geistlichen und weltlichen Territorien bewahrt, die später im Königreich Württemberg aufgingen, wie die Fürstpropstei Ellwangen, die Grafschaft Hohenlohe oder die Reichsstadt Ulm. Zum Württemberg-Bestand gehören zudem Medaillen auf Personen und Ereignisse der Region sowie Münzschätze aus Antike, Mittelalter und Neuzeit, die auf württembergischem Gebiet entdeckt wurden.

Ausstellungen und Forschungen

Münzen und Medaillen sind in zwei Schausammlungen im Stuttgarter Alten Schloss zu sehen. Die Ausstellung »Legendäre Meisterwerke« bietet einen Streifzug durch die württembergische Kulturgeschichte von der Altsteinzeit bis zum Ende des Königreichs und zeigt dabei zahlreiche Münzen und Medaillen: Münzschätze aus dem 3. und 4. Jahrhundert sowie aus der Zeit des 30-jährigen Kriegs, Medaillen auf die württembergischen

Herzöge und die Städte oder Gebäude, die sie errichten ließen, oder Münzen, die in Grundsteine eingelegt wurden. Die Schausammlung »Wahre Schätze« präsentiert 250 antike Münzen und barocke Medaillen aus der Kunstkammer der württembergischen Herzöge.

Das Stuttgarter Münzkabinett gibt die Reihe der »Süddeutschen Münzkataloge« mit heraus, in der Forschungen der süd- und südwestdeutschen Numismatik veröffentlicht werden. Vor Kurzem erschien als Band 14 dieser Reihe die 640-seitige »Württembergische Münzgeschichte« von Albert Raff. Auch in digitaler Form publiziert das Stuttgarter Münzkabinett: In der »Sammlung Online« auf der Website des Landesmuseums sind rund 10.000 Münzen und Medaillen aufrufbar.

Matthias Ohm leitet die Abteilung Kunst- und Kulturgeschichte sowie das Münzkabinett am Landesmuseum Württemberg in Stuttgart

Sprachraum als Sprengel

Das Münzkabinett des Germanischen Nationalmuseums

MATTHIAS NUDING

Viele bedeutende numismatische Sammlungen gehen auf fürstliche Münzkabinetten zurück. Das Germanische Nationalmuseum (GNM), das 1852 in Nürnberg als bürgerliche Einrichtung gegründet wurde, musste ohne einen derartigen Grundstock auskommen. Außer durch Ankäufe trug es Münzen und Medaillen auch durch Schenkungen, Tausch und Leihgaben zusammen. Mit heute etwa 200.000 Stücken reichen die Nürnberger Bestände zwar nicht an große Sammlungen royalen Prägung heran. Das heißt jedoch keineswegs, dass sie nicht auch mit exquisiten Schwerpunkten aufwarten können.

In Fortführung seines Gründungsauftrags dokumentiert das GNM anhand von insgesamt 1,4 Millionen Artefakten die Kulturgeschichte des

deutschen Sprachraums in seinen historischen Grenzen. Der Namensbestandteil »Germanisches« leitet sich aus dieser Programmatik ab. In der Numismatik gilt eine solche räumliche Selbstbeschränkung zwar als suboptimal, denn Geld macht an politischen und kulturellen Grenzen nicht halt. Im Nürnberger Münzkabinett fallen die Nachteile dieses besonderen Zuschnitts dennoch kaum ins Gewicht, weil ohnehin die Münzen und Medaillen aus der Region ein Herzstück der Sammlung bilden. Die fränkische Reichsstadt und ihre Nachbarn waren bedeutende Akteure in der Geld- und Wirtschaftsgeschichte der frühen Neuzeit. Gleichzeitig genoss Nürnberg seit der Renaissance einen herausragenden Ruf als Zentrum der Medaillenkunst. Die hohe Bestandsdichte auf diesen Gebieten ist somit kein Manko, sondern ein Gütesiegel. Natürlich gelang(ten) auch aus anderen Regionen Objekte ins Haus. Tendenziell weniger, je größer die Entfernung, doch wird diese Regel von eindrucksvollen Ausnahmen bestätigt.

Neben Münzen und Medaillen sammelt das Münzkabinett des GNM auch Geldscheine, Marken, Abzeichen, Rechenpfennige (für deren Produktion Nürnberg ebenfalls berühmt war), Siegel- und Prägestempel, Spielgeld, Gemmen, Orden und Ehrenzeichen. Gut 300 besonders sprechende Stücke sind in der Dauerausstellung des Museums zu sehen, die übrigen können nach Voranmeldung im Studiensaal betrachtet werden. Seit Jahren wird auch die Digitalisierung vorangetrieben. Etwa 10 Prozent der numismatischen Bestände lassen sich mittlerweile im elektronischen Objektkatalog aufrufen, davon die Hälfte bebildert. Als kulturhistorisches Forschungsmuseum der Leibniz-Gemeinschaft untersucht das GNM daneben die gesammelten Objekte und vermittelt die Ergebnisse in Ausstellungen und Veröffentlichungen.

Matthias Nuding leitet das Münzkabinett des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg (GNM)

Eine Sammlung von europäischer Bedeutung

Das Münzkabinett Gotha

UTA WALLENSTEIN

Das Gothaer Münzkabinett auf Schloss Friedenstein besaß schon im 18. Jahrhundert europäische Berühmtheit. Heute reiht es sich in Deutschland mit seinen ca. 145.000 Münzen, Medaillen und numismatischen Zeugnissen unmittelbar hinter die großen Kabinette von Berlin, Dresden und München ein und ist eine wichtige Anlaufstelle für internationale wissenschaftliche Forschungen.

Herzog Ernst I. von Sachsen-Gotha-Altenburg, der Bauherr des 1643 bis 1654 errichteten Schlosses Friedenstein, legte den Grundstein für die in der Folgezeit zu europäischer Bedeutung aufsteigenden numismatischen Sammlung. 1712 gelang seinem Enkel, dem münz- und medaillenbegeisterten Friedrich II., durch Ankauf einer mehr als 18.000 Objekte umfassenden Münzsammlung eine grandiose sammlungspolitische Bedeutungssteigerung. Die numismatischen Bestände bezogen nun in einem prächtig ausgestatteten Kabinett ihr Domizil, dessen Eröffnung 1713 feierlich begangen wurde. Dieser im historischen Schlossensemble erhaltene Barockraum (Forschungsbibliothek Gotha) ist weltweit einzigartig und darf als eine Perle des Barocken Universums gelten. Seitdem stellt die numismatische Sammlung eine eigene Abteilung auf dem Friedenstein dar und konnte

durch das Wirken namhafter Numismatiker und numismatisch interessierter Herzöge über Jahrhunderte hinweg stetig gemehrt werden.

Herbe Verluste erlitt das Münzkabinett infolge der Nachkriegsereignisse des Zweiten Weltkriegs durch Abtransporte von Gothaer Kunstgütern unter amerikanischer und sowjetischer Besatzung. Durch maßgebliche Rückgewinnungen umfangreicher Sammlungspartien in den Jahren

Heute ist das Münzkabinett Gotha eine wichtige Anlaufstelle für internationale wissenschaftliche Forschungen

1959 aus der Sowjetunion und 2011 aus Coburg konnte glücklicherweise das Gros der klaffenden Bestandslücken wieder geschlossen werden. In den 1950er Jahren erfolgte die institutionelle Trennung der numismatischen Bibliothek (heute Forschungsbibliothek Gotha) vom Sammlungsbestand des Münzkabinetts (heute Friedenstein-Stiftung Gotha).

Einen wichtigen Schwerpunkt des Gothaer Münzkabinetts bilden die

etwa 40.000 antiken Münzen mit umfangreichen Typenreihen. Unter den deutschen und europäischen Prägungen des 9. bis 15. Jahrhunderts ragen die Thüringer Brakteaten – Münzen, die aus einem dünnen Metallblech einseitig geprägt wurden – qualitativ heraus, gefolgt von den Prägungen Hessens, Niedersachsens und Meißens. Bei den deutschen Münzen des 16. bis 20. Jahrhunderts bilden die Talerbestände den wertvollsten Teil der jeweiligen neuzeitlichen Ländersammlung. Herausragende Regionen der Sammlung sind zudem die sächsisch-ernestinischen Prägungen und das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg. Unter den 20.000 Medaillen sind künstlerisch und quantitativ die Reihen der bedeutenden Gothaer Medailleure Christian Wermuth, Johann Christian Koch und Ferdinand Helfricht besonders erwähnenswert.

Infolge von umfangreichen Sanierungsarbeiten am Friedenstein sind zurzeit leider nur wenige repräsentative Münzen und Medaillen innerhalb des Schlossrundgangs in den Barockräumen zu sehen. Eine große Auswahl bedeutender Bestandspartien wird im Rahmen des gotha transdigital 2027-Projekts mit seinen Onlinekatalogen friedensteine.de und gotha.digital für eine breite Öffentlichkeit sichtbar gemacht.

Uta Wallenstein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (Kustodie Münzkabinett, Antike)

Archiv, Forschung und Museum

Das Berliner Münzkabinett im Bode-Museum

BERNHARD WEISSER

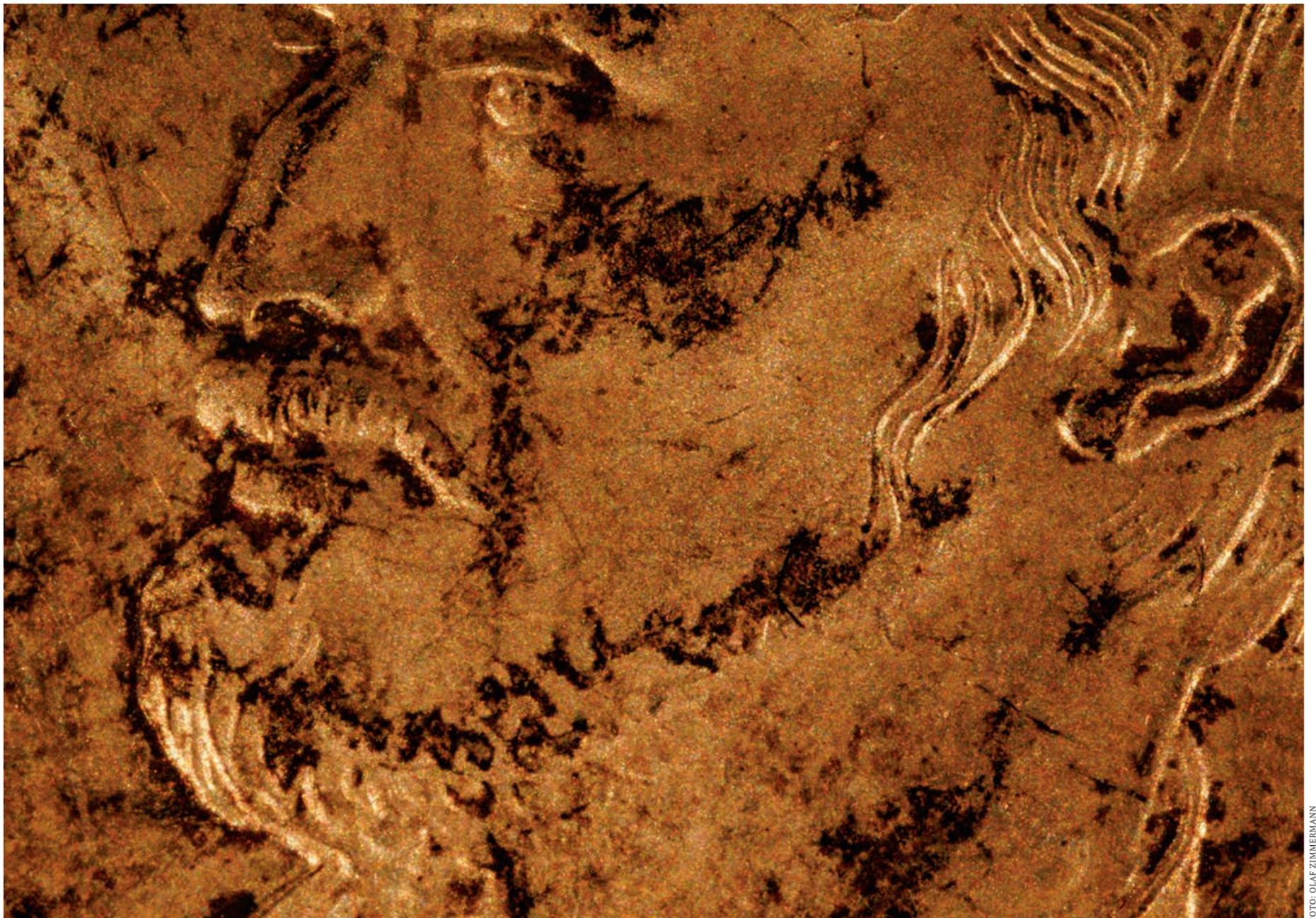
Wer sich vom Wasser her der Nordspitze der Berliner Museumsinsel nähert, erblickt das Bode-Museum, das seit 1904 die architektonische Krone der seit 1999 als UNESCO-Welterbestätte ausgewiesenen Gesamtanlage bildet. In diesem Gebäude befindet sich von Beginn an das Münzkabinett, die größte Münzsammlung in Deutschland. Um einen 50 m langen großen Tresor gruppieren sich die Bibliothek, Archiv, Restaurierungswerkstatt, Studien- und Vortragssaal sowie die Räume der Mitarbeitenden. Dieses funktionale Bauensemble ist seit 2006 saniert und bietet beste Arbeitsbedingungen für derzeit 23 Personen (unter Einschluss von Ehrenamtlichen und Projektmitarbeitern). Die über 540.000 Objekte umfassende Universal-Sammlung gehört weltweit zu den fünf bedeutendsten Einrichtungen ihrer Art. Zurückgehend bis zur Kunstkammer im Schloss unter Kurfürst Joachim II. (Regierungszeit 1535-1571), ist der Aufstieg zur heutigen Bedeutung wesentlich dem 19. Jahrhundert zu verdanken. Julius Friedländer (1813-1880), der seit 1840 als erster promovierter Numismatiker im Königlichen Museum arbeitete, sorgte dafür, dass die numismatische Abteilung im Jahr 1868 in den Museumsrang erhoben wurde. Friedländer entwickelte das Münzkabinett zu einem Forschungsinstitut weiter, das seit dieser Zeit auch in der Berlin-Brandenburgischen Akademie

der Wissenschaften und an der Berliner Universität wirkt. Sammlungs- und Forschungsschwerpunkte bilden derzeit die antiken griechischen Münzen, die Münzen des ostfränkisch-deutschen Reiches von 843 bis 1125, Brandenburg/Preußen sowie die Medaillenkunst seit der Renaissance. In fast allen anderen numismatischen Themenfeldern ist das Münzkabinett ebenfalls die beste

Die über 540.000 Objekte umfassende Universal-Sammlung gehört weltweit zu den fünf bedeutendsten Einrichtungen ihrer Art

oder zumindest zweitbeste Sammlung in Deutschland. Die jährlichen Neuerwerbungen bieten Ergänzungen und Erweiterungen des Sammlungsprofils. Als Museum mit Ausstellungen in verschiedenen Häusern auf der Museumsinsel reagiert das Münzkabinett agil auf die Entwicklungen der sich transformierenden Gesellschaft. Wesentliche Ursache hierfür ist eine vernetzte Arbeitsweise, nicht nur innerhalb der Einrichtung, sondern auch in zahlreichen nationalen und internationalen Kooperationen.

Bernhard Weisser arbeitet seit 1996 am Münzkabinett. Er ist dort für 150.000 antike Münzen zuständig, zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Kustos, ab 2009 als Stellvertretender Direktor und seit 2015 als dessen Direktor



Eine fast 500-jährige Geschichte

Die Staatliche Münzsammlung München

MARTIN HIRSCH

In Münzen glänzt das Licht vergangener Reiche in Gold und Silber. In München hat man sie deshalb am Herzoglichen Hof schon vor fast 500 Jahren gesammelt. Die Sammlung wurde zu einer Schatzkammer der menschlichen Kultur – von Kroisos bis Kleopatra, von Karl dem Großen bis zum Märchenkönig Ludwig II.

Heute zählt die Sammlung mehr als 300.000 Objekte. Das Museum präsentiert eine Auswahl von Münzen, Medaillen und Gemmen aller Zeiten und aus allen Teilen der Welt

Der erste bayerische Herzog, der als engagierter Münzsammler hervortrat, war Albrecht V. (1550-1578). 1552 erhielt er vom Zollner von Wasserburg »heidnische Münzen«, die bei Grabungsarbeiten in der Nähe von Kloster Attel am Inn aufgefunden worden waren. Als früherer Verwahrsort kommt das Schatzgewölbe in Frage, das sich im ehemaligen Silberturm der Neuveste, einer 1385 errichteten Burg, befunden haben dürfte. 1563 befahl Albrecht V. den Bau des Marstall- und Kunstkammergebäudes. In dem in Renaissanceformen errichteten und der Residenz benachbarten Palast ließ er die Münzen unweit seiner Goldschmiedearbeiten verwahren. Mehrere Gelehrte durften in der Kunstkammer arbeiten, und 1598

erfolgte die erste Inventarisierung. Nach dem 30-jährigen Krieg scheinen die Münzen wieder in den Kernbau der Residenz gebracht worden zu sein. Die wittelsbachischen Fürsten sorgten dafür, dass sie in kostbaren Schränken untergebracht wurden. Um 1620 entstand ein Münzschrein aus Elfenbein und Lapislazuli. Ein Residenzinventar von 1704 nennt einen »Kasten von Indianischer arbeit«, ein japanisches Lackmöbel, in dem über 1.000 Münzen verwahrt wurden.

Die unruhigen Zeiten der Napoleonischen Kriege und der Säkularisation erbrachten Zuwächse. Denn aus der Verbindung der pfälzischen und altbayerischen Sammlungen der Wittelsbacher und durch die Überführung ehemals klösterlicher Sammlungen nach München mehrte sich der Besitz. Orden und Erforschen wurden so komplexe Aufgaben, dass mit Johann Casimir Häffelin 1781 erstmals ein Direktor bestellt wurde. Die Sammlung wurde in den Folgejahren der Akademie der Wissenschaften angegliedert und war im Alten Akademiegebäude untergebracht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Entschluss gefasst, sie wieder in der Münchner Residenz zu zeigen, wo sie als eines der Staatlichen Museen Bayerns besteht.

Heute zählt die Sammlung mehr als 300.000 Objekte. Das Museum präsentiert eine Auswahl von Münzen, Medaillen und Gemmen aller Zeiten und aus allen Teilen der Welt. Die Münzsammlung unterhält weltweite Kontakte, die Forschungen, Zusammenarbeiten und Ausstellungen ergeben. Im Herbst 2025 findet die Weltausstellung moderner Medaillen in München statt. Interessierten steht die Bibliothek zu Verfügung, ihnen können auch Stücke des Depots vorgelegt oder Untersuchungen für sie durchgeführt werden.

Martin Hirsch ist Direktor der Staatlichen Münzsammlung München



FOTO: OLAF ZIMMERMANN

Quelle für das Verständnis der Antike

Über ein Langzeit-Forschungsprojekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

ULRIKE PETER

Antike Münzen sind weit mehr als bloße Zahlungsmittel – sie sind ein einzigartiges Medium der Bildkommunikation. Sie geben nicht nur Auskunft über das, was auf ihnen dargestellt ist, sondern gewähren auch Einblicke in den historischen Kontext, in dem sie geprägt und genutzt wurden. Bildanalyse und kontextuelle Informationen lassen sich bei der Untersuchung von Münzen systematisch miteinander verknüpfen. Auf solche Weise verflochten, eröffnen Münzen eine besondere Perspektive auf die Bilderwelten der Antike und erweisen sich als einzigartige Quelle für deren Verständnis.

Historische Themen unterschiedlichster Skalierung – von Ereignissen internationaler Reichweite wie der Monetarisierung des Orients oder den Aufwendungen für die mithridatischen Kriege über regionale und lokale Entwicklungen bis hin zur Mentalitätsgeschichte – können ohne die numismatische Evidenz bestenfalls lückenhaft behandelt werden. Die Publikation, Analyse und Interpretation antiker griechischer Münzen als medial komplexe Objekte und deren intelligente Auswertung im digitalen Raum stehen aber noch ganz am Anfang. Zum 1. Januar 2025 startete deshalb an der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) ein neues langfristiges Akademienvorhaben »IMAGINES NVMMORVM: Thesaurus Iconographicus Nummorum Graecorum Online« Ziel des Projekts ist es, antike griechische Münzen systematisch für bildwissenschaftliche und kulturhistorische Fragestellungen zu erschließen. Das Vorhaben ist Teil des Akademiensprogramms. Dieses Forschungsprogramm der deutschen Wissenschaftsakademien, koordiniert von der Akademiunion, dient der Erschließung, Sicherung und Erforschung des kulturellen Erbes weltweit. Es ist derzeit das größte geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsprogramm Deutschlands und international einzigartig.

Die Grundlage des Projekts bildet das Bildrepertoire griechischer Münzen aus der Zeit vom 7. Jahrhundert v. Chr. bis zum 3. Jahrhundert n. Chr. Diese wurden in einem Gebiet von Gibraltar über ganz Europa und Nordafrika bis nach Asien geprägt. Zum ersten Mal wird die Bildtypologie dieser Münzen umfassend dokumentiert, analysiert und einer breiten Öffentlichkeit in einer Online-Datenbank zugänglich gemacht. Die dabei entstehenden Normdaten und digitalen Werkzeuge werden auch für andere Bereiche der

Alturtumswissenschaft und für die Rezeptionsgeschichte nutzbar sein.

Das Projekt verfolgt mehrere Zielsetzungen. Das ist erstens die Erschließung der Sammlung des Berliner Münzkabinetts: Mit über 110.000 griechischen Münzen zählt diese Sammlung nicht nur hinsichtlich ihrer Quantität, sondern vor allem auch bezüglich ihrer Qualität und ihrer typologischen Vielfalt zu den weltweit bedeutendsten ihrer Art. Die Online-Publikation mit hochauflösenden Bildern, persistenten Identifikatoren und standardisierten Austauschformaten ist Kulturgutschutz und öffnet die Sammlung für die umfassende Nutzung in der internationalen Forschung weit über die Numismatik hinaus.

Eine weitere Hauptaufgabe liegt in der Erstellung eines umfassenden Bildthesaurus zur griechischen Münzkonographie: Durch die systematische Erfassung von Bildmotiven mit standardisierten Begriffen und Identifikatoren entsteht für die Alturtumswissenschaften ein innovatives Forschungswerkzeug, das die Daten nach den FAIR-Prinzipien (Findable, Accessible, Interoperable, Reusable) im »Semantic Web« publiziert. Der Thesaurus ermöglicht eine kontextbezogene Auswertung der Münzbilder und macht Bildtransfers in der Antike sichtbar und ordnet sie historisch ein.

Entscheidend ist die Weiterentwicklung digitaler Infrastrukturen und KI-gestützter Werkzeuge. Nur damit wird es gelingen, die verschiedenen Kommunikations- und Kontextebenen der Münzen zusammenzuführen und die Millionen überlieferten Münzen in eine einheitliche Analysestruktur einzubinden und so zur Basis neuer bildwissenschaftlicher Fragestellungen zu machen. Diese werden paradigmatisch in mehreren Modulen untersucht, darunter solche zentralen Fragen: Wie entstehen Bildbedeutungen in Abhängigkeit und in Bezug auf spezifische räumliche Kontexte? Welche Rolle spielen Münzen als Vermittler zwischen Münzherren und Rezipienten? Welche Bildschemata und interkulturellen Einflüsse lassen sich nachweisen, wenn man die Materialität, Medialität und Serialität der Münzen in den Blick nimmt? Wie interagieren Bild und Text auf Münzen? Wie verändern sich Bildbedeutungen im Laufe der Zeit oder wie fungierten Münzen als Bilderfahrzeuge zwischen Antike und Gegenwart?

Dieses ambitionierte Projekt verbindet numismatische Grundlagenforschung mit modernen digitalen Methoden. Es eröffnet neue Perspektiven auf die antike Bilderwelt und schafft nachhaltige Forschungsinstrumente für die

internationale Wissenschaft, in die es eng eingebunden ist.

Das auf 25 Jahre angelegte Projekt steht unter der Leitung von Annette Haug, Lehrstuhlinhaberin der Klassischen Archäologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Ulrike Peter, Projekt- und Arbeitsstellenleiterin an der BBAW, und Bernhard Weiser, Direktor des Münzkabinetts der Staatlichen Museen zu Berlin. Es wird in Kooperation der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften mit dem Münzkabinet der Staatlichen Museen zu Berlin, dem Deutschen Archäologischen Institut, dem Big Data Lab der Goethe-Universität Frankfurt/Main und dem Centre for the Study of Ancient Documents, University of Oxford durchgeführt.

Das Akademienvorhaben kann auf den Erfahrungen und Vorarbeiten aufbauen, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung finanziert wurden.

Ulrike Peter ist Projekt- und Arbeitsstellenleiterin von Imagines Nummorum an der BBAW

i MEHR DAZU

Weitere Informationen finden sich im Internet unter: imagines-nummorum.eu & corpus-nummorum.eu

Urheberrechte bei KI-Einsatz unzureichend geschützt

Bundesländer fordern von der neuen Regierung eine innovativere KI-Strategie

HELMUT HARTUNG

Die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer haben am 12. März einen umfassenden Beschluss zur Künstlichen Intelligenz (KI) gefasst, der die künftige Bundesregierung auffordert, die technologische Souveränität zu sichern, die KI-Standorte Europa und Deutschland zu stärken und die Urheberrechte zu schützen. Wörtlich heißt es in der gemeinsamen Erklärung: »Künstliche Intelligenz ist mehr als nur eine technologische Innovation – sie verändert grundlegend, wie wir lernen, arbeiten und Informationen verarbeiten. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, insbesondere in Sozialen Medien, stellt zudem für die Demokratie eine wachsende Herausforderung dar. Auch in Bezug auf Desinformation sind Kenntnisse über die Möglichkeiten von KI zur Erzeugung und Verbreitung von Inhalten zunehmend wichtig – auch um gegebenenfalls notwendige regulatorische Maßnahmen zu ergreifen.«

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, insbesondere in Sozialen Medien, stellt für die Demokratie eine wachsende Herausforderung dar

Auf europäischer Ebene, so der Beschluss, müssten darüber hinaus gemeinsam Lösungen für den Schutz geistigen Eigentums gefunden werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der nationalen KI-Strategie Möglichkeiten zur Nutzung von anonymisierten und pseudonymisierten Daten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu schaffen und dezentrale Systemansätze stärker zu berücksichtigen, die das Training von KI-Modellen auf breiteren und vielfältigeren Datensätzen ermöglichen, ohne dass sensible Daten zu zentralen Servern übertragen werden. Damit werde das Vertrauen in KI-Anwendungen gestärkt.

Die Forderung der Regierungschefinnen und -chefs der Länder knüpft an die KI-Verordnung der Europäischen Union an, die seit Februar dieses Jahres in Deutschland in Kraft ist. Die Verfügung will mögliche Risiken dieser neuen Technologie für die Sicherheit und Grundrechte der Bürger reduzieren. Mit ihr wird ein einheitlicher Rahmen für alle EU-Länder eingeführt, der auf einer zukunftsgerichteten Begriffsbestimmung für KI und einem risikobasierten Ansatz beruht. Die meisten KI-Systeme, z. B. Spamfilter und KI-gestützte Videospiele, unterliegen keinen besonderen Verpflichtungen, doch Unternehmen können freiwillig zusätzliche Verhaltenskodizes aufstellen. Systeme wie Chatbots müssen ihre Nutzer darauf hinweisen, dass sie es mit einer Maschine zu tun haben, und dass bestimmte durch KI erzeugte Inhalte als solche gekennzeichnet werden müssen. Die neue Anordnung wird dafür kritisiert, dass sie zu unklar sei, da zu viele Begriffe und Konzepte definiert oder verwendet werden, die vage, mehrdeutig oder umstritten seien. Dies könnte einen Konflikt mit anderen bestehenden oder geplanten Rechtsvorschriften auf EU- oder nationaler Ebene hervorrufen. Fachleute bemängeln zudem, dass es zu viele Ausnahmen oder Schlupflöcher sowie mangelnde oder unangemessene Haftungen oder Sanktionen für die Anbieter von KI-Systemen, die Schäden verursachen, gibt.

Klage gegen illegale Nutzung von Inhalten für KI-Training

Doch unabhängig von effektiveren EU-weiten Regelungen, die dazu dienen könnten, bei der Künstlichen Intelligenz nicht nur technologisch aufzurüsten, sondern auch die Urheberrechte der Kreativen besser zu schützen, geht die illegale Nutzung von Inhalten zum Training von KI-Systemen weiter. Vor allem US-Anbieter sind hier Vorreiter, denn die europäischen Verordnungen gelten in anderen Regionen nicht.

Im November hatte die GEMA als erste Verwertungsgesellschaft weltweit eine Klage wegen unlizenzierter

bereits die bestehenden europäischen Regelungen zum Urheberrecht zu beachten, das geht aus einer Erklärung des Bundesministeriums der Justiz vom März vergangenen Jahres hervor. Das gelte auch für die Erhebung und die Nutzung von sogenannten Trainingsdaten im Rahmen des Lernens der KI. Wörtlich heißt es: »KI-Diensteanbieter und Nutzer solcher Dienste müssen sich also bei der Nutzung fremder Inhalte an die geltenden Gesetze halten.« Beim Training von KI-Anwendungen stelle sich die Frage, ob die Vervielfältigung der geschützten Inhalte für das maschinelle Lernen erlaubt sei oder nicht. Rechtsinhaber, die eine Nutzung

im Ganzen oder in Teilen vorgehen«, so das Bundesjustizministerium.

Öffentlich-rechtliche Sender tolerieren Nutzung ihrer Inhalte für KI

Ein solcher »Nutzungsvorbehalt« existiert jedoch bei Inhalten der ARD und des ZDF nicht. Im Gegenteil: Mit Ausnahme der Deutschen Welle haben alle Intendanten keinen Widerspruch gegen das sogenannte Text- und Data Mining eingelegt. Gegenüber dem Organ »Journalist« des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) verteidigte der frühere ARD-Vorsitzende Kai Gniffke die Position des beitragsfinanzierten Senderverbundes: »Mit Blick auf den Auftrag und die Finanzierung

Anfang März hatte die ProSiebenSat.1-Plattform Joyn die Mediatheken von ARD und ZDF wieder entfernt, die zeitweise prominent auf ihrer Plattform »embedded« waren. Zu Recht. Der neue Medienstaatsvertrag sieht die Möglichkeit vor, dass Inhalte öffentlich-rechtlicher Anstalten in Streamingangeboten privater Rundfunkveranstalter eingebettet werden können. Wie Äußerungen von Medienpolitikern der Länder zeigen, wünscht man es sich durchaus, aber es sei keine Pflicht. Das gehe aber nur, wenn sie sich auf gemeinsame Modalitäten verständigten, sagte unter anderem der Hamburger Senator für Kultur und Medien Carsten Brosda. Es wäre begrüßenswert, wenn die öffentlich-rechtlichen Sen-



GEMA verklagt KI-Unternehmen wegen Urheberrechtsverletzungen

Nutzung von geschützten Musikwerken gegen einen Anbieter von Systemen generativer Künstlicher Intelligenz erhoben. Konkret geht es um das US-amerikanische Unternehmen OpenAI, den Betreiber autogenerativer Chatbot-Systeme. Die GEMA wirft, nach eigenen Angaben, OpenAI vor, geschützte Songtexte von deutschen Urheberinnen und Urhebern wiederzugeben, ohne dafür Lizenzen erworben beziehungsweise die Urheberinnen und Urheber der genutzten Werke vergütet zu haben. OpenAI hat sich zum weltweit führenden Anbieter im Bereich generativer KI entwickelt und erwirtschaftet mittlerweile Umsätze in Höhe von mehr als zwei Milliarden Dollar jährlich.

Im Januar verklagte die GEMA Suno Inc., eine amerikanische Anbieterin von KI-generierten Audioinhalten. Sie beklagt, dass geschützte Aufnahmen weltbekannter Songs aus dem Repertoire der GEMA in dem Tool ohne Vergütung verarbeitet worden seien. Andere Verwertungsgesellschaften prüfen gegenwärtig ebenfalls juristische Schritte wegen der nicht genehmigten Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte. Auch bei KI-generierten Werken seien

ihrer im Internet veröffentlichten Texte als Trainingsdaten für softwarebasierte Textgeneratoren verhindern wollen, könnten einen entsprechenden Vorbehalt im Rahmen der eigenen Internetpräsenz erklären. Habe der Rechtsinhaber ein sogenanntes »Opt-out« erklärt, dürfe sein Inhalt nicht für das Training der KI-Software genutzt werden. Die Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe geschützter Inhalte, z. B. also die Veröffentlichung im Internet, ohne die Zustimmung des Rechtsinhabers sei grundsätzlich nicht zulässig. Auch die Bearbeitung und Umgestaltung eines Werkes dürften nur mit Zustimmung des Urhebers veröffentlicht oder verwertet werden, sofern kein hinreichender Abstand zum benutzten Werk gewahrt werde. »Sind die benutzten Werke im KI-generierten Inhalt allerdings nicht mehr erkennbar, kann dieser frei verwendet werden. Gegen eine unrechtmäßige Verwendung können die Rechtsinhaber Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche geltend machen. So können z. B. Presseverleger aufgrund ihres Leistungsschutzrechts gegen eine unrechtmäßige Verwendung ihrer Presseveröffentlichung

durch die Allgemeinheit ist es aus Sicht der ARD gerade im Zeitalter von Fake News und Hate Speech wichtig, dass auch die öffentlich-rechtlichen Inhalte

Andere Verwertungsgesellschaften prüfen ebenfalls juristische Schritte wegen der nicht genehmigten Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte

zu den Trainingsdaten gehören.« Ob die Stärkung von Online-Medien, die die demokratische Gesellschaft unterminieren, klassische Medien schwächen und immer größeren Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen, zum »Auftrag« gehört, ist mehr als zweifelhaft. Allerdings ist die Position von Gniffke innerhalb der ARD umstritten. Einige Intendanten treten inzwischen für einen Nutzungsvorbehalt ein.

der mit der gleichen Konsequenz auch ihre Inhalte vor anderen, nicht genehmigten Nutzungen schützen würden: Zum Beispiel zum Training von Künstlicher-Intelligenz-Programmen. Die beitragsfinanzierten Anstalten sind in der Kreativwirtschaft so ziemlich die Letzten, die es fördern und verteidigen, wenn ihre Angebote ohne Genehmigung auf Streamingplattformen der KI-Giganten eingebettet und sogar verändert werden. Das schadet aber der gesamten Kreativwirtschaft.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

i MEHR DAZU

Die Fokussreihe zum Thema »Künstliche Intelligenz in der Kultur« finden Sie in allen Ausgaben von Politik & Kultur ab Heft 3/24 (online unter: tinyurl.com/2amm2es7). Der Deutsche Kulturrat hat im Januar 2025 eine Stellungnahme zu urheberrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz verabschiedet: tinyurl.com/4zyj7uej

Wir stellen vor...

10 Fragen an den neuen Vorstand des Deutschen Kulturrates

Der Sprecherrat des Deutschen Kulturrates hat am 18. März 2025 einen neuen Vorstand gewählt. Der Cellist Christian Höppner, Deutscher Musikrat, wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Er war bereits von 2013 bis 2019 Präsident des Deutschen Kulturrates und 2022 erneut gewählt worden. Im Amt als Vizepräsidentin wiedergewählt wurde die Bildende Künstlerin Dagmar Schmidt, Deutscher Kunstrat. Als neuer Vizepräsident wurde der Archäologe Manfred Nawroth, Rat für Baukultur und Denkmalkultur, gewählt. Wir haben den Vorstandsmitgliedern zehn Fragen gestellt.



V. l. n. r.: Professor Christian Höppner, Dagmar Schmidt, Dr. Manfred Nawroth

1 Welche ist die größte kulturpolitische Herausforderung der nächsten Jahre?

Christian Höppner:

Die Erkenntnislage über die fundamentale Bedeutung von Bildung und Kultur für unsere Gesellschaft mit adäquaten Rahmenbedingungen vor Ort für jede Bürgerin und jeden Bürger erfahrbar zu machen. Kulturelle Teilhabe und Kulturelle Bildung von Anfang an und ein Leben lang in der qualifizierten und kontinuierlichen Vermittlung. Dazu braucht es endlich einen kooperativen Kulturföderalismus, der Sonntagsreden in Montags handeln transformiert

Dagmar Schmidt:

Die starke Polarisierung und die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft in viele unterschiedliche Informationsblasen sind herausfordernd. Wie wird es gelingen, im Gespräch zu bleiben bzw. (wieder) ins Gespräch zu kommen?

Manfred Nawroth:

Für den Kulturbetrieb muss bei möglichen Sparmaßnahmen eine angemessene finanzielle Unterstützung von Bund, Ländern und Kommunen zugesichert werden. Sparmaßnahmen hätten desaströse Folgen und sind unbedingt zu vermeiden.

2 Wo sehen Sie in den nächsten Jahren eine besondere kulturpolitische Chance?

Höppner:

Mit einem Mentalitätswechsel zu »Mehr Kultur wagen«: Die kulturpolitischen Forderungen des Deutschen Kulturrates bieten auf allen föderalen Ebenen die Chance, mit der Kraft der guten Argumente sowie Beharrlichkeit die Unterfinanzierung der bildungskulturellen Infrastruktur in der drittstärksten Volkswirtschaft zu beenden. Bildung und Kultur sind eine öffentliche Aufgabe, in öffentlicher Verantwortung und überwiegend öffentlicher Finanzierung.

Schmidt:

Die finanziellen Herausforderungen, etwa wieder für die Freie Szene, sind zugleich eine Chance für alle, gemeinsam Solidarität zu leben. Ich hoffe auf anhaltende Empathie bei den Institutionen, insbesondere den »großen Schiffen«, im Kulturbetrieb.

Nawroth:

Der Kulturbetrieb hat die Chance, sich den wachsenden und wandelnden Herausforderungen bei Themen wie kulturelle Bildung, Erhalt des Kulturerbes, Nachhaltigkeit, Einfluss der KI oder den sich verändernden Interessen beim Generationenwechsel zu stellen und Ansprüche zu formulieren. Hier gilt es selbstbewusst zu agieren.

3 In welchen Themen und Arbeitsfeldern des Deutschen Kulturrates möchten Sie Ihre Schwerpunkte setzen?

Höppner:

Neben der moderierenden Kraftfeldstärkung des Deutschen Kulturrates, die im Zusammenwirken mit dem Sprecherrat und der Geschäftsführung zu den Kernaufgaben des Präsidenten gehört, gilt mein besonderes Engagement der Deutschen Welle und der Deutschen UNESCO Kommission.

Schmidt:

Es gibt viel zu tun. Daher möchte ich mich auf die Implementierung von nachhaltigen Prozessen im Kultur- und Kulturverbandsbetrieb konzentrieren und mich darüber hinaus Fragen der Kunstfreiheit, Inklusion, aber auch ganz konkreten Problemen wie Steuerfragen widmen.

Nawroth:

Dem Erhalt des kulturellen Erbes und dem Denkmalschutz gilt weiterhin mein besonderes Augenmerk. Darüber hinaus gilt es auch für mich, im Vorstand die Interessen aller Kunstschaffenden zu vertreten.

4 Wo im Kulturbetrieb darf sich KI auf keinen Fall durchsetzen?

Höppner:

Es gilt die Kunstfreiheit. Meine Hoffnung ist, dass KI auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, mit dem Unvorhergesehenen »kreativ« umzugehen.

Schmidt:

Künstliche Intelligenz wird die menschliche Kreativität zwar erweitern, aber nicht ersetzen. Das letzte »Wort« soll immer der/ ein Mensch haben.

Nawroth:

KI wird sich wahrscheinlich nahezu überall durchsetzen. Es gilt dabei unbedingt die Rechte der Kunstschaffenden u. a. in Film, Medien, Musik, bei Übersetzenden usw. zu wahren und zu stärken.

5 Was denken Sie, wenn Sie den Begriff »Leitkultur« hören?

Höppner:

Eine uralte Sackgassen-Diskussion. Die ausgewogene Balance von kulturellem Erbe, den zeitgenössischen künstlerischen Ausdrucksformen einschließlich der Jugendkulturen sowie anderer Herkunftskulturen prägt das Fluidum kulturellen Lebens in offenen Gesellschaften. Die völkerrechtlich verbindliche UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt und der weite Kulturbegriff der UNESCO gehören u. a. zu den viel zu wenig genutzten kulturpolitischen Berufungs- und Handlungsgrundlagen.

Schmidt:

An eine alte kulturpolitische Debatte, die leider immer (wieder) hervorgeholt wird, um kulturelle Inspiration aus den Erfahrungen der immigrierten Menschen als Nachteil darzustellen und einzuschränken.

Nawroth:

Der Begriff »Leitkultur« führt uns gesellschaftlich sicher nicht in die richtige Richtung. Es gilt vielmehr, die Vielfalt in Gesellschaft und Kultur zu wahren und zu stärken.

6 Mit welcher Künstlerin, welchem Künstler würden Sie gerne einmal zu Abend essen?

Höppner:

Gerhard Richter.

Schmidt:

Mit dem Musiker Alan Walker.

Nawroth:

Es kommen mehrere Personen in Frage, auch Personen, die mir bekannt sind wie die Fotografin Herlinde Koelbl.

7 Mit welcher Politikerin, welchem Politiker würden Sie gerne einmal ausführlich über die Bedeutung von Kunst und Kultur diskutieren?

Höppner:

Friedrich Merz.

Schmidt:

Ursula von der Leyen.

Nawroth:

Auf jeden Fall würde ich ein Gespräch mit der/dem Kulturstaatsminister/in für wünschenswert halten.

8 Welches Buch, LP, Computerspiel o. ä. würden Sie unseren Leserinnen und Lesern empfehlen?

Höppner:

Reinhard K. Sprenger: »Gehirnwäsche trage ich nicht: Selbstbestimmt leben und arbeiten«.

Schmidt:

Zwei Bücher: Victor Klemperer: »LTI. Notizbuch eines Philologen« zum Abgleich mit der deutschen Gegenwart sowie Stefan Baron, Guanyan Yin-Baron: »Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht«, das den Blick auf das »Reich der Mitte« großartig weitet.

Nawroth:

Wieder einmal aktuell in der Auseinandersetzung mit der Gegenwart und Zukunft ist das Album »Golden Years« von Tocotronic für mich empfehlenswert.

9 Welche Persönlichkeit aus dem Kulturbereich hat Sie in den letzten Monaten besonders beeindruckt?

Höppner:

Christian Thielemann – nicht nur in den letzten Monaten.

Schmidt:

Die Preisträgerin des Gabriele Münter Preises 2025, die Deutsch-Iranerin Parastou Forouhar.

Nawroth:

Es gibt viele Künstlerinnen und Künstler, die sich mit gesellschaftlichen und politischen Themen auseinandersetzen. Eine davon ist Nino Haratschwili, die sich in schwierigen Umbruchszeiten für Solidarität mit der georgischen Bevölkerung stark macht, ein Engagement, von dem wir mehr benötigen.

10 Womit beschäftigen Sie sich gerne, wenn es einmal nicht um Kultur oder Kulturpolitik geht?

Höppner:

Die Kraft und Schönheit der Natur immer wieder auf ein Neues zu erleben sowie meinen kulinarischen und vinologischen Erfahrungsschatz im Praxisvollzug weiter auszubauen.

Schmidt:

Da fällt mir nichts ein. Ich wüsste nicht, was von meinen Beschäftigungen nicht Kultur oder Kulturpolitik ist.

Nawroth:

Es gibt einiges, was ich abseits der Kulturpolitik gern mache. Auf jeden Fall gehört dazu auch, Zeit im Freien zu verbringen, sei es beim Wandern oder bei anderen Aktivitäten.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal als Kapital-Ignorant lernte, wie nützlich die Aufhebung von Schuldbremsen für Kredite fast aller Art sein können

THEO GEISLER

Dies Missgeschick wünsche ich Ihnen nicht: Ich besuche meine Sparkassenfiliale, um an meine letzten fünfzig Renten-Euro in diesem Monat dranzukommen. Brauche dringend ein paar neue Saiten für meine Bratsche. Sonst ist mein Minijob beim Kurorchester Bad Kyritz auch noch weg. Gehe zum Automaten, Karte, Pin, Slurp: Die Karte ist futsch. Das Menetekel auf dem Bildschirm: »Keine Auszahlung möglich. Ihre Karte wird einbehalten. Informieren Sie sich am Schalter.« Ein mir selbst unerklärlicher innerer Widerstand hat es mir stets schier unmöglich gemacht, in direkte menschliche Kommunikation mit dem Kassenpersonal zu treten. Nun würde ich wohl nicht drum herumkommen. Schüchtern um mich blickend stelle ich mich ans Ende der längsten Schlange. Werde ich von den Kunden ringsum verächtlich angestarrt? Dann bin ich dran, schwitze und stottere, dass wohl aus Versehen meine Debit-Karte eben eingezogen worden sei. Ein freundlich lächelnder junger Anzug- und Krawatten-Träger mustert mich. Auf dem kleinen Namensschild neben seinem Revers steht: Ernst Eilwanger, drunter: Ihr persönlicher Kundenberater. Herr Eilwanger bittet

mich freundlich um einen Moment Geduld und tippt ein paarmal auf seiner Computertastatur herum. Eine warzenähnliche kleine Lichtquelle samt Linse leuchtet mich in Augenhöhe kurz an. Eilwangers Mine wechselt im Chamäleon-Tempo vom Strahlemann zum Sargträger. »Ach, Herr Theodor August Geißler, Brunnenstraße 23, das tut mir jetzt leid. Aber Ihr Konto ist um fast vierzig Euro überzogen. Amazon hat eine fällige Rechnung abgebucht, was wir versehentlich kulanterweise zuließen. Sie haben doch sicher Bargeld bei sich, um die überzogene Summe kompensieren zu können. Denn Ihr Kreditlimit beträgt, wie Ihnen mehrfach digital und postalisch mitgeteilt wurde, aufgrund ihres Alters und der (haha) Höhe Ihrer Rente: Null.« Hitze schießt mir in den Kopf, den ich ratlos verneinend schüttle. Eine, wie ich rasch feststelle, ältere Dame hinter mir rammt ihre scheppernde Metallkassette in mein ohnedies lädiertes Kreuz und kreischt lautstark: »Machen Sie doch endlich Platz, Sie sind hier nicht beim Sozialamt.« Das Gemurre in der gewachsenen Schlange hinter mir wird aus subjektiver Sicht bedrohlicher. Während ich Herrn Eilwanger noch »Sie hören von uns« schreien höre, verlasse ich im Eilschritt die Geschäftsräume

dieser unfreundlichen Filiale des Kapitals. Ratlos und erschöpft setze ich mich auf eine Bank – ausgerechnet in der Rudi-Dutschke-Straße, fast direkt vor der Zentrale des Springer-Verlages. Der Papierkorb neben mir quillt – wie in dieser Stadt üblich – völlig über. Relativ frisch obenauf sehe ich die Titelseite des rechtspublizistischen Kampfblattes »Welt« und zupfe das Blatt aus dem Müll, weil mich die vorlugende Headline des Wirtschaftsteils verblüfft: »Vom Säugling bis zum Greis: Jeder Bundesbürger gibt dem Staat über zehntausend Euro frischen Kredit.« Daran kann ich persönlich mich eigentlich nicht erinnern. Ich glätte Seiten, die noch nicht von Bier oder Ketchup durchtränkt sind. Da ist – im Unterschied zur mehrfach vorhandenen »Bild«-Zeitung die »Welt« als großbürgerliches Organ insgesamt weniger betroffen. Und zitiere, weil es unter den Leserinnen und Lesern unseres Intelligenzblattes doch etliche geben mag, die besser informiert sind als ich, nur das mir Allerunverständlichste: »Bundestag, -Rat, und auch -Präsident stimmen für mindestens eine Billion neue Kreditaufnahme. Deutschland will viele hundert Milliarden Euro zusätzlich in Landesverteidigung und in die Infrastruktur stecken. Das bedeuten offenbar beschlossene Grundgesetzänderungen konkret. Das Geld soll zusätzlich zu ohnehin geplanten Investitionen fließen. Um das sicherzustellen, wird vorausgesetzt, dass im normalen Bundeshaushalt künftig mindestens zehn Prozent des Gesamtetats für Investitionen eingeplant werden müssen. Orientiert am Haushalt 2024 wären das

rund 47 Milliarden Euro. Für Ausgaben, die für die Verteidigung des Landes nötig sind, wird die Schuldbremse praktisch ausgehebelt. Allerdings, so lese ich, gäbe es auch harte Kritik, nicht nur von der Opposition. Ökonomen warnen vor gravierenden Folgen auf den Finanzmärkten, sollte Deutschland fast eine Billion Euro neue Schulden machen. Außerdem röche das Ganze nach einer Gießkanne für Wahlversprechen.

Beim Durchblättern weiterer Zeitungsfragmente finde ich vage sinnvolle Verwendungshinweise für Klimaschutz, MINT-Bildungsmaßnahmen, (Kompis an jede Schule, Dachreparaturen, damit die Elektronik nicht feucht wird, auch für Unis und Krankenhäuser – trockene Patienten), Geld für neue Brücken, Schienen, Autobahnen. Leider kann ich keinerlei Hinweise auf Investitionen in unsere darben Kultur ausbuddeln. Man hat den Eindruck, die in dieser Hinsicht seit Jahrzehnten mäßig gebildeten Volksvertreter wollen dieses Menschenbildungs- und Erbauungsfeld am liebsten der künstlichen Intelligenz überlassen. Ist in Verbindung mit der Quantenforschung ökonomischer. Für den (Grenz-)Schutz samt Elektronik, Personal und Stacheldraht und einem Drohnenwall ist jede Menge Geld eingeplant. Nichts zu finden für die Integration von Flüchtlingen, ein sicher sinnvolles Milliardenprojekt, eine ganzheitliche Lehrerbildung oder die Förderung von Freiflächen für freiberufliche Künstler. Nun, mir fiele da

noch viel Präzises, Sinnvolles ein, aber mich fragt ja keiner. Stattdessen frage ich mich, wozu eine »Mütterrente« gut sein soll, die bei Einkommenschwachen gegen Sozialbezüge kleingerechnet wird. Söder sei Dank, er spart wohl wie immer an der linken Stelle. Weil ich nach wie vor informationshungrig bin und mich als großzügiger Kreditgeber unseres Staates breitbrüstig aufgestellt fühle, gehe ich aufrecht zu meiner Sparkassenfiliale, um zu klären, wie der Zinssatz für meinen Kredit aussieht. Im Kassenraum empfängt mich laute Musik, und bevor ich von einer älteren Dame mit Blechkassette in ein wildes Polka-Gehoppel gezwungen werde, nehme ich noch Herrn Eilwanger wahr, der mit ausgebreiteten Armen auf dem Tresen steht und mit strahlendem Tenor singt: »Verjurt, verputzt, verspielt, vertan, wie's nur ein deutscher Kanzler kann...«



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STÜTTMANN

LAWROWS TRÄUME

München: Die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) will sich in Gesellschaft für anglo-amerikanische Buy-Out-Gewinne (GfaBOG) umbenennen. Das überkommene deutsche Urheberrecht (jedes Werk bleibt im Besitz des Kreativen) wird durch die Trumpsche Ausverkaufsbeutesammlung ersetzt. Eine sogenannte Ausschüttung aufgrund einer sogenannten Wertung an Komponisten und Textdichter fällt flach. Sogenannte Künstler-Euros (bis zu 400 im Monat) sorgen für sozialen Ausgleich. Für Gotteslohn gibt es Kirchenmusik und Jazz, der seine Wurzeln ja im Spiritual hat.

Nürnberg: Eine grundsätzliche Neuausrichtung der Kulturpolitik mit dem Ziel der Verteidigung der deutschen Identität verlangt die AfD-Fraktion. In einem Antrag wird die nächste Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert, »die aktuelle Reduktion kultureller Identität auf eine Schul- und Schamkultur« durch positive Bezugspunkte kultureller Identität zu korrigieren, um die aktive Aneignung kultureller Traditionen und identitätsstiftender Werte wieder in den Vordergrund zu rücken.

Die Umrüstung aller an Naziverbrechen provokant erinnernden Gedenkstätten in Werbeflächen für das »Deutsche Heer« sei eine erste bedeutsame Anti-Scham-Maßnahme.

Riad: Im saudi-arabischen Riad wollen Vertreter aus den USA und Russland erneut über die Ukraine und ein mögliches Ende des Angriffskrieges sprechen. Doch es zeichnet sich wenig Kompromissbereitschaft seitens des Kremls ab. Der russische Außenminister Sergej Lawrow machte klar, dass eine Räumung der durch Russland besetzten Regionen in der Ukraine nicht infrage komme. Es könne »keinen Gedanken« an territoriale Zugeständnisse an die Ukraine seitens Russlands bei möglichen Friedensgesprächen geben, so Lawrow während einer Pressekonferenz in Moskau. Vielmehr bot er Donald Trump an, ihm Schleswig-Holstein, die Bretagne und Portugal zu überlassen. Den amerikanischen Invasionstruppen stelle man gern die U-Bahn-Röhren Nordstream1 und Nordstream2 als gefahrlose Zugangsmöglichkeiten nach Europa zur Verfügung. Trump stimmte zu unter der Bedingung, dass die Röhren in »Donald der Erste« und »Donald der Zweite« umbenannt würden. *tg*

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10, 10115 Berlin
Telefon: 030.226 05 280
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Barbara Haack (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Lisa Weber, Anna Göbel

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941.945 93-35,
Fax: 0941.945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint 10x im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken

sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren und die Klärung von Abdruckrechten. Nicht immer gelingt es uns, Autoren ausfindig zu machen oder Abdruckrechte einzuholen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen bzw. Abdruckrechte vergüten.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.